

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Sozialökonomie;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Sozialökonomie zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ÜBER DIE ANERKENNUNG UND FÖRDERUNG VON BETRIEBEN
IM BEREICH DER SOZIALWIRTSCHAFT**

INHALTSANGABE

Der vorliegende Dekretentwurf soll die Sozialwirtschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft definieren sowie bestimmte Anerkennungen und Förderungen regeln, die in diesem Rahmen gewährt werden können.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Bemerkungen zum Gutachten der Datenschutzbehörde.....	6
Bemerkungen zum Gutachten des Beirats für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt.....	8
Bemerkungen zum Gutachten des Verwaltungsrats der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben.....	9
Kommentar zu den Artikeln.....	12
Vorentwurf	30
Gutachten der Datenschutzbehörde	45
Gutachten des Beirats für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt	46
Gutachten des Verwaltungsrats der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben	47

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt seit der Übernahme der Beschäftigungszuständigkeit von der Wallonischen Region zum 1. Januar 2000 über erste Teilzuständigkeiten im Bereich der Sozialwirtschaft. Diese wurden im Rahmen der 6. Staatsreform ergänzt. Dieser weitere Zuständigkeitstransfer hatte zur Folge, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft seit dem 1. Januar 2016 auch für die ehemals föderalen Anerkennungen in diesem Bereich zuständig ist. Diese Anerkennungen betrafen einerseits die Anerkennung als föderaler Eingliederungsbetrieb und andererseits die Anerkennung für sozialwirtschaftliche Initiativen, Pilotprojekte und innovativen Experimente.

Aufgrund dieser Anerkennungen konnten die anerkannten Sozialbetriebe von abgeleiteten Vorteilen profitieren.

Der vorliegende Dekretentwurf schafft den ersten, vollständig eigenen rechtlichen Rahmen für den Bereich der Sozialwirtschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, um eigene Anerkennungen vornehmen zu können. Zeitgleich sollen die teilweise abgeleiteten föderalen Vorteile für anerkannte Eingliederungsbetriebe für die hiesigen Sozialbetriebe nutzbar bzw. garantiert bleiben.

Dieser Rahmen trägt den bisher in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorherrschenden Gegebenheiten und Sozialbetrieben Rechnung und soll dabei den hiesigen sozialwirtschaftlichen Sektor stärken und den Willen zur Absicherung der Zukunft des Sektors durch die Deutschsprachige Gemeinschaft verdeutlichen insbesondere im Falle eines unverschuldeten Wegfalls der ESF-Förderung. Diese Absicherung könnte ggf. bei den Vorschalt- und Integrationszentren auch die Bezuschussung der Geschäftsführung und einer Verwaltungskraft umfassen.

Eines der grundlegenden Leitmotive für diesen neuen Rechtsrahmen besteht darin, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Das bedeutet einerseits, dass die Zielsetzungen der Einrichtungen, ihre Aktivitäten, Dienstleistungen bzw. die Produkte den Menschen in den Fokus setzen bzw. auf den Menschen ausgerichtet sind. Sie sollen einem gesellschaftlichen Bedarf entsprechen.

Es geht dabei vorrangig um Hilfestellung, Förderung zugunsten von Menschen, die benachteiligt, hilfsbedürftig oder in prekären Situationen sind.

Andererseits werden aber auch die Arbeitskräfte und/oder Auszubildenden in den Fokus gerückt. Die Zielsetzung der aktuell aktiven Sozialbetriebe besteht zumindest u.a. in der Förderung der sozialberuflichen Integration, der Beschäftigungsfähigkeit oder in der Arbeitsplatzschaffung zugunsten von Personen, die einen großen bis sehr großen Abstand zum Arbeitsmarkt aufweisen.

Dies ist ein Merkmal der hiesigen Sozialbetriebe, die somit zu den auf europäischer Ebene so genannten „Work integration social enterprises“ (WISEs) gehören.

Der Dekretentwurf achtet ferner darauf, die Eigenständigkeit der Sozialbetriebe in Bezug auf die Zusammensetzung des Verwaltungsrates zu wahren.

Weiter zielt der neue Rechtsrahmen darauf ab, innovative Projektinitiativen, Zusammenarbeit sowie die nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Erstmalig wird durch den vorliegenden Dekretentwurf definiert, was unter „Sozialwirtschaft“ in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu verstehen ist. In diesem Sinne werden fünf Prinzipien festgelegt, denen ein Betrieb entsprechen muss, um als Sozialbetrieb in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannt werden zu können.

Diese Prinzipien sind:

- Verfolgung und Umsetzung von einem oder mehreren sozialen Zielen oder Aktivitäten;
- Nutzung der Gewinne zur Verwirklichung des sozialen Ziels;
- Gewährleistung der Verwaltungsautonomie;
- Umsetzung und Pflege eines partizipatives Beschlussfassungssystems;
- Umsetzung der Aktivitäten im Sinne einer umweltfreundlichen, lokalen und nachhaltigen Entwicklung.

Als Sozialbetriebe können sich folgende juristische Personen anerkennen lassen: Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, Genossenschaften, die in Anwendung des Artikels 8:5 des Gesetzbuches über die Gesellschaften und Vereinigungen als Sozialunternehmen durch den Föderalen öffentlichen Dienst Wirtschaft anerkannt sind, sowie Projektinitiativen mit sozialem Zweck einer oder mehrerer lokalen Behörden oder einer beziehungsweise mehrerer Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht.

Neben der Anerkennung als Sozialbetrieb, sieht der Dekretentwurf auch die Anerkennung von sozialen Eingliederungsbetrieben vor, die *de facto* das Nachfolgemodell der ehemals föderalen Eingliederungsbetriebe bilden. Außerdem wird durch das Dekret erstmalig ein Rechtsrahmen für Vorschalt- und Integrationszentren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschaffen. Letztere arbeiten seit Jahren lediglich über Konventionen, insbesondere über den Europäischen Sozialfonds.

Aufgrund der Tatsache, dass die aktuelle Bezuschussung der aktiven Sozialbetriebe absolut heterogen gestaltet ist, verzichtet das Dekret auf eine einheitliche strukturelle Finanzierung.

Der Dekretentwurf sieht daher folgende finanziellen Förderungen vor:

1. Die seit dem 1. Januar 2018 in Anwendung separater Konventionen im Bereich der Sozialwirtschaft bezuschussten Betreuerstellen, die ehemaliges, umgewandeltes BVA-Personal betreffen, werden in den Anwendungsbereich des vorliegenden Dekrets integriert und somit abgesichert.

2. Außerdem ermöglicht das Dekret die Finanzierung neuer Betreuerstellen bei Einrichtungen, die aktuell über keine Strukturfinanzierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft verfügen.

3. Schließlich wird die Möglichkeit für Anschubfinanzierungen von innovativen Pilotprojekten dekretal verankert.

Für die noch bis zum 31. Dezember 2026 nach föderalem Modell anerkannten Eingliederungsbetriebe ist ein Übergang in die hier definierte Anerkennung vorgesehen.

BEMERKUNGEN ZU DEN GUTACHTEN

Per Beschluss der Regierung vom 4. Oktober 2022 hat die Regierung folgende Einrichtungen um ein Gutachten gebeten:

- die Datenschutzbehörde (verpflichtend). Das Gutachten vom 21. Dezember 2022 liegt vor;
- den Beirat für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt (verpflichtend). Das Gutachten vom 8. November 2022 liegt vor;
- den Verwaltungsrat der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben (DSL) (verpflichtend). Das Gutachten liegt vom 27. Oktober 2022 liegt vor;
- den Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft (WSR) (fakultativ). Das Gutachten vom 22. November 2022 liegt vor;
- den Verwaltungsrat des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft (fakultativ) Das Gutachten vom 21. November 2022 liegt vor.
- die Öffentlichen Sozialhilfezentren (ÖSHZ) (fakultativ). Das Gutachten vom 24. Januar liegt vor;
- die in der Arbeitsgruppe „Dekret Sozialwirtschaft“ vertretenen Sozialbetriebe sowie das Zentrum für Förderpädagogik (fakultativ). Es wurde ein Gutachten des ArbeitgeberInnenverbandes für den nichtkommerziellen Sektor in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – AnikoS eingereicht. Der ArbeitgeberInnenverband für den nichtkommerziellen Sektor in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (hiernach „AnikoS“), hat am 10. November 2022 im Namen der Sozialbetriebe exklusive der Beschützende Werkstätte ein Gutachten zum Dekretvorentwurf abgegeben ;
- die folgenden föderale Behörden: Föderaler öffentlicher Dienst Finanzen, Föderaler öffentlicher Dienst Wirtschaft, Öffentlicher Programmierungsdienst Sozialeingliederung, Armutsbekämpfung und Sozialwirtschaft (fakultativ). Das Gutachten der Föderalen öffentlicher Dienst Wirtschaft vom 17. Januar 2023 liegt vor.

1. Datenschutzbehörde

Die Datenschutzbehörde stellte am 21. Dezember 2022 das Gutachten Nummer 265/2022 zum Dekretvorentwurf aus.

Im Rahmen dieses Gutachtens prüfte die Behörde den Vorentwurf auf die Gesetzmäßigkeit der Datenverarbeitungen (I), auf die Zweckmäßigkeit (II), auf die Verhältnismäßigkeit (III), auf die Angemessenheit der Aufbewahrungsfristen (IV) und auf das Vorhandensein von Verantwortlichen (IV).

I. Gesetzmäßigkeit

Die Datenschutzbehörde analysiert in diesem Zusammenhang die in Artikel 19 vorgesehene Delegation an die Regierung, die Datenkategorien zu präzisieren. Hinsichtlich der verschiedenen Datenkategorien hat sie keine Vorbehalte, dass die Regierung diese weiter ausformulieren kann (Bemerkung 10). Einzig in Bezug auf die besonders sensiblen Kategorien, und zwar die Gesundheitsdaten der begleiteten Personen und der gerichtlichen Daten der Betreuer äußert sie den Vorbehalt, dass die Regierung hierfür keine Delegation erhalten dürfe (Bemerkung 9). Die Verarbeitung dieser Daten müsse hinreichend im Dekret beschrieben werden. Bezüglich der Gesundheitsdaten der begleiteten Personen wird demnach präzisiert, dass die Regierung und die betroffenen Betriebe Daten verarbeiten dürfen, aus denen hervorgeht, dass es sich tatsächlich um benachteiligte Personen handelt. Bezüglich der gerichtlichen Daten der Betreuer wurde ergänzt, dass es sich um einen Auszug aus dem Strafregister handelt.

II. Zweckmäßigkeit

Bezüglich Artikel 17 des Vorentwurfs machte die Datenschutzbehörde auf einen nach ihrer Ansicht vorhandenen Widerspruch aufmerksam. Dieser Artikel betrifft die Zwecke, für die die Regierung personenbezogene Daten verarbeiten kann. Die Behörde störte sich vornehmlich an der Formulierung „auf die Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge, insbesondere was die in den Kapiteln 2 und 3 aufgeführten Aufgaben betrifft.“ Das Wort „insbesondere“ mache die Zweckmäßigkeit der Datenverarbeitung unbestimmt. (Bemerkungen 12 und 13). Für die Verarbeitung von Daten durch die sozialen Eingliederungsbetriebe gelte dasselbe. Mit der Formulierung „im Hinblick auf die Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge,“ sei Außenstehenden unklar, zu welchen Zwecken Daten verarbeitet werden (Bemerkungen 14 und 15). Aus dem Grund wurde ein neuer Artikel 20 eingefügt, der die einzelnen Datenverarbeitungen präzise nach Zweckbestimmung aufschlüsselt.

Außerdem wurde auf Empfehlung der Datenschutzbehörde in Artikel 20 präzisiert, zu welchen Zwecken ein Auszug aus dem Strafregister verwendet werden darf (Bemerkung 16).

III. Verhältnismäßigkeit

Die Datenschutzbehörde macht darauf aufmerksam, dass einige Datenkategorien zu vage seien und durch einen Regierungserlass präzisiert werden müssen, damit die den diesen Kategorien zuzuordnenden Daten verarbeitet werden können (Bemerkungen 18-20). Es versteht sich von selbst, dass gewisse Datenkategorien noch ausformuliert werden müssen, dies jedoch bevorzugt auf Erlassebene geschehen sollte, da es sich um Detail- bzw. Ausführungsfragen handelt. Die Verarbeitung von Daten zu den Verwaltern wurde gelöscht, so dass Bemerkung 20 gegenstandslos ist.

Darüber hinaus wünscht sich die Datenschutzbehörde, dass aus den Verarbeitungszwecken genauer hervorgehen sollte, welche Daten zu welchem Zweck verarbeitet werden (Bemerkung 21). Auch wenn die Verarbeitung von Daten einer bestimmten Datenkategorie nicht immer einem einzigen ausschließlichen Zweck zugeordnet werden kann, wurde durch die Neufassung von Artikel 20 beabsichtigt, so transparent wie möglich offenzulegen, welche Daten zu welchem Zweck bzw. zu welchen Zwecken verarbeitet werden. Hierbei ist es möglich, dass ein und dieselbe Datenkategorie zu mehreren Zwecken verarbeitet wird. Es wird dort auch festgehalten, dass gewisse Datenkategorien nur zu bestimmten Zwecken verarbeitet werden können.

Die Datenschutzbehörde wünscht sich, dass in der Begründung eine Rechtfertigung dafür gegeben wird, wieso die Regierung und die Betriebe die Daten zur Identität der begleiteten Personen verarbeiten dürfen (Bemerkungen 22 und 23). Auf Empfehlung der Datenschutzbehörde wurde eine entsprechende Erläuterung in Artikel 19 eingefügt.

Auf Empfehlung der Behörde wurde der Verweis auf Artikel 34 des Gesetzes vom 30. Juli 2018 gestrichen (Bemerkung 25).

Hinsichtlich der Nationalregisternummer wurde auf Wunsch der Datenschutzbehörde sowohl im Kommentar zu Artikel 19 als auch im neuen Artikel 20 verdeutlicht, warum die Verarbeitung der Nationalregisternummer der begleiteten Personen notwendig ist (Bemerkungen 26-28).

Im Anschluss macht die Datenschutzbehörde darauf aufmerksam, dass die Regierung und die Betriebe Informationen auf dem Auszug aus dem Strafregister nur insoweit

verarbeiten dürfen, wie dies für die Funktion des Betreuers relevant ist (Bemerkungen 29-30). Die Artikel 10 und 13 wurden dahingehend abgeändert, dass die Regierung nur solche im Auszug aus dem Strafregister aufgeführten Verstöße berücksichtigen darf, die für die jeweilige Funktion des Betreuers relevant sind, insbesondere wenn sich diese negativ auf die Entwicklung der benachteiligten Personen auswirken können. Alle anderen Verstöße dürfen nicht berücksichtigt werden.

Was schließlich die Berichtspflichten anbelangt, wurde auf Empfehlung der Datenschutzbehörde (Bemerkungen 31-39) in Artikel 24 präzisiert, dass statistische Daten zu anonymisieren sind. Außerdem wurde in Artikel 22 präzisiert, dass insofern Daten anonymisiert oder pseudonymisiert werden, sich die entsprechende Technik nach den Empfehlungen der Europäischen Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit richtet. Schließlich wurde in Artikel 24 noch festgehalten, dass es sich bei den anonymisierten Daten um aggregierte Daten handelt. Die Angaben müssen dergestalt sein, dass eine Rückverfolgung auf Einzelpersonen nicht möglich ist.

IV. Aufbewahrungsfristen

An erster Stelle weist die Datenschutzbehörde darauf hin, dass für die Daten der Verwalter der Betriebe nichts vorgesehen ist und der Entwurf entsprechend angepasst werden müsse (Bemerkung 43). Da die Bedingung über die Zahlungsfähigkeit der Verwalter gestrichen wurde, wird dieser Hinweis nicht weiter berücksichtigt.

Die Datenschutzbehörde hält die allgemeine Aufbewahrungsfrist von 10 Jahren nach Ende der Betreuung bzw. nach Ende der Tätigkeit als Betreuer für unverhältnismäßig (Bemerkung 44). Es wurde daher eine allgemeine Aufbewahrungsfrist von 2 Jahren vorgesehen, jedoch eine Ausnahme für Gehaltsbelege eingefügt, die beispielsweise im Fall einer Rechtsklage während der üblichen Klagfrist ihre Relevanz behalten können. Für solche Belege bleibt die Aufbewahrungsfrist bei 10 Jahren.

V. Vorhandensein von Verantwortlichen

Wie üblich macht die Datenschutzbehörde darauf aufmerksam, dass die Regierung nicht als Verantwortliche angegeben werden soll, da dies nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt und eine entmündigende Wirkung der Verwaltung gegenüber entfaltet (Bemerkung 49). Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass es nach der ständigen Rechtsprechung des Staatsrats nicht möglich ist, der Hauptverwaltung der Regierung per Dekret gesonderte Aufgaben und Vollmachten zu erteilen. Diese Aufgabe fällt allein der Regierung zu.

2. Beirat für Integration und Zusammenleben in Vielfalt

Der Beirat für Integration und Zusammenleben in Vielfalt gab am 8. November 2022 sein Gutachten ab und setzt dabei seinen Fokus auf das Zielpublikum der Personen mit Migrationshintergrund.

Der Beirat begrüßt, dass im Rahmen der Anerkennung der Betriebe die Nicht-Diskriminierung im Dekret festgeschrieben ist (Art. 4 und Art. 5). In diesem Zusammenhang fordert der Beirat den Ausbau und eine intensivere Bekanntmachung der Anti-Diskriminierungsstelle in Ostbelgien.

„Der Beirat möchte außerdem darauf hinweisen, dass man im Rahmen der AktiF PLUS - Berechtigten nicht von Personen, die „weder Deutsch- oder Französischkenntnisse haben“ sprechen sollte, sondern eher von „Personen mit keinen bis geringen Deutsch- und Französischkenntnissen (< Niveau B1)“.

Diese Bemerkung betrifft das Dekret vom 28. Mai 2018 über die AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung und nicht den vorliegenden Dekretentwurf.

Das Dekret vom 28. Mai 2018 definiert in Artikel 8 die AktiF PLUS-Berechtigten, die zwei von vier Vermittlungshemmnissen vorweisen müssen, darunter das Sprachenhemmnis, das wie folgt definiert ist: „4. das Nicht-Erreichen des Niveaus B1 gemäß dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen sowohl in Deutsch als auch in Französisch.“, das objektiv das Niveau der Sprachkenntnisse an den europäischen Referenzrahmen bindet.

In der allgemeinen Kommunikation ist dann eher von „Personen mit keinen bis geringen Deutsch- und Französischkenntnissen (< Niveau B1)“ gesprochen worden. Künftig wird darauf geachtet, die vom Beirat vorgeschlagene Formulierung zu nutzen.

Schließlich bemerkt der Beirat, dass im Dekretvorentwurf noch nicht klar ist, inwieweit das neuankommende Zielpublikum mit geringen Sprachkenntnissen und/oder nichtgleichgestellten Diplomen als Publikum mit Vermittlungshemmnissen definiert wird. Dies bleibt noch im Erlass zu definieren und der Beirat spricht sich dafür aus, dass diese Kriterien eindeutig als Vermittlungshemmnisse definiert werden.“ Dies ist ggf. unter Berücksichtigung der im Dekretentwurf definierten benachteiligten Personen auf Erlassebene zu definieren.

3. Verwaltungsrat der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben (DSL)

Der Verwaltungsrat der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben (DSL) erteilte am 27. Oktober 2022 sein Gutachten. Er begrüßt das Vorhaben ausdrücklich. Das Gutachten hält fest, dass der neu zu schaffende Rahmen den Gegebenheiten und den Sozialbetrieben Rechnung trägt.

Besonders lobt der Verwaltungsrat, dass eines der Leitmotive darin besteht, „den Menschen in den Mittelpunkt“ zu stellen.

Ferner wird im Gutachten darauf hingewiesen, dass es weiterhin einen Bedarf an angepassten Beschäftigungsmöglichkeiten für bestimmte Zielgruppen gibt.

Der Verwaltungsrat begrüßt, dass bei den Anerkennungskriterien (Artikel 4 und 5) neben der Niederlassungseinheit auf dem deutschen Sprachgebiet auch Hauptaktivitäten auf dem deutschen Sprachgebiet berücksichtigt werden, dies vor dem Hintergrund, die Tagesstätte Eupen in diesem Rahmen mit abzusichern.

Bezüglich der in Artikel 5 des Dekretvorentwurfs definierten Mindestbetreuungsnorm von mindestens eins zu zehn ist der Verwaltungsrat der Auffassung, dass diese als absolute Mindestnorm verstanden werden sollte. Je nach Zielpublikum und oder zu betreuender Einzelperson, so die Meinung des Verwaltungsrates, kann eine Betreuungsnorm von bis zu eins zu eins erforderlich sein, um das definierte Ziel zu erreichen. Es ist sicherzustellen, dass wegen eines solchen Betreuungsschlüssels nicht Zielgruppen aufgrund fehlender Finanzierung ausgeschlossen werden.

Der Dekretgeber hat diese Norm als Mindestnorm formuliert.

Der Verwaltungsrat schlägt vor, dass „Anerkennungsverfahren für Betriebe, die bereits durch eine andere Bezuschussungsinstanz anerkannt werden, vereinfacht bleiben, so wie dies aktuell der Fall ist.“

Es wird an dieser Stelle das Beispiel angeführt, dass „die Beschützenden Werkstätten nur eine Bescheinigung der Anerkennung durch die Dienststelle [benötigen], was verwaltungstechnisch einen geringen Aufwand mit sich bringt, da aufwändige Anträge und Überprüfungsprozeduren vermieden werden.“

Zum Vorschlag des vereinfachten Zugangs der Beschützenden Werkstätten, sprich ohne weitere administrative Schritte zu den Vorteilen, die durch vorliegenden Dekretentwurf geregelt werden, sind mehrere Aspekte zu beachten.

Diese Bitte ist pro direkten und abgeleiteten Vorteil, der durch die Anwendung dieses Dekrets ermöglicht wird, zu analysieren und zu beantworten.

Zunächst ist auf die Nutzung der Artikel 60 §7-Beschäftigungsmaßnahme mit erhöhter Subvention durch die Beschützenden Werkstätten einzugehen.

Dieses Nutzungsrecht ist aktuell durch den « Arrêté ministériel du 10.10.2004 établissant la liste des initiatives d'économie sociale en vue de l'octroi d'une subvention majorée de l'Etat aux centres publics d'action sociale pour des initiatives spécifiques d'insertion sociale dans l'économie sociale » geregelt. Diesen wird die Deutschsprachige Gemeinschaft in Funktion des vorliegenden Dekretentwurfs ggf. anpassen müssen. Dieser listet u.a. die anerkannten Beschützenden Werkstätten als mögliche Nutznießer dieser Maßnahme. Die Deutschsprachige Gemeinschaft zieht in Erwägung, diese Anerkennung beizubehalten.

Die Anerkennung als Sozialbetrieb, oder als sozialer Eingliederungsbetrieb und die darauf basierenden Vorteile in Anwendung des vorliegenden Dekretes, sprich die Anerkennung an sich, die Fördermöglichkeit von Betreuungspersonal in Anwendung von Artikel 10, die mögliche Förderung von innovativen Projekten in Anwendung der Artikel 11 und 12 unterliegen jedoch den entsprechenden Verpflichtungen, wie sie im Artikel 7 definiert sind. Die Anerkennung als Beschützende Werkstatt unterscheidet sich von der eines Sozialbetriebs und der eines sozialen Eingliederungsbetriebs, deren Definition in der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch dieses Dekret nach Konzeptarbeit mit dem Sektor erfolgt. Und diese Definition ist nicht deckungsgleich mit dem, was unter einer Beschützenden Werkstätte zu verstehen ist.

Vor diesem Hintergrund müssen die Beschützenden Werkstätten, wenn sie diese Vorteile beanspruchen möchten, dieselben Schritte unternehmen wie die anderen interessierten Organisationen. Es wird daher keine Textanpassung vorgenommen.

Der Verwaltungsrat der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben merkt zudem an, dass es in seinen Augen für die Dienstleister, die bereits durch die DSL anerkannt sind, nicht zielführend ist, einen spezifischen Kontroll- und Inspektionsdienst zu schaffen. Diese Dienste unterliegen der Autorität der durch das Dekret vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle für selbstbestimmtes Leben geschaffenen Inspektion. Es wird hier eine Dopplung der Kontrollmechanismen gesehen.

Die Prüfung, ob die Anerkennungsbedingungen in Anwendung des vorliegenden Dekretentwurfs erfüllt sind, kann nicht durch Beamte der DSL übernommen werden. Es wird folgerichtig weder eine Anpassung des Textes noch eine Sonderregelung zugunsten der durch die DSL anerkannten Dienstleister vorgesehen.

Außerdem weist der Verwaltungsrat darauf hin, dass ein mögliches Wegfallen der Anerkennung als Beschützende Werkstätte durch die DSL und die alleinige Anerkennung als Sozialbetrieb den Verlust von Vorteilen zur Folge haben würde, die durch Föderalbehörden zugunsten von Personen mit Unterstützungsbedarf gewährt werden.

Die DSL zitiert in diesem Zusammenhang als Beispiel „die Regelung, die es Personen mit Unterstützungsbedarf, die in einer Beschützenden Werkstätte arbeiten, ermöglicht, eine Teilzeitarbeit nach bzw. während einer Krankheit wieder aufzunehmen ohne Abzüge ihres Krankengeldes.“

Aktuell wird die Aufhebung oder der Ersatz der Anerkennung als Beschützende Werkstätte nicht angestrebt,

„Der Verwaltungsrat spricht sich ausdrücklich gegen die vorliegende Formulierung von Artikel 18 des Dekretvorentwurfs aus. Der betreffende Artikel sieht vor, „dass die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen unter der Verantwortung einer Fachkraft der Gesundheitspflege oder einer anderen Fachkraft, die dem Berufsgeheimnis unterworfen ist, stattfindet.“ Der Verwaltungsrat gibt jedoch in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass das Berufsgeheimnis nicht mit dem Arztgeheimnis gleichgesetzt werden darf und demnach die Verarbeitung von Gesundheitsdaten nicht durch das Berufsgeheimnis gedeckt ist. Selbst Fachkräfte der Gesundheitspflege haben nur Zugang zu Gesundheitsdaten von Personen, mit denen sie in einem therapeutischen Verhältnis stehen und der Zugang zu diesen Daten kann sogar durch die betroffene Person nochmals individuell eingeschränkt werden. Vor diesem Hintergrund fordert der Verwaltungsrat die Regierung auf, den betreffenden Artikel entsprechend zu überarbeiten, sodass dieser den Bestimmungen der EU Datenschutz-Grundverordnung und des Gesetzes vom 22. August 2002 über die Rechte des Patienten entspricht sowie die Einhaltung der ärztlichen Schweigepflicht gewährleistet.“

Es wird in diesem Zusammenhang auf das Gutachten der Datenschutzbehörde hingewiesen, die diesbezüglich keine derartigen Vorbehalte geäußert hat. Der Artikel wurde jedoch schlussendlich umformuliert, insbesondere aufgrund der Tatsache, dass nicht alle Betriebe über eine Fachkraft der Gesundheitspflege verfügen und somit keine Gesundheitsdaten verarbeiten dürften. In Betrieben, die über keine Fachkraft verfügen, ist das Einverständnis der betreuten Person erforderlich. Hier wird also ein Minimum an Eigenverantwortung seitens der begleiteten Person vorausgesetzt. Möchte ein Betrieb sie etwa für schwere Arbeiten einsetzen, obliegt es der Person selbst, darauf hinzuweisen, dass sie aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen nicht dazu in der Lage ist.

In diesem Zusammenhang vertritt der Verwaltungsrat ebenfalls die Auffassung, dass bei der Abfrage von personenbezogenen Daten der betreuten Personen bzw. deren Kontrolle dem Prinzip der Datenminimierung entsprochen werden muss, insbesondere bei Gesundheitsdaten. Im Gutachten wird daher vorgeschlagen, von Abfragen und Kontrollen personenbezogener Daten der betreuten Personen abzusehen, „falls die betroffene Person bereits von der Dienststelle, dem Arbeitsamt oder einem ÖSHZ begleitet wird und im Besitz einer entsprechenden Bescheinigung ist. Das gleiche Prinzip sollte, das Gutachten weiter, ebenfalls für die AktiF und AktiF Plus- Berechtigten angewendet werden.“

Der Dekretgeber vertritt wie der Verwaltungsrat der Dienststelle die Meinung, dass das Prinzip der Datenminimierung anzuwenden ist und setzt dieses auch um.

Beim Antrag auf Anerkennung als sozialer Eingliederungsbetrieb wird der Betrieb eine Personalliste vorlegen müssen, mit dem Ziel, nachzuweisen, dass er 50% an benachteiligten Personen beschäftigt oder ausbildet. Die entsprechende Bescheinigung der Arbeitsvermittlungsdienste, die belegt, dass die Person zu den definierten Zielgruppen gehört, ist beizufügen und reicht grundsätzlich. Bei Kontrollen oder in Zweifelsfällen könnten tiefergehende Informationen abgefragt werden. Für diese muss die Regierung die rechtliche Möglichkeit haben, diese evtl. persönlichen Daten anzufordern. Dies wird durch vorliegendes Dekret ermöglicht.

Zuletzt regt der Verwaltungsrat an, bezüglich der in Artikel 24 aufgeführten Berichtspflichten auf die bereits bestehenden Berichte zurückzugreifen, die für andere Bezuschussungsinstanzen verfasst werden. Die Form des Berichtes und der angeforderten Statistiken sollte in seinen Augen für alle Sozialbetriebe möglichst einfach gestaltet werden.

Es ist die Absicht des Dekretgebers, auf vorhandene Berichte zurückzugreifen, insofern diese vorliegen. Entsprechend wurde auch der Kommentar zu Artikel 24 angepasst. Die Regierung behält sich jedoch das Recht vor, spezifische Aspekte nachzufragen, bzw. falls erforderlich, diese in die jährliche Berichterstattung aufnehmen zu lassen.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Gegenstand des vorliegenden Dekretentwurfs.

Absatz 2 definiert die Sozialwirtschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die Sozialwirtschaft wird als wirtschaftliche Tätigkeit definiert, d.h. es werden Produkte hergestellt oder Dienstleistungen angeboten.

In Abgrenzung zur klassischen Wirtschaft kennzeichnet sich die Sozialwirtschaft in ihrem Handeln und Ethik durch fünf Prinzipien.

Nummer 1 legt fest, dass es um die Verfolgung und Umsetzung von einem oder mehreren sozialen Zielen oder Aktivitäten geht, die einem gesellschaftlichen Bedarf oder dem Bedarf einer spezifischen Personengruppe entsprechen.

Diese sozialen Gesellschaftszwecke müssen in den Satzungen verankert sein.

Nummer 2 regelt den Einsatz der Gewinne der sozialwirtschaftlichen Betriebe.

Die Gewinne sind kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um die sozialen Ziele zu erreichen, sie weiterzuentwickeln oder in andere soziale Initiativen zu investieren.

Bei den Genossenschaften, die in Anwendung des Artikels 8:5 des Gesetzbuchs über die Gesellschaften und Vereinigungen als Sozialunternehmen durch den FÖD Wirtschaft anerkannt sind und die im Rahmen des vorliegenden Dekretes ebenfalls anerkannt werden können, geht es ferner darum, die Entlohnung des Kapitals/Aktionäre zu begrenzen.

Dieser Aspekt wird in den entsprechenden föderalen Anerkennungsbedingungen so geregelt, dass die Höhe der an die Aktionäre auszuschüttenden Dividende erst nach Festlegung eines Betrags festgelegt werden kann, „den die Gesellschaft für Projekte oder Zuwendungen vorbehält, die für die Erreichung ihres Zwecks notwendig oder nützlich sind“¹. Die als Sozialunternehmen anerkannten Genossenschaften unterliegen somit den Kontrollen des FÖD Wirtschaft.

Nummer 3 sichert den Einrichtungen Autonomie in der Zusammensetzung ihres Verwaltungsrates bzw. Entscheidungsorgans zu.

Das vierte Prinzip bestimmt, dass für einen partizipativen Entscheidungsprozess innerhalb des Sozialbetriebs gesorgt werden muss. In erster Linie zielt dieses Prinzip darauf ab, die Arbeitnehmerschaft und Auszubildenden mit in die grundsätzlichen, organisationsbezogenen Entscheidungen einzubeziehen.

Durch den partizipativen Ansatz soll die Chancengleichheit unter den Arbeitnehmern und den Auszubildenden und deren Teilhabe an strategischen, organisationsbezogenen Entscheidungen umgesetzt werden.

Bei Gesellschaften, die in Anwendung des Artikel 8:5 des Gesetzbuchs über die Gesellschaften als Sozialunternehmen anerkannt sind, ist die Anzahl Stimmen pro Person in den hoheitlichen Organen der betreffenden Einrichtung zu begrenzen.

¹ [Société coopérative agréée et entreprise sociale | SPF Economie \(fgov.be\)](#)

Nummer 5 bestimmt, dass die Geschäftsführung und die auszuführenden Tätigkeiten der Sozialbetriebe im Sinne einer umweltfreundlichen, lokalen und nachhaltigen Entwicklung durchzuführen sind.

Das bedeutet, dass sich die anerkannten Sozialbetriebe dazu verpflichten, eine Mindestanzahl an Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen zu verfolgen und umzusetzen.

Artikel 2

Personenbezeichnungen im Dekretentwurf gelten für alle Geschlechter gleichermaßen.

Artikel 3

Dieser Artikel definiert die Begriffe des Dekretentwurfs und sorgt für ein einheitliches Verständnis der entsprechenden Bestimmungen.

Nummer 1 definiert die „benachteiligten Personen“, die hauptsächlich bei sozialen Eingliederungsbetrieben und Vorschalt- und Integrationszentren beschäftigt oder ausgebildet bzw. begleitet werden.

Diese Personengruppen werden bei der Berechnung der einzustellenden Zielgruppen berücksichtigt, um als sozialer Eingliederungsbetrieb oder Vorschalt- bzw. Integrationszentrum anerkannt werden zu können. Eine Bedingung für die Anerkennung ist die mehrheitliche Beschäftigung und/oder Ausbildung des Zielpublikums, das somit 50% der Belegschaft ausmachen muss.

Alle weisen einen Abstand zum Arbeitsmarkt auf, der in den meisten Fällen groß bis sehr groß ist. Diese Personen befinden sich in unterschiedlichen Statuten. Zunächst umfasst diese Gruppe die arbeitsmarktfernen Arbeitsuchenden, die beim Arbeitsamt, einem ÖSHZ oder der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben eingetragen und betreut werden. Ferner werden hierunter die in den Sozialbetrieben mittels eines Arbeitsvertrags beschäftigten Arbeitnehmer berücksichtigt. Außerdem fallen hierunter die mittels eines Ausbildungsvertrags ausgebildeten bzw. betreuten und begleiteten Personen. Daher der allgemeine Überbegriff „Personen“.

Diese „benachteiligten Personen“ umfassen einerseits die AktiF- bzw. AktiF PLUS-Berechtigten, das bedeutet die Zielgruppen, die in Anwendung des Kapitels 2 des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung beschriebenen nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden, die bei Einstellung zu einer AktiF oder AktiF PLUS-Förderung zugunsten des einzustellenden Arbeitgebers führen können.

In Anwendung dieses Dekrets prüft das Arbeitsamt, ob der Arbeitsuchende den Zielgruppengdefinitionen von AktiF oder AktiF PLUS entspricht. Wenn dies der Fall ist, erstellt das Arbeitsamt eine entsprechende Bescheinigung aus. Für den persönlichen Anwendungsbereich der AktiF- und AktiF Plus-Berechtigten wird auf die einschlägigen Bestimmungen des Dekrets vom 28. Mai 2018 verwiesen.

Unter b) folgen die Personen, die in Artikel 60 §7 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren definiert sind.

Buchstabe c) beschreibt die benachteiligten Personen, die einen sehr großen Abstand zum Arbeitsmarkt aufweisen, der durch multiple, vorwiegend schwer objektivierbare Vermittlungshemmnisse begründet ist. Diese hindern die Person - soweit absehbar - für einen

längeren Zeitraum daran, Arbeitsleistungen im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses zu erbringen oder an einer höher qualifizierenden Ausbildung teilzunehmen.

Diese Vermittlungshemmnisse sind insbesondere auf psychosozialer Ebene angesiedelt, wie bspw. mangelnde Sozialkompetenzen, geistige, psychische und/oder physische Beeinträchtigungen, Probleme auf Ebene der Arbeitsausführung.

Aber auch eine geringe Qualifikation, Langzeitarbeitslosigkeit oder Nichtanerkennung bzw. Nichtgleichstellung von ausländischen Diplomen oder mangelnde Sprachenkenntnisse können hier eine Rolle spielen und werden auf Erlassebene spezifiziert.

Es handelt sich bei diesen Personen insbesondere um potenzielle Teilnehmer für eine Vorschalt- und/oder Integrationsmaßnahme.

Buchstabe d) definiert die betreuten Freiwilligen. Es handelt sich um Personen, für die ein Arbeitsvermittlungsdienst, eine psychiatrische Klinik, der psychiatrische Begleitdienst oder ein psychiatrisches Pflegewohnheim die Beschäftigung im Rahmen eines betreuten Freiwilligenvertrags als für die persönliche und berufliche Entwicklung angezeigt erachtet.

Diese Art der Beschäftigung ist zeitlich zu befristen. Sie kann jedoch nach gemeinsamer Evaluierung durch den jeweiligen Vermittlungsdienst und dem Sozialbetrieb verlängert werden.

Diese Art der Beschäftigung ist jedoch nur anzubieten, wenn keine andere Möglichkeit der Ausbildung oder Beschäftigung auch im Bereich der Sozialwirtschaft für die betreffende Person umsetzbar ist.

Indizien sind hier bspw., wenn die Vermittlung auf Anfrage eines psychiatrischen Pflegewohnheims erfolgt und darauf abzielt, der Person in einem geschützten Rahmen außerhalb des Wohnheims Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten.

Die Freiwilligenverträge unterliegen den Regelungen, wie sie das Gesetz vom 3. Juli 2005 über die Rechte der Freiwilligen festlegt.

Nummer 2 definiert den Sozialbetrieb. Es handelt sich um folgende juristische Personen: V.o.G., Genossenschaften, die in Anwendung des Artikels 8:5 des Gesetzbuchs über die Gesellschaften und Vereinigungen als Sozialunternehmen durch den Föderalen öffentlichen Dienst Wirtschaft anerkannt sind, sowie Projektinitiativen von V.o.G. oder lokalen Behörden, die den unter Artikel 1 Absatz 2 erwähnten Prinzipien entsprechen.

Nummer 3 beschreibt die sozialen Eingliederungsbetriebe als Sozialbetriebe, deren soziales Ziel hauptsächlich auf die sozialberufliche Eingliederung von auf dem Arbeitsmarkt benachteiligten Personen abzielt.

Nummer 4 legt fest, was ein Vorschalt- und/oder Integrationszentrum ist bzw. worin seine Zielsetzungen und Aufgaben bestehen. Es handelt sich um soziale Eingliederungsbetriebe, die Personen mit großem bis sehr großem Abstand zum Arbeitsmarkt, wie sie unter Buchstabe c) beschrieben sind, im Rahmen einer Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme ausbilden und begleiten.

Konkret bedeutet dies, dass das Zentrum diesen Personen in seinen verschiedenen Tätigkeitsfeldern/Werkstätten/Ausbildungsbereichen mittels eines pädagogischen Konzeptes entweder eine auf ihre individuellen Bedürfnisse angepasste Maßnahme zur psychosozialen Stabilisierung bzw. Verbesserung der sozialen und sozioprofessionellen Verhaltensweisen anbietet. In diesem Fall handelt es sich um eine Vorschaltmaßnahme.

Wenn theoretische und praktische Ausbildungen bzw. Teilqualifizierungen mit der Person anvisiert werden können, nimmt sie an einer Integrationsmaßnahme teil.

Die Teilnehmer werden dazu aufgefordert, auch Praktika bei Unternehmen zu absolvieren. Diese können unterschiedliche Ausrichtungen haben. Sie können bspw. dazu beitragen, die Interessen und Fähigkeiten der Auszubildenden herauszufinden oder zu festigen. Sie können aber auch darauf abzielen, auf eine höher qualifizierende Ausbildung wie bspw. eine Lehre oder individuelle Berufsausbildung in einem Unternehmen (hiernach „IBU“) vorzubereiten oder ein Arbeitsverhältnis im Anschluss anzuvisieren.

In jedem Fall ist eine sozialpädagogische Betreuung zugunsten der Person im Hinblick auf deren sozioprofessionelle Integration mit anzubieten. Diese kann in der Intensität unterschiedlich sein.

Die Vermittlung erfolgt über die Vermittlungsdienste, wobei diese vorrangig über das Arbeitsamt abgewickelt wird, da die Teilnehmer einen Berufsausbildungsvertrag des Arbeitsamtes² erhalten.

Nummer 5 definiert die sozialpädagogische Betreuung, die eine bedeutende Rolle im Umgang mit dem hier anvisierten Zielpublikum einnimmt. Sie muss in den anerkannten sozialen Eingliederungsbetrieben und in den Vorschalt- und Integrationszentren zugunsten der beschäftigten und/oder auszubildenden und zu begleitenden Zielgruppen angeboten werden.

Die Intensität dieser Betreuung kann sich zwischen den sozialen Eingliederungsbetrieben und den Vorschalt- und Integrationszentren unterschiedlich gestalten.

In jedem Fall sind individuelle Entwicklungsziele mit dem Auszubildenden /Arbeitnehmer zu vereinbaren, die darauf abzielen, seine sozialen und/oder fachspezifischen Kompetenzen zu verbessern, idealerweise im Hinblick auf eine Integration in den Arbeitsmarkt oder den Abschluss einer höher qualifizierenden Ausbildung.

Die Integration in eine höher qualifizierende Ausbildung kann die Vorbereitung auf eine Lehre oder der Abschluss eines Lehrvertrags bedeuten. Auch die Teilnahme an einer individuellen Berufsausbildung im Unternehmen (IBU) kann eine erfolgreiche Entwicklung darstellen, die dann in einer späteren Phase in ein Arbeitsverhältnis münden kann.

Auch der Abschluss eines Arbeitsverhältnisses direkt im Anschluss bspw. einer Integrationsmaßnahme ist möglich, oftmals mithilfe einer Fördermaßnahme wie Artikel 60 §7 oder einer AktiF(PLUS)-Beschäftigungsförderung.

In den Fällen, wo diese Zielsetzungen nicht möglich oder noch verfrüht erscheinen, sind andere persönliche, auf seine Bedürfnisse abgestimmte Entwicklungsziele mit dem Auszubildenden/Arbeitnehmer zu formulieren und anzustreben.

Die sozialpädagogische Begleitung wird unter Nummer 5 definiert. Sie umfasst die auf die Bedürfnisse der zu begleitenden, benachteiligten Person angepasste Begleitung, Beratung, Ausbildung und Anleitung. Es geht immer darum, ihre sozialen und beruflichen Kompetenzen zu verbessern. Das erste Ziel ist die dauerhafte Eingliederung in den Arbeitsmarkt oder eine höher qualifizierende Ausbildung. Wenn diese beiden Ziele nicht oder noch nicht

² In Anwendung von Artikel 8 des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende

erreicht werden, können auch andere persönliche Entwicklungsziele angestrebt werden. Aber vorrangig bleibt die Verbesserung ihrer sozialberuflichen Situation..

Nummer 6 definiert was in vorliegendem Dekret unter Betreuer zu verstehen ist. Neben den Sozialpädagogen gehören hierzu auch die Ausbilder, Anleiter, Vorarbeiter usw., die dafür zuständig sind, die Zielgruppen in der Beschäftigung zu begleiten, zu fördern, auszubilden usw.

Wenn es darum geht, eine Betreuungsnorm zu erfüllen, werden diese Betreuerstellen berücksichtigt werden.

Nummer 7 definiert im vorliegenden Kontext die sozialberufliche Eingliederung. Es sind die verschiedenen Aktivitäten, die auf die Erst- oder Wiedereingliederung der definierten Zielgruppen in den Arbeitsmarkt abzielen bzw. diese vorantreiben oder fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, vermitteln die Betreuer den Zielgruppen soziale und/oder fachliche, berufliche Kompetenzen und Fertigkeiten. Parallel begleiten und unterstützen sie diese Personen bedarfsorientiert in der Ausbildung oder während des Beschäftigungsverhältnisses.

Nummer 8 definiert die lokalen Behörden, die im Bereich der Sozialwirtschaft als Träger von Projektinitiativen in Frage kommen.

Die Nummern 9, 10 und 11 definieren das Arbeitsamt, die Dienststelle für selbstbestimmtes Leben und die ÖSHZ.

Der Artikel ermächtigt die Regierung zur Präzisierung weiterer Modalitäten und Bedingungen bezüglich der betreuten Freiwilligen.

Artikel 4

Dieser Artikel ist der erste Artikel im Kapitel 2 über die in diesem Dekret geregelten Anerkennungen. Er listet die Kriterien, um als Sozialbetrieb in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannt werden zu können.

Erstens handelt es sich um folgende juristische Personen: die V.o.G., Genossenschaften, die in Anwendung des Artikels 8:5 des Gesetzbuchs über die Gesellschaften und Vereinigungen als Sozialunternehmen durch den FÖD Wirtschaft anerkannt sind, sowie Projektinitiativen in Trägerschaft von V.o.G. und lokalen Behörden.

Der Betrieb muss eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, das bedeutet entweder Produkte herstellen oder Dienstleistungen anbieten.

Es muss eine Niederlassungseinheit im deutschen Sprachgebiet geben und/oder die Hauptaktivitäten finden auf diesem Gebiet statt. Dies ermöglicht bspw. auch die Anerkennung von Projektinitiativen von Einrichtungen mit Sitz auf dem französischen Sprachgebiet aber mit Hauptausrichtung der Aktivitäten auf dem deutschen Sprachgebiet.

Weiter dürfen keine Verstöße gegen Bestimmungen in den Bereichen Nicht-Diskriminierung, Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht vorliegen.

Der Dekretentwurf sieht vor, dass die Geschäftsführung über genügend Betriebskenntnisse verfügt. Die Regierung kann präzisieren, was unter Betriebskenntnisse zu verstehen ist.

Diese Anerkennung eröffnet die Möglichkeit auf Förderung zur Durchführung von innovativen Projekten jedoch nicht auf abgeleitete Vorteile oder auf Zuschüsse für Betreuungspersonal.

Artikel 5

Die nächste Stufe in den Anerkennungen bilden die sozialen Eingliederungsbetriebe. Um als solcher anerkannt werden zu können, muss die Einrichtung zunächst den Kriterien als anerkannter Sozialbetrieb entsprechen.

Die Anerkennung als sozialer Eingliederungsbetrieb unterliegt zusätzlich den Bedingungen, dass der soziale Zweck bzw. der hauptsächliche Projektinhalt in der sozialberuflichen Eingliederung liegt und mindestens die Hälfte des Personals benachteiligte Personen sind.

Zu letzterer Vorgabe wird ergänzend geregelt, dass diese Auflage nicht für neue Antragsteller gilt, bzw. dass diese drei Jahre Zeit haben, um diese zu erfüllen.

Es wird eine sozialpädagogische Betreuung angeboten und diese wird mittels eines Konzeptes nachgewiesen.

Es wird eine Mindestbetreuungsnorm von 1 zu 10 festgelegt.

Die Regierung erhält die Ermächtigung zu definieren, welche Personen effektiv als benachteiligte Personen gelten. Es ist festzulegen, welche Personen, welche Statute diesen benachteiligten Personen gleichgestellt sind und somit für die Berechnung mitberücksichtigt werden. Das wird u.a. der Fall für Personen sein, die unter Berufsausbildungsvertrag in einer Vorschalt- und Integrationsmaßnahme sind. Besonders für diese Einrichtungen, die zahlreiche Personen unter Ausbildungsvertrag betreuen, ist es wichtig, dass diese auch zu ihren Gunsten gezählt werden.

Weiter ist bspw. vorzusehen, dass Arbeitnehmer, die durch ein ÖSHZ dem sozialen Eingliederungsbetrieb zur Verfügung gestellt werden, ebenfalls bei der Erfassung des Personalstands berücksichtigt werden.

Außerdem wird die Regierung ermächtigt, festzulegen, welche Mindestkriterien, das sozialpädagogische Konzept erfüllen muss.

Des Weiteren kann die Regierung Mindestanforderungen in Bezug auf das betreute Personal festlegen, die die neuen Antragsteller während der dreijährigen Übergangsfrist zu erfüllen haben.

Die Regierung kann zudem Vorgaben in Bezug auf Betriebsführungskenntnisse für die Geschäftsführung des Sozialbetriebs festlegen.

Die Anerkennung als sozialer Eingliederungsbetrieb eröffnet das Anrecht auf verschiedene bedeutende, abgeleitete Vorteile. Einerseits können die sozialen Eingliederungsbetriebe von der Zurverfügungstellung von Artikel 60 §7-Arbeitnehmern durch ein ÖSHZ mit erhöhter Subvention profitieren. Dies ist eine Regelung, die seit 1. Januar 2016 zum Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehört.

Sie eröffnet ebenfalls unter bestimmten Bedingungen die Anwendung des 6% MWST-Satzes und die Befreiung der Steuerzahlung auf die Gewinne.

Letztere Vorteile gehören zum Zuständigkeitsbereich des Föderalstaates.

Ein weiterer Vorteil, der sich durch diese Anerkennung ableitet, betrifft das öffentliche Auftragswesen. Zwei EU-Richtlinien (2014/24/UE et 2014/25/UE) bzw. deren Umsetzungsinstrumente, insbesondere Artikel 15 des Gesetzes vom 17. Juni 2016 über die öffentlichen Aufträge, sehen vor, dass der Zugang zu öffentlichen Aufträgen Unternehmen vorbehalten werden kann, deren Hauptzweck die Integration von benachteiligten Personen wie bestimmten Kategorien von Arbeitssuchenden ist. Dieser Bedingung würden die anerkannten sozialen Eingliederungsbetriebe voraussichtlich entsprechen.

Artikel 6

Dieser Artikel regelt erstmalig in einem Rechtstext die Anerkennung als Vorschalt- und Integrationszentrum in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Um als solches anerkannt werden zu können, ist die Anerkennung als sozialer Eingliederungsbetrieb eine Voraussetzung.

Das Zentrum bietet der benachteiligten Person in ihren verschiedenen Tätigkeitsfeldern/Werkstätten/Ausbildungsbereichen eine Vorschaltmaßnahme an, wenn Maßnahmen zur psychosozialen Stabilisierung bzw. Verbesserung der sozialen und sozioprofessionellen Verhaltensweisen angezeigt sind.

Wenn theoretische und praktische Ausbildungen bzw. Teilqualifizierungen mit der Person anvisiert werden können, nimmt die Person an einer Integrationsmaßnahme teil, ebenfalls in den zur Verfügung stehenden Werkstätten und Tätigkeitsbereichen.

Die Teilnehmer werden dazu aufgefordert, auch Praktika bei Unternehmen zu absolvieren. Diese können unterschiedliche Ziele verfolgen. Sie können bspw. dazu beitragen, die Interessen und Fähigkeiten der Auszubildenden herauszufinden oder zu festigen. Sie können aber auch darauf abzielen, eine höher qualifizierende Ausbildung wie bspw. eine Lehre oder IBU vorzubereiten oder ein Arbeitsverhältnis im Anschluss einzugehen.

In jedem Fall ist eine Abstimmung auf die individuellen Bedürfnisse der Teilnehmer und eine sozialpädagogische Betreuung zugunsten der Person im Hinblick auf deren sozioprofessionelle Integration zu gewährleisten. Diese kann in der Intensität unterschiedlich sein.

Aufgrund des Zielpublikums, das einen großen bis sehr großen Abstand zum Arbeitsmarkt aufweist, ist ein engerer Betreuungsschlüssel vorzusehen, nämlich 1 Betreuer für 6 Teilnehmer.

Die Regierung erhält die Ermächtigung, die Anzahl Vorschalt- und Integrationszentren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und ggf. ihre jeweiligen territorialen oder fachlichen Tätigkeitsgebiete zu bestimmen.

Ferner kann sie einen Mindestprozentsatz an zu erwirtschafteten Eigeneinnahmen festlegen sowie eine Mindestanzahl an zu betreuenden Teilnehmer.

Schließlich wird die Regierung ermächtigt, weitere Anerkennungsbedingungen und -modalitäten festzulegen.

Artikel 7

Dieser Artikel legt das Anerkennungsverfahren fest.

Paragraf 1 besagt, dass hierzu ein Antrag einzureichen ist, aus dem hervorgeht, dass den entsprechenden Anforderungen entsprochen wird.

Die Anerkennung wird prinzipiell für eine unbestimmte Zeit ausgesprochen. Die Regierung kann jedoch eventuelle Ausnahmefälle festlegen, in denen eine befristete Anerkennung ausgesprochen wird. Dies könnte bspw. der Fall bei einer neuen Einrichtung sein, die die Anerkennung als sozialer Eingliederungsbetrieb beantragt hat und auch nach drei Jahren noch nicht 50% benachteiligte Personen beschäftigt oder ausbildet.

Paragraf 2 bestimmt, dass ein neuer Antrag auf Anerkennung gestellt wird, wenn die ggf. befristete Anerkennung abgelaufen ist.

Es ist ebenfalls ein neuer Antrag einzureichen, wenn die Regierung oder die mit der Kontrolle beauftragten Beamten feststellen, dass die Angaben nicht mehr mit der Realität übereinstimmen oder ggf. in der Anerkennung angepasst werden müssen. Bspw. könnte sich die Situation ergeben, dass eine als sozialer Eingliederungsbetrieb anerkannte V.o.G. ihre Tätigkeiten nicht mehr hauptsächlich auf die sozialberufliche Integration ausrichtet. In diesem Fall könnte die Anerkennung als sozialer Eingliederungsbetrieb abgeändert werden in eine Anerkennung als Sozialbetrieb. Der Weg in die andere Richtung ist auch möglich, d.h. die Anerkennung als Sozialbetrieb wird in eine Anerkennung als sozialer Eingliederungsbetrieb umgewandelt.

Paragraf 3 regelt die Ermächtigungen, die der Regierung in diesem Zusammenhang zugesprochen werden. Sie betreffen die Form und den Inhalt des Antrags, die Verfahren und die weiteren Modalitäten oder Bedingungen zum Erhalt der Anerkennung. Die administrativen Verfahren im Falle von befristeten oder unbefristeten Anerkennungen und schließlich die Einspruchsmöglichkeiten im Falle einer Ablehnung können ebenfalls durch die Regierung festgelegt werden.

Artikel 8

Artikel 8 regelt die Aufrechterhaltung der jeweiligen Anerkennung, indem die diesbezüglichen, verschiedenen Verpflichtungen festgelegt werden. Diese betreffen einerseits die Einhaltung der Verpflichtungen, die für die jeweilige Anerkennung definiert sind. Andererseits betreffen diese die tatsächliche Erbringung des durchzuführenden Angebots.

Diese muss in jedem Fall unter Einhaltung der definierten Vorgaben erfolgen.

Außerdem sind die anerkannten Sozialbetriebe, sozialen Eingliederungsbetriebe und Vorschalt- und Integrationszentren verpflichtet, jährlich einen Tätigkeitsbericht einzureichen.

Die Regierung ist ermächtigt, weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung festzulegen.

Artikel 9

Artikel 9 regelt den Entzug der Anerkennung.

Paragraf 1 Absatz 1 bestimmt, dass der Antragsteller in einem ersten Schritt, wenn er die Verpflichtungen nicht einhält, durch die Regierung dazu aufgefordert wird, diesen Anforderungen nachzukommen.

Absatz 2 erläutert, dass wenn der Antragsteller bzw. der Inhaber der Anerkennung dieser Aufforderung nicht nachkommt bzw. nur unzureichend, die Regierung in diesem Fall entweder die Anerkennung aussetzen oder entziehen kann.

In diesem Zusammenhang wird die Regierung ermächtigt, das entsprechende Verfahren auf Erlassebene festzulegen und die Einspruchsmöglichkeiten gegen den Beschluss des Entzugs oder der Aussetzung zu bestimmen. Die Regierung informiert in diesem Fall alle interessehabenden Behörden.

Paragraf 2 bestimmt, dass während der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens keine oder eine reduzierte Förderung gewährt wird, wie sie in Kapitel 3 definiert ist.

Paragraf 3 ermächtigt die Regierung, eine Liste von Tatbeständen festzulegen, die ggf. zum Ausschluss des Betriebs von der Anwendung des vorliegenden Dekretes für eine maximale Dauer von fünf Jahren führen können.

Artikel 10

Das Kapitel 3 regelt die Bezuschussung anerkannter Betriebe und die Förderung von innovativen Projekten.

Artikel 10 eröffnet die Möglichkeit, sozialen Eingliederungsbetrieben und Vorschalt- und Integrationszentren, die keine Personalbezuschussung über einen anderen Fachbereich erhalten, abgesehen von möglichen AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüssen, einen Zuschuss für Betreuungspersonal zu gewähren.

Die meisten Sozialbetriebe der Deutschsprachigen Gemeinschaft verfügen über entsprechende Zuschüsse über andere Zuständigkeitsbereiche. Diese können keine Förderung in diesem Rahmen beanspruchen. Dieser Artikel soll die Betriebe absichern, die über keine anderweitige Struktur- bzw. Personalbezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügen.

Der Dekretentwurf legt fest, dass die Betreuer über eine ausreichende Qualifikation oder relevante Berufserfahrung verfügen.

Eine weitere Bedingung zum Erhalt dieser Personalzuschüsse besteht darin, dass die Betreuer in den für ihre Funktion relevanten Bereichen in den vergangenen 15 Jahren von einwandfreier Führung sein müssen. Diese Bedingung wird zum Schutze der Schutzbefohlenen, sprich der Teilnehmer und Beschäftigten vorgesehen, die durch diese Personen betreut, ausgebildet und begleitet werden.

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, eine abschließende Liste zu verfassen.

Es sollten beispielsweise keine Verurteilungen für Delikte wegen Körperverletzung, Drogenhandel- und Drogenmissbrauch, Sexualverbrechen, Verbreitung von rechtsextremem, diskriminierenden Gedankenguts, Gewaltstraftaten, etc. vorliegen.

Es ist nicht angedacht, hier bspw. Verstöße gegen die Verkehrsordnung als für die Funktion relevante Aspekte zu berücksichtigen.

Wenn die vorgenannten Bedingungen erfüllt sind, schließt die Regierung einen Vertrag zur Bezuschussung ab, der die Höhe des Zuschusses und die Auszahlungsmodalitäten festlegt.

Um eine mögliche Doppelbezuschussung im Falle von AktiF- und AktiF PLUS-Zuschüssen zu vermeiden, regelt Absatz 2, dass diese in Abzug gebracht werden.

Die Regierung wird ermächtigt, die Anforderung in puncto Berufserfahrung und Qualifikation der zu bezuschussenden Betreuer sowie die für die Funktion des Betreuers relevanten Bereiche festzulegen, in denen er eine einwandfreie Führung belegen können muss.

Sie kann festlegen, welche Dokumente zur Beantragung des Zuschusses einzureichen sind, sie kann das Antragsverfahren regeln und weitere Berechnungs- und Auszahlungsmodalitäten festlegen.

Sie kann ebenfalls weitere Bezuschussungsmodalitäten festlegen.

Artikel 11

Das Dekret sieht auch die Förderung von innovativen Projekten vor.

Artikel 11 regelt die Förderung von innovativen Projekten, die auf Basis eines Antrags eines anerkannten Sozialbetriebs, sozialen Eingliederungsbetriebs oder eines Vorschalt- oder Integrationszentrums gewährt werden können.

Diese Förderung ist auf drei Jahre begrenzt, da es sich um eine Anschubfinanzierung handelt. Diese Förderungen sollen die Startphase unterstützen und dabei helfen, neue Pilotprojekte auf ihre Machbarkeit und ihre Sinnhaftigkeit hin auf dem deutschen Sprachgebiet zu testen.

Dazu ist es erforderlich, dass diese Projekte entweder hauptsächlich auf dem deutschen Sprachgebiet durchgeführt werden oder sich hauptsächlich an benachteiligte Personen mit Wohnsitz auf dem deutschen Sprachgebiet richten.

Es wird ein Vertrag zwischen dem Antragsteller und der Regierung abgeschlossen, der die Fördermodalitäten festlegt.

Paragraf 2 legt fest, welche Angaben der Antrag umfassen muss.

Der Antragsteller ist gehalten, eine Auswertung des Projektes drei Monate vor Ablauf einzureichen.

Paragraf 3 sieht für die Projekte, die für eine kürzere Dauer als für drei Jahre genehmigt wurden, die Möglichkeit vor, die Dauer zu verlängern, wobei der Förderzeitraum insgesamt nicht über die drei Jahre hinausgehen darf.

Paragraf 4 ermächtigt die Regierung zunächst zu präzisieren, was unter „innovatives Projekt“ zu verstehen ist. Hier können beispielsweise Projekte berücksichtigt werden, die auf eine Nachfrage reagieren, der bisher gar nicht oder unzureichend entsprochen wird, die der Förderung der Sozialwirtschaft auf dem deutschen Sprachgebiet dienen, der Neuschaffung und Weiterentwicklung von Sozialbetrieben dienen, die sozioprofessionelle Integration von benachteiligten Personen mit Wohnsitz auf dem deutschen Sprachgebiet fördern.

Ferner wird die Regierung ermächtigt, die förderfähigen Kosten und die Höhe sowie die Art der Bezuschussung festzulegen. Was die Art der Bezuschussung angeht, so sind hier Zuschüsse oder zinslose Darlehen angedacht.

Außerdem kann die Regierung weitere Aspekte bezüglich Antragsverfahren, Auswertung und einzureichende Unterlagen präzisieren.

Artikel 12

Artikel 12 regelt die Förderung von innovativen Projekten, die im Rahmen eines Projektaufrufs durch die Regierung eingereicht werden.

Paragraf 1 ermöglicht es der Regierung, ein Konzept zur Förderung der hiesigen Sozialwirtschaft zu verfassen und/oder inhaltliche Schwerpunkte zu definieren.

Im Rahmen dieses Förderkonzeptes oder der definierten Schwerpunkte kann die Regierung einen Projektaufruf starten, auf den sich die in diesem Rahmen anerkannten Betriebe bewerben können.

Der Förderzeitraum ist auf drei Jahre begrenzt.

Als Förderkriterien gelten, dass das Pilotprojekt dem Konzept oder den Schwerpunkten entsprechen muss, einen innovativen Charakter vorweist und der Durchführungsort auf dem deutschen Sprachgebiet liegt.

Es wird ein Vertrag zwischen der Regierung und dem Betrieb abgeschlossen, der die Fördermodalitäten festlegt.

Paragraf 2 bestimmt, dass der infolge des Aufrufs einzureichende Antrag den Vorgaben des Artikels 11 §2 entsprechen muss. Bei der Bearbeitung des Antrags sind Artikel 11 §2 Absätze 2 und 3 sowie §3 anwendbar.

Durch Paragraf 3 kann die Regierung präzisieren, was unter „innovativer Charakter“ zu verstehen ist und die förderfähigen Kosten, die Höhe sowie die Art der Förderung festlegen. Sie kann ferner weitere Beantragungsverfahren definieren, sowie Auswertungskriterien und die einzureichenden Unterlagen.

Artikel 13

Artikel 13 führt eine dekretale Regelung der bisherigen „Abkommen zur Beschäftigung von Begleit- und Ausbildungspersonal im Bereich der Sozialwirtschaft“ ein, die aktuell eine Bezuschussung für Begleit- und Ausbildungspersonal vorsehen. Diese betreffen die Bezuschussung von Personen, deren ehemalige BVA-Arbeitsverträge zum 1. Januar 2018 in klassische Arbeitsverträge umgewandelt worden sind. Diese Umwandlung hatte zur Folge, dass die entsprechenden Finanzmittel aus dem Beschäftigungshaushalt an die zuständigen Fachbereiche übertragen wurden, und die Subventionierung der betroffenen Arbeitnehmer durch letztere zu gewährleisten war. Konkret handelt es sich um vier sozialwirtschaftliche Einrichtungen, die am 1. Januar 2018 keinem anderen Fachbereich aufgrund einer bestehenden Konvention zugeordnet werden konnten. Diese wurden somit im Bereich der Zuständigkeit Sozialwirtschaft angesiedelt.

Bis dato wurden diese Abkommen jährlich mit dem für die Sozialwirtschaft zuständigen Minister abgeschlossen und liefen haushaltstechnisch über einen „Cavalier budgétaire“. Mit dem vorliegenden Dekret erhalten diese Abkommen eine dauerhafte dekretale Grundlage.

Entsprechend ist der Artikel auch auf diese Einrichtungen bzw. deren Situation zugeschnitten.

Die Nummern 3 und 4 legen Bedingungen fest, die die Betreuer zu erfüllen haben, die in diesem Rahmen bezuschusst werden. Diese betreffen die Qualifikation und Berufserfahrung, sowie ein Führungszeugnis, das belegt, dass der Betreuer in den vergangenen 15

Jahren in den für seine Funktion relevanten Bereichen von einwandfreier Führung ist (siehe Kommentar zum Artikel 10).

Wenn die gelisteten Bedingungen erfüllt sind, schließt die Regierung einen Vertrag mit dem Betrieb ab, der die Höhe des Zuschusses und die Auszahlungsmodalitäten festlegt.

Die Regierung wird ermächtigt, die Anforderungen in Bezug auf Qualifikationen und Berufserfahrung der Betreuer sowie die für die Funktion des Betreuers relevanten Bereiche festzulegen, in denen er eine einwandfreie Führung belegen können muss.

Sie kann auch weitere Bezuschussungsmodalitäten festlegen.

Artikel 14

Die anerkannten Betriebe sind verpflichtet, die im vorliegenden Dekretentwurf festgelegten Verpflichtungen und Bedingungen zum Erhalt der Zuschüsse und Förderungen einzuhalten.

Im Falle der Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen und Bedingungen wird der betroffene Betrieb dazu aufgefordert, Stellung zu beziehen.

Die Regierung kann einen Zuschussempfänger in Verzug setzen und die Gewährung der Zuschüsse für eine begrenzte Zeit aussetzen und schließlich auch aufheben.

Die Regierung wird ermächtigt, das Verfahren der Inverzugsetzung, Aussetzung und Aufhebung festzulegen.

Der Betrieb erhält in Anwendung von Paragraf 3 die Möglichkeit, Beschwerde per Einschreiben innerhalb eines Monats einzureichen.

Artikel 15

Die Kontrolle und Rückforderungen der Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

Artikel 16

Sofern sie nicht anderslautenden gesetzlichen oder dekretalen Bestimmungen unterliegen, sind die Regierung, die sozialen Eingliederungsbetriebe sowie alle anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekretentwurfs und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Durch die allgemeine Vertraulichkeitsbestimmung wird kein Berufsgeheimnis im rechtlichen Sinn auferlegt. In der Tat sieht der Dekretentwurf keine strafrechtlichen Sanktionen für eventuelle Verstöße gegen den vorliegenden Artikel vor.

„Unbeschadet besonderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen“ bedeutet dies, dass in Fällen, in denen die Weitergabe der Angaben gesetzlich vorgesehen ist oder wenn die Weitergabe zur Durchführung des vorliegenden Dekretentwurfs notwendig ist, diese Vertraulichkeitsklausel dem nicht entgegengehalten werden darf.

Artikel 17

Paragraf 1 regelt, dass die Regierung für die in Artikel 19 Absatz 1 erwähnten Daten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung als verantwortlich gilt, und zwar für die Zwecke, wie sie Artikel 20 §1 regelt.

Paragraf 2 sieht vor, dass die im Rahmen dieses Dekretes anerkannten sozialen Eingliederungsbetriebe verantwortlich sind für die Daten, die in Artikel 19 Absatz 2 aufgeführt werden und zwar für die konkreten Zwecke, wie sie Artikel 20 §2 definiert sind. Die sozialen Eingliederungsbetriebe sind in diesem Zusammenhang für die Datenverarbeitung im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich.

Artikel 18

Einerseits ist es für die Regierung bzw. ihre Verwaltung wichtig, im Rahmen dieses Dekretentwurfs, eine Reihe von medizinischen Daten verarbeiten zu können, da die Regierung bzw. ihre Verwaltung prüfen können muss, ob die sozialwirtschaftlichen Betriebe ihr Angebot auch tatsächlich zugunsten benachteiligter Personen erbringen und folglich die in den Artikeln 5 und 6 vorgesehenen Anerkennungsbedingungen erfüllen.

Vor allen Dingen wird die Verpflichtung der Beschäftigung und/oder Ausbildung von benachteiligten Personen, die 50% der Belegschaft ausmachen müssen, um als sozialer Eingliederungsbetrieb anerkannt zu sein, geprüft werden. Diese Prüfung erfolgt auf Basis der Personallisten und der Bescheinigungen der Vermittlungsdienste, dass die Arbeitnehmer oder Auszubildenden den definierten benachteiligten Personen angehören. Je nachdem wie die Bescheinigung gestaltet ist, kann es einen Hinweis geben, dass zumindest eine medizinische Akte besteht. Diese wird aber nicht notwendigerweise durch die Regierung bzw. Verwaltung konsultiert. Dies kann jedoch in Einzelfällen vorkommen.

Zu diesen benachteiligten Personen gehören einerseits die AktiF- und AktiF PLUS-Berechtigten, die eine entsprechende AktiF-Bescheinigung des Arbeitsamtes vorweisen können müssen in Anwendung des Dekretes vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung und des entsprechenden Ausführungserlasses vom 28. September 2018. Bei den AktiF PLUS-Berechtigten kann es sich um Personen handeln, die u.a. eine verminderte Arbeitsfähigkeit haben. Als vermindert arbeitsfähig wird bspw. der Arbeitsuchende angesehen, der die medizinischen Bedingungen erfüllt, um Anspruch auf eine Beihilfe zur Ersetzung des Einkommens oder auf Eingliederungsbeihilfe im Rahmen der Behindertengesetzgebung zu haben.

Ein anderes Kriterium, um als vermindert arbeitsfähig zu gelten, ist die dauerhafte Arbeitsunfähigkeit von 33%, die durch einen Arzt des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung festgestellt wurde.

Die Prüfung dieser Kriterien erfolgt durch das Arbeitsamt und unterliegt folgerichtig der im entsprechenden Rechtsrahmen festgeschriebenen Erlaubnis, Gesundheitsdaten im Rahmen seines Auftrags zu verarbeiten.

Das Ministerium erfährt in diesen Fällen nicht automatisch, welches Vermittlungshemmnis ausschlaggebend für die Ausstellung einer AktiF PLUS-Bescheinigung aufgrund von verminderter Arbeitsfähigkeit war. Im Zweifelsfall oder bei einer Kontrolle kann aber eine tiefergehende Prüfung durch das Ministerium erforderlich sein.

Bei den betreuten Freiwilligen, die ebenfalls zu den benachteiligten Personen gehören, kann das Ministerium bspw. feststellen, dass die Vermittlung über eine im Bereich der

Psychiatrie tätigen Einrichtung erfolgte. Mehr Informationen fragt das Ministerium in diesem Zusammenhang nicht ab.

Im Einklang mit den Regelungen der Datenschutzgrundverordnung findet die Datenverarbeitung durch eine Fachkraft der Gesundheitspflege oder durch eine Person statt, die dem Berufsgeheimnis unterliegt.

In Ermangelung einer Fachkraft ist das Einverständnis der betroffenen Person erforderlich.

Andererseits werden in Anwendung des vorliegenden Dekretentwurfs die anerkannten sozialen Eingliederungsbetriebe und Vorschalt- und Integrationszentren dazu angehalten, benachteiligte Personen zu beschäftigen, auszubilden und zu begleiten.

Bei der sozialpädagogischen Betreuung in sozialen Eingliederungsbetrieben und Vorschalt- und Integrationszentren ist es notwendig, dass die betroffenen Personen eine auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Begleitung erhalten. Hierzu können medizinische Aspekte von Bedeutung sein, um eine angepasste Betreuung im Sinne und Interesse der Person anbieten zu können.

Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, verarbeiten die sozialen Eingliederungsbetriebe auch Gesundheitsdaten.

Auch für sie gilt, dass diese Daten durch eine Gesundheitsfachkraft zu verarbeiten sind. In Ermangelung einer solchen Fachkraft kann die Verarbeitung nur mit Einverständnis der betroffenen Person erfolgen.

Artikel 19

Dieser Artikel listet zunächst die personenbezogenen Datenkategorien, die einerseits die Regierung und andererseits die sozialen Eingliederungsbetriebe verarbeiten können.

Absatz 1 definiert die Daten, die die Regierung einmal bezüglich der durch die sozialen Eingliederungsbetriebe begleiteten Personen und einmal bezüglich der dort arbeitenden Betreuer verarbeiten kann.

Die Verarbeitung der Nationalregisternummer von begleiteten Personen durch die Regierung ist nötig, um zweifelsfrei zu prüfen, ob sie tatsächlich als benachteiligte Person gelten.

In diesem Zusammenhang muss die Person eindeutig identifizierbar sein.

Zu den im Dekretentwurf definierten benachteiligten Personen gehören bspw. die AktiF- und AktiF PLUS- Berechtigten, die eine entsprechende AktiF-Bescheinigung des Arbeitsamtes besitzen, auf der die Nationalregisternummer angegeben ist.

Sie umfassen die Artikel 60 §7-Arbeitnehmer des ÖSHZ, auf deren Arbeitsverträgen ggf. die Nationalregisternummer eingetragen ist.

Für die Regierung sind die weiteren Daten wie Qualifikation, Kompetenzen, Berufserfahrung, Daten zur sozialberuflichen Situation oder zur körperlichen und psychischen Gesundheit spezifischer bei einer möglichen Kontrolle ggf. vorzulegen.

Bezüglich der bei den sozialen Eingliederungsbetrieben inkl. der bei den Vorschalt- und Integrationszentren angestellten Betreuer ist es notwendig, neben der Nationalregisternummer, Informationen zum Ausbildungsniveau oder Berufserfahrungen und sozialberufliche Daten einzusehen. Es muss nämlich gewährleistet werden, dass die begleiteten Personen nur von Betreuern begleitet werden, die die erforderlichen Vorkenntnisse für die einzunehmende Funktion vorweisen, sprich ein entsprechendes Diplom vorweisen oder auf relevante Berufserfahrungen zurückgreifen können.

Außerdem werden gerichtliche Daten in Form eines Auszugs aus dem Strafregister angefragt. Diese sollen im Interesse der schutzbedürftigen Personengruppen belegen, dass das Ausbildungs- und Begleitpersonal sich in den für die Funktion relevanten Bereichen nichts zu Schulden kommen lassen hat.

Bei den begleiteten Personen handelt es sich nämlich meist um eine besonders verletzte und beeinflussbare Personengruppe und es wäre nicht hinnehmbar und zu verantworten, dass sich ihre sozialberufliche oder gar persönliche Situation aufgrund einer falschen oder fahrlässigen Betreuung noch weiter verschlechtert. Aus diesem Grund ist ein einwandfreies Führungszeugnis vorzulegen in den Bereichen, die für die auszuübende Funktion von Relevanz sind. (Siehe Artikel 10 und 13)

Die Gehaltsbelege der Betreuer sind der Regierung zur Bezuschussung vorzulegen. In der Tat richtet sich die Bezuschussung nach den tatsächlichen Personalkosten der Betreuer.

Schließlich werden auch Daten zu Steuer- und Sozialschulden des betreffenden Sozialbetriebs abgefragt. Dies geschieht über die Telemarc-Datenbank und dient der Prüfung, ob der Betrieb seinen Verpflichtungen im Bereich des Steuer-, Sozial- und Arbeitsrecht nachkommt.

Die sozialen Eingliederungsbetriebe können gemäß Absatz 2 auch personenbezogene Datenkategorien verarbeiten.

Bezüglich der durch sie begleiteten Personen sind die Angaben zur Identität und die Nationalregister erforderlich, um zweifelsfrei zu prüfen, ob sie tatsächlich als benachteiligte Person gelten und der soziale Eingliederungsbetrieb der Vorgabe gerecht wird, dass 50% des Personals benachteiligte Personen sind.

Sie benötigen die Angaben zur Qualifikation, Kompetenzen, Berufserfahrung und zur sozialberuflichen Situation, um die Begleitung, Ausbildung und Weitervermittlung zugunsten der zu begleitenden Person, bestmöglich und auf ihre Bedarfe abgestimmt, gestalten zu können.

In manchen Situationen ist es in diesem Sinne auch hilfreich, wenn der soziale Eingliederungsbetrieb über Gesundheitsdaten der zu begleitenden Person verfügt, um sein Angebot bestmöglich auf ihre Bedürfnisse abzustimmen.

Der soziale Eingliederungsbetrieb muss auch über bestimmte personenbezogene Daten bezüglich der durch sie beschäftigten Betreuer verfügen. Diese umfassen Daten zur Identität, inklusive der Nationalregisternummer.

Weiter werden Daten zur Qualifikation, Kompetenzen, Berufserfahrung und sozialberufliche Situation abgefragt.

Gerichtliche Daten in Form eines Auszugs aus dem Strafregister werden ebenfalls verarbeitet, um sicherzustellen, dass der einzustellende Betreuer von einwandfreier Führung in den Bereichen ist, die zur korrekten Ausführung seiner Funktion relevant sind.

Es ist eine Regierungsermächtigung zur Präzisierung der in Absatz 1 und 2 aufgelisteten Daten vorgesehen.

Artikel 20

In diesem Artikel wird festgehalten, zu welchen Zwecken die in Artikel 19 aufgeführten Datenkategorien verarbeitet werden dürfen.

Paragraf 1 legt die Zwecke fest, zu denen die Regierung die definierten, personenbezogenen Daten, erhebt und verarbeitet.

Diese Zwecke betreffen die Erteilung der Anerkennung und Bezuschussung in Anwendung des vorliegenden Dekrets. Die Datenerhebung erfolgt auch zu Kontrollzwecken, denn es soll einerseits kontrolliert werden, ob die Anerkennungs- und Bezuschussungsbedingungen eingehalten werden und andererseits, ob der Berichterstattung korrekt Folge geleistet wird.

Paragraf 2 erläutert die Zwecke, zu denen die sozialen Eingliederungsbetriebe die personenbezogenen Daten abfragen und bearbeiten dürfen.

Diese Daten - sowohl die der zu betreuenden Personen als auch die der Betreuer - sind erforderlich, um die Anerkennung zu beantragen und auch aufrecht zu erhalten. Die Erfassung und Verarbeitung dient ebenfalls dazu, den Bezuschussungsbedingungen zu entsprechen und aufrecht zu erhalten.

Ferner dienen sie dazu, der verpflichteten Berichterstattung Folge leisten zu können.

Schließlich werden die personenbezogenen Daten bezüglich der zu betreuenden, benachteiligten Personen erfasst, um den Betreuungsauftrag korrekt und angemessen ausführen zu können.

Die sozialen Eingliederungsbetriebe müssen darauf achten, dass sie die Daten zur körperlichen und psychischen Gesundheit der begleiteten Person ausschließlich dazu verarbeiten, um sicherzustellen, dass die Person im Einsatzort nur Aufgaben ausführt, die mit ihren gesundheitlichen Hemmnissen vereinbar sind.

Was den Auszug aus dem Strafregister der Betreuer angeht, so dürfen diese Daten ausschließlich verarbeitet werden, um sicherzustellen, dass er von einwandfreier Führung in den für seine Funktion relevanten Bereichen ist.

Artikel 21

Dieser Artikel regelt die Aufbewahrungsfrist der erhobenen Daten. Diese wird auf 2 Jahre begrenzt, nachdem die begleitete Person oder der Betreuer den sozialen Eingliederungsbetrieb bzw. die Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme verlassen haben.

Eine Abweichung wird für die in Artikel 19 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe f) definierten Gehaltsbelege festgelegt für die im Rahmen des vorliegenden Dekrets bezuschussten Betreuer. Diese Gehaltsbelege werden bis zu 10 Jahren aufbewahrt.

Artikel 22

In diesem Artikel werden die Regierung sowie die anerkannten sozialen Eingliederungsbetriebe und Vorschalt- und Integrationszentren dazu angehalten, bei der Verarbeitung der in Artikel 19 erwähnten Daten angemessene Sicherheitsbestimmungen anzuwenden. Diese können beispielsweise technisch-organisatorischer Art sein.

Die Regierung wird ermächtigt, die anzuwendenden Sicherheitsmaßnahmen in Bezug auf die personenbezogenen Daten präzisieren und weitere technische oder organisatorische Maßnahmen zu treffen, um das Sicherheitsniveau bestmöglich auf die Risiken anzupassen.

Artikel 23

Die Zusammen- und Netzwerkarbeit wird im Artikel 23 geregelt. Es geht um die Zusammenarbeit zwischen den anerkannten Sozialbetrieben aber auch um die Zusammenarbeit mit den anderen Akteuren wie bspw. den Arbeitsvermittlungsdiensten, den Sozialpartnern u.Ä.

Das Netzwerk verfolgt das Ziel, die Anwendung des Dekretes zu evaluieren, den Bereich zu optimieren, einen Austausch zwischen den Akteuren zu ermöglichen. Auch können gemeinsame Aktionen durch das Netzwerk durchgeführt werden.

Die Regierung wird ermächtigt, die Zusammensetzung, die weiteren Modalitäten in Bezug auf die Aufgaben des Netzwerks sowie dessen Arbeitsweise festzulegen.

Artikel 24

Artikel 24 regelt die Berichtspflichten der anerkannten Betriebe, die jährlich einen Tätigkeitsbericht einreichen müssen.

Die Regierung wird die Tätigkeitsberichte nutzen, die ggf. schon bei anderen Fachbereichen vorliegen, vorausgesetzt, es wird den in diesem Kontext vorgegebenen Anforderungen genüge getan.

Die Regierung legt die Fristen, Struktur und Mindestanforderungen an den weiteren Inhalt des Berichtes fest.

Paragraf 2 legt fest, dass die anerkannten Betriebe dazu angehalten werden, jährliche statistische Daten zur Anzahl der beschäftigten und auszubildenden Personen zu liefern.

Es handelt sich um anonymisierte und aggregierte Daten, die insbesondere dazu genutzt werden, die Beschäftigungszahlen des Sektors auf Basis von validen Daten zu erfassen und deren Entwicklung zu verfolgen.

Die Regierung kann für diese Erfassung die Form, die Fristen und die Art der zu liefernden Angaben bestimmen. Sie achtet dabei darauf, die mögliche Rückverfolgung auf Einzelpersonen zu verhindern.

Artikel 25

Im Kapitel 7 werden die Schlussbestimmungen festgeschrieben.

Durch diesen Artikel wird das Dekret über die Kontrolle und das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen im Bereich der Beschäftigungspolitik dahingehend ergänzt, dass vorliegendes Dekret der Kontrolle durch die Sozialinspektoren der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterliegt.

Außerdem wird in Artikel 4 §1 ein Absatz gestrichen, der die bisherige generische Grundlage für die Kontrolle der Anwendung der Rechtsbestimmungen im Bereich der Sozialwirtschaft gebildet hat.

Artikel 26

Dieser Artikel enthält eine Übergangsbestimmung, die die bisherigen Anerkennungen auf Grundlage von föderalen Rechtstexten betrifft.

Es wird festgehalten, dass die bisherigen Anerkennungen als föderaler Eingliederungsbetrieb, die bis 31. Dezember 2026 für diese Einrichtungen läuft, bestehen bleibt.

Außerdem bleiben sozialwirtschaftliche Initiativen, Pilotprojekte und innovativen Experimente, die gemäß den Bestimmungen des Ministeriellen Erlasses vom 10. Oktober 2004 zur Aufstellung der Liste der sozialwirtschaftlichen Initiativen im Hinblick auf die Gewährung einer erhöhten Staatssubvention an die öffentlichen Sozialhilfezentren für spezifische sozialwirtschaftliche Initiativen zur sozialen Eingliederung als solche anerkannt sind, bis zum 31. Dezember 2026 gemäß dem vorerwähnten Ministeriellen Erlass anerkannt.

Es ist vorgesehen, dass die bis 31. Dezember 2026 als ehemals föderaler Eingliederungsbetrieb bzw. als sozialwirtschaftliche Initiative, Pilotprojekt und innovatives Experiment anerkannten Einrichtungen bis zu diesem Datum auch den dieser Anerkennung zugrundeliegenden Bedingungen unterliegen.

Es ist jedoch auch vorgesehen, dass diese Unternehmen, sozialwirtschaftliche Initiativen, Pilotprojekte und innovativen Experimente einen Zuschuss gemäß den Bestimmungen des Kapitels 3 des vorliegenden Dekrets beantragen können.

Artikel 27

Das Dekret soll zum 1. Januar 2024 in Kraft treten.

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf über die Anerkennung und Förderung von Betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Gegenstand

Das vorliegende Dekret legt den Rahmen für die Anerkennung von Sozialbetrieben, sozialen Eingliederungsbetrieben und Vorschalt- und Integrationszentren im Bereich der Sozialwirtschaft fest.

Unter Sozialwirtschaft im Sinne des vorliegenden Dekrets sind die wirtschaftlichen Tätigkeiten zu verstehen, die Güter produzieren oder Dienstleistungen erbringen, die durch Gesellschaften und Vereinigungen auf dem deutschen Sprachgebiet ausgeübt werden und deren Ethik durch die Gesamtheit folgender Prinzipien gekennzeichnet ist:

1. ihr Gesellschaftszweck ist die Verwirklichung eines sozialen Ziels und/oder die Verfolgung von Aktivitäten, die einem gesellschaftlichen Bedarf oder dem Bedarf einer spezifischen Personengruppe entsprechen;
2. sie setzen ihre Einkünfte dazu ein, das soziale Ziel zu erreichen, es weiterzuentwickeln oder in andere soziale Initiativen zu investieren;
3. sie verfügen über Verwaltungsautonomie;
4. sie pflegen ein partizipatives Beschlussfassungssystem;
5. sie setzen ihre Tätigkeiten im Sinne einer umweltfreundlichen, lokalen und nachhaltigen Entwicklung um.

Die Regierung kann die in Absatz 2 erwähnten Prinzipien präzisieren.

Art. 2 – Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. benachteiligte Personen: folgende Personen, die einen großen bis sehr großen Abstand zum Arbeitsmarkt vorweisen:
 - a) AktiF- und AktiF PLUS-Berechtigte: die in Kapitel 2 des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung beschriebenen nichtbeschäftigten Arbeitssuchenden, die die jeweiligen dort erwähnten Bedingungen erfüllen;
 - b) die in Artikel 60 §7 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die öffentlichen Sozialhilfezentren erwähnten Personen;
 - c) Personen, die gemäß den von der Regierung festgelegten Kriterien und Feststellungsmodalitäten aufgrund von multiplen Vermittlungshemmnissen für einen längeren Zeitraum weder in der Lage sind, Arbeitsleistungen im Rahmen eines Arbeitsvertrags zu erbringen noch an einer höher qualifizierenden Ausbildung teilzunehmen;
 - d) betreute Freiwillige: Personen, für die ein Arbeitsvermittlungsdienst oder eine im Psychiatriebereich tätige Einrichtung die Beschäftigung im Rahmen einer betreuten Freiwilligenarbeit als für die persönliche und berufliche Entwicklung der Person angezeigt erachtet hat;

2. Sozialbetrieb: die in Artikel 4 Nummer 1 Buchstaben a) und b) erwähnten juristischen Personen beziehungsweise die von lokalen Behörden oder Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht durchgeführte Projektinitiative, die sich bei der Ausübung ihres Gesellschaftszwecks beziehungsweise des Projekthinhalts durch die Einhaltung oder Verwirklichung der in Artikel 1 Absatz 2 erwähnten Prinzipien kennzeichnet;

3. sozialer Eingliederungsbetrieb: die in Artikel 5 Nummer 1 Buchstaben a) und b) erwähnten juristischen Personen beziehungsweise die von lokalen Behörden oder Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht durchgeführte Projektinitiative, die bei der Durchführung des in Artikel 1 Absatz 2 Nummer 1 beschriebenen Prinzips hauptsächlich auf die sozialberufliche Eingliederung von benachteiligten Personen abzielt;

4. Vorschalt- und Integrationszentrum: gemäß dem vorliegenden Dekret anerkannter sozialer Eingliederungsbetrieb, dessen Haupttätigkeit darin besteht, den in Nummer 1 Buchstabe c) erwähnten Personen eine oder mehrere von der Regierung festgelegte Vorschalt- und Integrationsmaßnahmen anzubieten, mit dem Ziel, diesen Personen entweder eine oder mehrere auf ihre Bedürfnisse angepasste Maßnahmen zur psychosozialen Stabilisierung beziehungsweise zur Verbesserung der sozialen und sozialberuflichen Verhaltensweisen oder theoretische und praktische Ausbildungen beziehungsweise Teilqualifizierungen anzubieten;

5. sozialpädagogische Betreuung: Dienstleistung, die aus der individuell abgestimmten Begleitung, Ausbildung und/oder Anleitung von benachteiligten Personen durch einen oder mehrere Betreuer besteht und darauf abzielt, die sozialen und/oder fachlichen Qualifikationen zu verbessern im Hinblick auf:

a) die dauerhafte, qualitativ wertvolle Eingliederung dieser Personen in den Arbeitsmarkt;

b) den Abschluss einer höherqualifizierenden Ausbildung;

c) die Verwirklichung anderer persönlicher Entwicklungsziele, wenn die Verwirklichung der in den Buchstaben a) und b) erwähnten Ziele nicht möglich oder verfrüht erscheint;

6. Betreuer: die innerhalb des anerkannten sozialen Eingliederungsbetriebs oder Vorschalt- und Integrationszentrums unter Arbeitsvertrag stehenden Personen, zu deren im Rahmen ihrer Eigenschaft als Betreuer ausgeübten Tätigkeiten die sozialpädagogische Betreuung gehört;

7. sozialberufliche Eingliederung: alle Aktivitäten, die durch die Vermittlung von sozialen und fachlichen Kompetenzen, die Beschäftigung und Betreuung sowie den (Wieder-) Einstieg in den Arbeitsmarkt von benachteiligten Personen fördern und bezwecken;

8. lokale Behörden: folgende auf dem deutschen Sprachgebiet tätige Behörden:

a) die Gemeinden;

b) die Gemeindevereinigungen;

c) die öffentlichen Sozialhilfezentren;

d) die Vereinigungen von öffentlichen Sozialhilfezentren;

e) die Interkommunalen;

f) die autonomen Gemeinderegionen;

g) die Provinzen;

h) die Provinzvereinigungen;

i) die Provinzialregionen;

9. Arbeitsamt: das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

10. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;

11. ÖSHZ: die auf dem deutschen Sprachgebiet befindlichen öffentlichen Sozialhilfezentren.

Die Regierung präzisiert die weiteren Modalitäten und Bedingungen, um als betreuter Freiwilliger im Sinne von Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe d) eingeordnet zu werden.

KAPITEL 2 – ANERKENNUNG

Art. 4 – Anerkennung als Sozialbetrieb

Die Regierung kann einen Antragsteller als Sozialbetrieb anerkennen, der folgende Bedingungen erfüllt:

1. er hat eine der folgenden Formen angenommen:
 - a) Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht;
 - b) gemäß Artikel 8:5 des Gesetzbuchs über Gesellschaften und Vereinigungen als Sozialunternehmen anerkannte Genossenschaft;
 - c) Projektinitiative mit sozialem Zweck von einer oder mehreren lokalen Behörden oder einer beziehungsweise mehreren Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die über mindestens eine Niederlassungseinheit im deutschen Sprachgebiet verfügt;
2. er übt eine wirtschaftliche Tätigkeit zur Herstellung von Gütern oder zwecks Erbringung von Dienstleistungen aus;
3. sein Gesellschaftszweck beziehungsweise sein Projektinhalt kennzeichnet sich durch die Einhaltung oder Verwirklichung der in Artikel 1 Absatz 2 erwähnten Prinzipien;
4. er hat eine Niederlassungseinheit auf dem deutschen Sprachgebiet und/oder seine Hauptaktivitäten werden dort ausgeübt;
5. er verstößt nicht gegen die gesetzlichen oder verordnungsmäßigen Bestimmungen in Bezug auf die Ausübung seiner Tätigkeit, insbesondere in den Bereichen Nicht-Diskriminierung, Buchhaltung, Steuer-, Sozial- und Arbeitsrecht;
6. er hat keine ausstehenden Steuer- oder anderweitige Schulden gegenüber dem Landesausschuss für soziale Sicherheit;
7. seine Geschäftsführung verfügt über ausreichende Betriebsführungskenntnisse.

Die Regierung kann die in Absatz 1 Nummer 7 erwähnten Betriebsführungskenntnisse präzisieren.

Art. 5 – Anerkennung als sozialer Eingliederungsbetrieb

Die Regierung kann einen Antragsteller als sozialen Eingliederungsbetrieb anerkennen, der folgende Bedingungen erfüllt:

1. er hat eine der folgenden Formen angenommen:
 - a) Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht;
 - b) gemäß Artikel 8:5 des Gesetzbuchs über Gesellschaften und Vereinigungen als Sozialunternehmen anerkannte Genossenschaft;
 - c) Projektinitiative mit sozialem Zweck von einer oder mehreren lokalen Behörden oder einer beziehungsweise mehreren Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, die über mindestens eine Niederlassungseinheit im deutschen Sprachgebiet verfügt;
2. er übt eine wirtschaftliche Tätigkeit zur Herstellung von Gütern oder zwecks Erbringung von Dienstleistungen aus;
3. sein Gesellschaftszweck beziehungsweise sein Projektinhalt kennzeichnet sich durch die Einhaltung oder Verwirklichung der in Artikel 1 Absatz 2 erwähnten Prinzipien;
4. er hat eine Niederlassungseinheit auf dem deutschen Sprachgebiet und/oder seine Hauptaktivitäten werden dort ausgeübt;
5. die Verwirklichung seines Gesellschaftszwecks beziehungsweise seines Projektinhalts dient hauptsächlich der sozialberuflichen Eingliederung;
6. bei mindestens der Hälfte seines Personals handelt es sich um benachteiligte Personen;
7. er setzt eine sozialpädagogische Betreuung um und kann diese durch die Vorlage eines sozialpädagogischen Konzepts nachweisen;
8. er verfügt über mindestens einen Betreuer pro zehn benachteiligte Personen;

9. er verstößt nicht gegen die gesetzlichen oder ordnungsmäßigen Bestimmungen in Bezug auf die Ausübung seiner Tätigkeit, insbesondere in den Bereichen Nicht-Diskriminierung, Buchhaltung, Steuer-, Sozial- und Arbeitsrecht;

10. er hat keine ausstehenden Steuer- oder anderweitige Schulden gegenüber dem Landesamt für soziale Sicherheit;

11. seine Geschäftsführung verfügt über ausreichende Betriebsführungskenntnisse.

Die in Absatz 1 Nummer 6 vorgesehene Vorgabe gilt nicht für Antragsteller, die ihre Tätigkeit seit weniger als drei Jahren ausüben.

Die Regierung kann:

1. festlegen, welche Personen dem Personal des Antragstellers im Sinne von Absatz 1 Nummer 6 zuzuordnen sind sowie den Zeitpunkt der Erfassung des Personalstands;

2. Mindestkriterien festlegen, die das in Absatz 1 Nummer 7 erwähnte sozialpädagogische Konzept erfüllen muss;

3. Vorgaben in Bezug auf das betreute Personal festlegen, die die aufgrund von Absatz 2 freigestellten Betriebe während der Übergangsfrist erfüllen müssen,

4. weitere Anerkennungsbedingungen und -modalitäten festlegen;

5. die in Absatz 1 Nummer 11 erwähnten Betriebsführungskenntnisse präzisieren.

Art. 6 – Anerkennung als Vorschalt- und Integrationszentrum

Die Regierung kann einen Antragsteller als Vorschalt- und Integrationszentrum anerkennen, der folgende Bedingungen erfüllt:

1. er hat gemäß Artikel 5 eine Anerkennung als sozialer Eingliederungsbetrieb erhalten;

2. er bietet den unter Artikel 3 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c) erwähnten Personen entweder eine Vorschalt- oder eine Integrationsmaßnahme an, indem er eine sozialpädagogische Betreuung im Hinblick auf die sozialberufliche Eingliederung durchführt. Diese Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme umfasst auf die individuellen Bedürfnisse angepasste Maßnahmen zur psychosozialen Stabilisierung beziehungsweise zur Verbesserung der sozialen und sozialberuflichen Verhaltensweisen oder theoretische und praktische Ausbildungen beziehungsweise Teilqualifizierungen, und der Antragsteller kann dies durch die Vorlage eines sozialpädagogischen Konzepts nachweisen;

3. er verfügt über mindestens einen Betreuer pro sechs benachteiligte Personen.

Die Regierung kann:

1. die Anzahl Vorschalt- und Integrationszentren, die auf dem deutschen Sprachgebiet anerkannt werden können, sowie das territoriale oder fachliche Gebiet, für das jedes Zentrum zuständig ist, bestimmen;

2. einen Prozentsatz an zu erwirtschaftenden Eigeneinnahmen festlegen;

3. eine Mindestanzahl an Teilnehmern pro Vorschalt- und Integrationszentrum festlegen,

4. weitere Anerkennungsbedingungen und -modalitäten festlegen.

Art. 7 – Anerkennungsverfahren

§1 – Für den Erhalt der Anerkennung reicht der Antragsteller einen Antrag bei der Regierung ein.

Dem Antrag sind Unterlagen beigelegt, aus denen hervorgeht, dass die in den Artikeln 4-6 erwähnten Bedingungen erfüllt sind.

Die Anerkennung wird grundsätzlich für einen unbestimmten Zeitraum erteilt. Die Regierung legt die eventuellen Ausnahmefälle fest, in denen eine befristete Anerkennung ausgesprochen wird.

§2 – Der Antragsteller, der über eine Anerkennung verfügt, stellt einen neuen Antrag auf Anerkennung:

1. wenn die gegebenenfalls befristete Anerkennung abgelaufen ist;
2. wenn der Antragsteller, die Regierung oder die mit der Kontrolle des vorliegenden Dekrets beauftragten Personen feststellen, dass die in der Anerkennung erwähnten Angaben nicht mehr mit der Wirklichkeit übereinstimmen.

§3 – Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Form und den Inhalt des Antrags auf die jeweilige Anerkennung;
2. das Verfahren und die weiteren Modalitäten und Bedingungen zum Erhalt der Anerkennung;
3. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall eines abgelehnten Antrags.

Art. 8 – Aufrechterhaltung der Anerkennung

Zur Aufrechterhaltung der jeweiligen Anerkennung hält der Antragsteller folgende Verpflichtungen ein:

1. Einhaltung der der Anerkennung gemäß den Artikeln 4, 5 oder 6 zugrunde liegenden Verpflichtungen;
2. Mitteilung jeglicher Änderungen der Anerkennungsgrundlagen;
3. tatsächliche Erbringung des jeweiligen Angebots unter Einhaltung der in Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 3 Absatz 1 Nummern 3, 4 beziehungsweise 5 erwähnten Vorgaben;
4. Einreichen eines jährlichen Tätigkeitsberichts im Sinne von Artikel 24.

Die Regierung kann weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung festlegen.

Art. 9 – Entzug der Anerkennung

§1 – Hält der Antragsteller, der über eine Anerkennung verfügt, eine oder mehrere Verpflichtungen nicht ein, fordert die Regierung ihn gemäß den von ihr festgelegten Modalitäten auf, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Kommt der Antragsteller nach der in Absatz 1 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt die Regierung die Anerkennung aus und/oder entzieht sie dem Antragsteller.

Die Regierung:

1. bestimmt die Verfahren zur Aussetzung und zum Entzug der Anerkennung;
2. bestimmt die Einspruchsmöglichkeiten gegen einen Beschluss zum Entzug der Anerkennung;
3. informiert alle interess habenden Behörden über den Entzug der Anerkennung.

§2 – Während der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens erhält der Antragsteller keine oder keine vollständige Förderung gemäß Kapitel 3.

§3 – Die Regierung kann eine Liste von Tatbeständen festlegen, deren Vorliegen den Antragsteller für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren von der Anwendung des vorliegenden Dekrets ausschließt.

KAPITEL 3 – BEZUSCHUSSUNG ANERKANNTER BETRIEBE UND FÖRDERUNG VON INNOVATIVEN PROJEKTEN

Art. 10 – Bezuschussung von anerkannten sozialen Eingliederungsbetrieben

Die Regierung kann anerkannten sozialen Eingliederungsbetrieben unter folgenden Bedingungen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einen Zuschuss für die Beteiligung an den Personalkosten der Betreuer gewähren:

1. sie erhalten mit Ausnahme von Zuschüssen in Anwendung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung keine Beteiligung an den Personalkosten aus einem anderen Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. die Betreuer verfügen über eine ausreichende Qualifikation oder relevante Berufserfahrung;
3. die Betreuer sind in den letzten 15 Jahren von einwandfreier Führung, was durch das Einreichen eines entsprechenden, aktuellen Auszugs aus dem Strafregister belegt wird.

Für die Anwendung von Absatz 1 Nummer 3 darf die Regierung nur solche im Auszug aus dem Strafregister aufgeführten Verstöße berücksichtigen, die für die jeweilige Funktion des Betreuers relevant sind, insbesondere wenn sich diese negativ auf die Entwicklung der benachteiligten Personen auswirken können.

Wenn die in Absatz 1 festgelegten Bedingungen erfüllt sind, schließt die Regierung mit der zuschussberechtigten Einrichtung einen Vertrag ab, in dem die Höhe des Zuschusses sowie die Auszahlungsmodalitäten festgelegt werden.

Unbeschadet Absatz 1 werden die Zuschüsse, die ein anerkannter sozialer Eingliederungsbetrieb in Anwendung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung gegebenenfalls für einen Betreuer erhält, in Abzug von der dort erwähnten Beteiligung an den Personalkosten gebracht.

Die Regierung kann:

1. die Anforderungen an die Qualifikation und Berufserfahrung der Betreuer;
2. die für die Funktion des Betreuers relevanten Bereiche festlegen, in denen eine einwandfreie Führung belegt werden muss;
3. die im Hinblick auf die Beantragung der Bezuschussung einzureichenden Dokumente festlegen;
4. das Antragsverfahren zum Erhalt der Bezuschussung festlegen;
5. die weiteren Berechnungs- und Auszahlungsmodalitäten der Bezuschussung festlegen.

Art. 11 – Förderung von innovativen Projekten auf Antrag

§1 – Die Regierung kann im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die aufgrund der Artikel 4, 5 oder 6 anerkannte Sozialbetriebe, soziale Eingliederungsbetriebe beziehungsweise Vorschalt- und Integrationszentren zur Durchführung von innovativen Projekten im Bereich der Sozialwirtschaft auf ihren Antrag hin für einen begrenzten Zeitraum von höchstens drei Jahren fördern.

Bei diesen Pilotprojekten handelt es sich um neue, innovative Initiativen im Bereich der Sozialwirtschaft, die entweder hauptsächlich auf dem deutschen Sprachgebiet durchgeführt werden oder sich hauptsächlich an benachteiligte Personen mit Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet richten.

Die Modalitäten der Förderung werden in einem zwischen der Regierung und den in Absatz 1 erwähnten Einrichtungen zu schließenden Vertrag festgelegt.

§2 – Der Projektträger reicht den Antrag für die Förderung eines Pilotprojektes zur Bewilligung bei der Regierung ein. Dieser enthält folgende Angaben:

1. Identität und Statut des Projektträgers;
2. Nachweis des Bedarfs für das Pilotprojekt auf dem deutschen Sprachgebiet;
3. detaillierte Beschreibung des Projektes;
4. Zeitplan für die Durchführung des Projektes;
5. Nachweis der Einhaltung oder Verwirklichung der in Artikel 1 Absatz 2 erwähnten Prinzipien;
6. Kostenschätzung und Finanzierungsplan;
7. Übersicht der Betreuungsstruktur.
8. Falls der Antrag auch die Förderung von Personalkosten von Betreuungspersonal vorsieht, gelten für die Betreuer dieselben Bedingungen, wie sie Artikel 10 Absatz 1, Nummer 2 und 3 festlegen.

Die in Absatz 1 Nummer 7 erwähnte Angabe ist nur durch anerkannte soziale Eingliederungsbetriebe und Vorschalt- und Integrationszentren einzureichen.

Die Regierung entscheidet innerhalb von drei Monaten nach Einreichen des vollständigen Antrags über die Förderung des Pilotprojektes.

Drei Monate vor Ablauf des Vertrags reicht der Projektträger eine Auswertung bei der Regierung ein.

§3 – Sollte ein Projekt für eine Dauer von weniger als drei Jahren bewilligt worden sein, kann die Regierung auf Anfrage des Projektträgers und auf Grundlage der Auswertung über die weitere Förderung des Projektes bis zu einer Gesamtprojektdauer von drei Jahren befinden.

§4 – Die Regierung kann:

1. präzisieren, was unter „innovatives Projekt“ zu verstehen ist;
2. die förderfähigen Kosten sowie die Höhe und die Art der Beteiligung an diesen Kosten festlegen;
3. das weitere Verfahren zur Beantragung und Auswertung der in Paragraf 1 erwähnten Förderung sowie die in diesem Zusammenhang einzureichenden Unterlagen präzisieren.

Art. 12 – Förderung von innovativen Projekten im Rahmen eines Projektauftrufs

§1 – Die Regierung kann ein globales Konzept zur Förderung der Sozialwirtschaft auf dem deutschen Sprachgebiet sowie die inhaltlichen Schwerpunkte festlegen.

Insofern die Regierung ein gemäß Absatz 1 vorgesehenes Konzept oder entsprechende Schwerpunkte festgelegt hat, kann sie unter den anerkannten Sozialbetrieben, sozialen Eingliederungsbetrieben beziehungsweise Vorschalt- und Integrationszentren Projektauftrufe starten und die Umsetzung der Projekte entsprechend im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel für einen begrenzten Zeitraum von höchstens drei Jahren fördern.

Um gemäß Absatz 2 gefördert werden zu können:

1. bewegen sich die Pilotprojekte im Rahmen des in Paragraf 1 erwähnten Konzeptes oder entsprechen den von der Regierung festgelegten Schwerpunkten;
2. zeichnen sich die Projekte durch einen innovativen Charakter aus;
3. werden die Projekte auf dem deutschen Sprachgebiet durchgeführt.

Die Modalitäten der Förderung werden in einem zwischen der Regierung und den in Absatz 1 erwähnten Einrichtungen zu schließenden Vertrag festgelegt.

§2 – Nach Veröffentlichung des Projektaufrufs reicht der Projektträger einen entsprechenden Antrag bei der Regierung ein. Dieser enthält die in Artikel 11 §2 aufgeführten Angaben.

Bei der Bearbeitung des Antrags sind Artikel 11 §2 Absätze 2 und 3 und §3 entsprechend anwendbar.

§3 – Die Regierung kann:

1. präzisieren, was unter „innovativer Charakter“ zu verstehen ist;
2. die förderfähigen Kosten sowie die Höhe und die Art der Beteiligung an diesen Kosten festlegen;
3. das weitere Verfahren zur Beantragung und Auswertung der in Absatz 1 erwähnten Förderung sowie die in diesem Zusammenhang einzureichenden Unterlagen präzisieren.

Art. 13 – Bezuschussung von sozialen Eingliederungsbetrieben ohne vorhandene strukturelle Bezuschussung

Die Regierung gewährt anerkannten sozialen Eingliederungsbetrieben einen Zuschuss für die Beteiligung an den Personalkosten des Betreuungspersonals, die die nachfolgenden Bedingungen erfüllen:

1. sie erhalten nicht bereits eine Beteiligung an den Personalkosten für dieses Betreuungspersonal aus einem anderen Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. sie besetzen Betreuer-Stellen, für die beschäftigte Personalmitglieder bis zum 31. Dezember 2017 in Anwendung des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern bezuschusst wurden und deren Arbeitsverträge zum 1. Januar 2018 in Anwendung des Artikels 3 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2017 zur Abänderung verschiedener Bestimmungen im Bereich der Beschäftigungsmaßnahmen in klassische Arbeitsverträge umgewandelt wurden;
3. die Betreuer verfügen über eine ausreichende Qualifikation oder relevante Berufserfahrung;
4. die Betreuer sind in den letzten 15 Jahren von einwandfreier Führung in den für die Funktion relevanten Bereichen, was durch das Einreichen eines entsprechenden, aktuellen Auszugs aus dem Strafregister belegt wird.

Für die Anwendung von Absatz 1 Nummer 4 darf die Regierung nur solche im Auszug aus dem Strafregister aufgeführten Verstöße berücksichtigen, die für die jeweilige Funktion des Betreuers relevant sind, insbesondere wenn sich diese negativ auf die Entwicklung der benachteiligten Personen auswirken können.

Wenn die in Absatz 1 festgelegten Bedingungen erfüllt sind, schließt die Regierung mit der zuschussberechtigten Einrichtung einen Vertrag ab, in dem die Höhe des Zuschusses sowie die Auszahlungsmodalitäten festgelegt werden.

Die Regierung kann:

1. die Anforderungen an die Qualifikation und Berufserfahrung der Betreuer festlegen;
2. die für die Funktion des Betreuers relevanten Bereiche festlegen, in denen eine einwandfreie Führung belegt werden muss;

3. die im Hinblick auf die Beantragung der Bezuschussung einzureichenden Dokumente festlegen;
4. das Antragsverfahren zum Erhalt der Bezuschussung festlegen;
5. die weiteren Bezuschussungsmodalitäten festlegen.

Art. 14– Verstoß gegen die Bezuschussungsbedingungen

§1 – Die Gewährung der Förderungen ist an die Einhaltung der durch das vorliegende Kapitel festgelegten Verpflichtungen und Bedingungen gebunden, die der Gewährung von Zuschüssen und Förderungen zugrunde liegen.

§2 – Stellt die Regierung fest, dass ein Empfänger eine oder mehrere Verpflichtungen oder Bedingungen nicht einhält, fordert sie ihn gemäß den von ihr festgelegten Modalitäten auf, zu diesen Feststellungen schriftlich Stellung zu beziehen.

Unbeschadet des Artikels 104 §3 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann die Regierung einen Empfänger in Verzug setzen und die Gewährung der Förderungen befristet aussetzen und schließlich aufheben.

Die Regierung kann das Verfahren der Inverzugsetzung, Aussetzung und Aufhebung festlegen.

§3 – Der Empfänger, dessen Förderungen ausgesetzt oder aufgehoben wurden, kann Beschwerde bei der Regierung einreichen. Diese Beschwerde erfolgt per Einschreiben innerhalb eines Monats ab der Notifizierung des betreffenden Beschlusses. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Regierung kann die weiteren Modalitäten des Beschwerdeverfahrens festlegen.

Art. 15 – Kontrolle der Verwendung der Förderungen

Die Kontrolle der Verwendung der gewährten Förderungen und gegebenenfalls deren Rückforderung erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

KAPITEL 4 – VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ

Art. 16 – Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Regierung und die sozialen Eingliederungsbetriebe sowie alle anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 17 – Verantwortliche für die Datenverarbeitung

§1 – Die Regierung ist für die ist für die Verarbeitung der in Artikel 19 Absatz 1 erwähnten Daten für die Erfüllung der in Artikel 20 §1 erwähnten Zwecke verantwortlich. Sie gilt für die Verarbeitung dieser Daten als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung.

Sie darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung dieser Aufträge verwenden.

§2 – Die anerkannten sozialen Eingliederungsbetriebe sind für die Verarbeitung der in Artikel 19 Absatz 2 erwähnten Daten für die Erfüllung der in Artikel 20 §2 erwähnten Zwecke verantwortlich.

Sie gelten für die Verarbeitung dieser Daten als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung.

Sie dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung dieser Aufträge verwenden.

Art. 18 – Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen durch die Regierung und durch die anerkannten sozialen Eingliederungsbetriebe findet unter der Verantwortung einer Fachkraft der Gesundheitspflege oder einer anderen Fachkraft, die dem Berufsgeheimnis unterworfen ist, statt.

In Ermangelung einer Fachkraft der Gesundheitspflege können die anerkannten sozialen Eingliederungsbetriebe Daten zur Gesundheit der betroffenen Person nur mit deren Einverständnis verarbeiten.

Art.19 – Datenkategorien

Die Regierung kann Daten folgender personenbezogener Datenkategorien gemäß Artikel 17 verarbeiten:1. in Bezug auf die von den sozialen Eingliederungsbetrieben begleiteten Personen:

a) Daten zur Identität;

b) die in Artikel 8 §1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;

c) Angaben zu Qualifikationen, Kompetenzen und Berufserfahrungen;

d) Daten zur sozial-beruflichen Situation;

e) Daten zur körperlichen und psychischen Gesundheit;

2. in Bezug auf die bei den sozialen Eingliederungsbetrieben angestellten Betreuer:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;

b) die in Artikel 8 §1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;

c) Angaben zu Qualifikationen, Kompetenzen und Berufserfahrungen;

d) Daten zur sozial-beruflichen Situation;

e) gerichtliche Daten in Form eines Auszugs aus dem Strafregister.;

f) Gehaltsbelege;

3. in Bezug auf die sozialen Eingliederungsbetriebe:

a) Daten zu Steuer- und Sozialschulden;

b) Daten zu den Betriebsführungskenntnissen ihrer Geschäftsführer.

Die anerkannten sozialen Eingliederungsbetriebe können Daten folgender personenbezogener Datenkategorien gemäß Artikel 17 verarbeiten:

1. in Bezug auf die von den sozialen Eingliederungsbetrieben begleiteten Personen:

a) Daten zur Identität;

b) die in Artikel 8 §1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;

c) Angaben zu Qualifikationen, Kompetenzen und Berufserfahrungen;

d) Daten zur sozial-beruflichen Situation;

e) Daten zur körperlichen und psychischen Gesundheit;

2. in Bezug auf die bei den sozialen Eingliederungsbetrieben angestellten Betreuer werden:

a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;

b) die in Artikel 8 §1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;

c) Angaben zu Qualifikationen, Kompetenzen und Berufserfahrungen;

d) Daten zur sozial-beruflichen Situation;

e) gerichtliche Daten in Form eines Auszugs aus dem Strafregister.

Die Regierung präzisiert die in Absatz 1 und 2 aufgeführten Datenkategorien.

Art. 20 – Verarbeitungszwecke

§1 – Die Regierung erhebt und verarbeitet die in Artikel 19 Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien im Hinblick auf:

1. die Erteilung der in Kapitel 2 definierten Anerkennungen;

2. die Erteilung der in Kapitel 3 definierte Bezuschussung;

3. die Durchführung von Kontrollen der Einhaltung der Anerkennungs- und Bezuschussungsbedingungen gemäß den Artikeln 9, 14 und 15;

4. die Kontrolle der in Kapitel 6 definierten Berichterstattung.

Unbeschadet Absatz 1 kann die Regierung die auf dem Auszug eines Strafregisters vorhandenen Daten ausschließlich verarbeiten, um die Führung des Betreuers auf die Vereinbarkeit mit der Betreuung von benachteiligten Personen zu prüfen und die entsprechende Bezuschussung zu gewähren oder zu verweigern.

§2 – Die anerkannten sozialen Eingliederungsbetriebe erheben und verarbeiten die in Artikel 19 Absatz 2 aufgeführten Datenkategorien zu folgenden Zwecken:

1. die in Artikel 19 Absatz 2 Nummer 1 erwähnten Daten zur Beantragung und zur Aufrechterhaltung der entsprechenden Anerkennung gemäß Kapitel 2, zum Erhalt und zur Aufrechterhaltung der entsprechenden Bezuschussung gemäß Kapitel 3, zur Berichterstattung gemäß Kapitel 6 sowie zur korrekten und angemessenen Ausführung ihres Betreuungsauftrags zum Wohle der begleiteten benachteiligten Personen;

2. die in Artikel 19 Absatz 2 Nummer 2 erwähnten Daten zur Beantragung und zur Aufrechterhaltung der entsprechenden Anerkennung gemäß Kapitel 2, zur Beantragung und zur Aufrechterhaltung der entsprechenden Bezuschussung gemäß Kapitel 3, zur Berichterstattung gemäß Kapitel 6 sowie zur korrekten Ausführung ihres Betreuungsauftrags zum Wohle der begleiteten benachteiligten Personen.

Unbeschadet Absatz 1 können anerkannten sozialen Eingliederungsbetriebe die Daten zur körperlichen und psychischen Gesundheit der begleiteten Person ausschließlich verarbeiten, um ihren Einsatz für Aufgaben auszuschließen, die mit den gesundheitlichen Hemmnissen der Person nicht vereinbar sind.

Unbeschadet Absatz 1 können die anerkannten sozialen Eingliederungsbetriebe die auf dem Auszug eines Strafregisters vorhandenen Daten ausschließlich verarbeiten, um die

Führung des Betreuers auf die Vereinbarkeit mit der Betreuung von benachteiligten Personen zu gewährleisten.

Art. 21 – Aufbewahrungsdauer der Daten

Die in Artikel 19 erwähnten Daten werden unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, während höchstens 2 Jahren, nachdem die begleitete Person beziehungsweise der Betreuer nicht mehr bei dem betreffenden anerkannten sozialen Eingliederungsbetrieb oder Vorschalt- und Integrationszentrum tätig ist, aufbewahrt.

In Abweichung von Absatz 1 werden die in Artikel 19 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe f) erwähnten Gehaltsbelege während 10 Jahren, nachdem der Betreuer nicht mehr bei dem betreffenden anerkannten sozialen Eingliederungsbetrieb oder Vorschalt- und Integrationszentrum tätig ist, aufbewahrt.

Art. 22 – Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung, die anerkannten sozialen Eingliederungsbetriebe und die anerkannten Vorschalt- und Integrationszentren achten bei der Verarbeitung der in Artikel 19 erwähnten Daten darauf, dass angemessene Sicherheitsmaßnahmen angewendet werden.

Insofern Daten anonymisiert oder pseudonymisiert werden, richtet sich die entsprechende Technik nach den Empfehlungen der Europäischen Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit.

Die Regierung kann:

1. die anzuwendenden Sicherheitsmaßnahmen für den Umgang mit den erwähnten personenbezogenen Daten präzisieren;
2. weitere geeignete technische und organisatorische Maßnahmen im Sinne von Artikel 32 der Datenschutz-Grundverordnung treffen, um ein dem Risiko angemessenes Sicherheitsniveau zu gewährleisten.

KAPITEL 5 – NETZWERKARBEIT

Art. 23 – Netzwerk Sozialwirtschaft

Die gemäß Kapitel 2 anerkannten Sozialbetriebe, sozialen Eingliederungsbetriebe und Vorschalt- und Integrationszentren arbeiten in einem Netzwerk zusammenarbeiten.

Dieses Netzwerk hat zum Ziel:

1. die Anwendung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse regelmäßig zu evaluieren;
2. die Sozialwirtschaft durch Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Mitgliedern des Netzwerks zu optimieren;
3. die Effizienz, Wirksamkeit und Kontinuität der Unterstützung der Zielgruppen der Sozialwirtschaft zu fördern;
4. regelmäßig relevante Informationen mit den anerkannten Betrieben, den Vermittlungsdiensten sowie anderen auf dem deutschen Sprachgebiet in der Sozialwirtschaft involvierten Akteuren auszutauschen;
5. Erfahrungen zu innovativen und erfolgreichen Projekten der Sozialwirtschaft im In- und Ausland zu sammeln;
6. gemeinsame Aktionen und Pilotprojekte in die Wege zu leiten.

Die Regierung kann die Zusammensetzung, die weiteren Modalitäten in Bezug auf die Aufgaben des Netzwerks sowie dessen Arbeitsweise festlegen.

KAPITEL 6 – BERICHTERSTATTUNG

Art. 24 – Berichtspflichten

§1 – Die anerkannten Betriebe reichen jährlich einen Tätigkeitsbericht bei der Regierung ein.

In Abweichung von Absatz 1 können anerkannte Betriebe, die in Anwendung einer anderen dekretalen oder verordnungsrechtlichen Bestimmung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Einreichung eines Tätigkeitsberichts verpflichtet sind, eine Kopie dieses Tätigkeitsberichts einreichen. In diesem Fall ist der betroffene Betrieb dazu verpflichtet, der Regierung auf ihre Anfrage hin gegebenenfalls notwendige ergänzende Informationen zu liefern, insofern dieser Tätigkeitsbericht nicht den gemäß Absatz 4 festgelegten Mindestanforderungen entspricht.

Statistische Angaben werden in diesem Zusammenhang anonymisiert.

Die Regierung bestimmt die Fristen sowie die Struktur und Mindestanforderungen an die weiteren Inhalte des einzureichenden Tätigkeitsberichts.

§2 – Alle anerkannten Betriebe übermitteln der Regierung jährlich anonyme und aggregierte statistische Angaben über die bei ihnen im Rahmen der Sozialwirtschaft beschäftigten und auszubildenden Personen.

Die Regierung bestimmt die Form, die Fristen sowie die Art der zu liefernden Angaben. Die Regierung achtet dabei darauf, dass eine Rückverfolgung auf Einzelpersonen verhindert wird.

KAPITEL 7 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 25 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 4 §1 des Dekrets vom 27. März 2023 über die Kontrolle und das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen im Bereich der Beschäftigungspolitik wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird folgende Nummer 18 eingefügt:

„18. Dekret vom *** über die Anerkennung und Förderung von Betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft, sowie dessen Ausführungserlasse.“

2. Absatz 2 wird aufgehoben.

Art. 26 – Übergangsbestimmung

Unbeschadet der Möglichkeit, zu jedem Zeitpunkt einen Antrag auf Anerkennung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Dekrets einzureichen:

1. bleiben die gemäß Artikel 1 §1 Nummer 2 des Königlichen Erlasses vom 3. Mai 1999 zur Ausführung von Artikel 7 § 1 Absatz 3 Buchstabe m) des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer in Bezug auf die Wiedereingliederung sehr schwer zu vermittelnder Arbeitsloser anerkannten Unternehmen bis zum 31. Dezember 2026 gemäß dem vorerwähnten Königlichen Erlass anerkannt;

2. bleiben sozialwirtschaftliche Initiativen, Pilotprojekte und innovativen Experimente, die gemäß den Bestimmungen des Ministeriellen Erlasses vom 10. Oktober 2004 zur Aufstellung der Liste der sozialwirtschaftlichen Initiativen im Hinblick auf die Gewährung einer erhöhten Staatssubvention an die öffentlichen Sozialhilfezentren für spezifische sozialwirtschaftliche Initiativen zur sozialen Eingliederung als solche anerkannt sind, bis zum 31. Dezember 2026 gemäß dem vorerwähnten ministeriellen Erlass anerkannt.

Während der in Absatz 1 erwähnten Übergangsfrist:

1. unterliegen die Unternehmen, sozialwirtschaftliche Initiativen, Pilotprojekte und innovativen Experimente den dieser Anerkennung zugrundeliegenden Bedingungen;

2. können die in Absatz 1 erwähnten Unternehmen, sozialwirtschaftlichen Initiativen, Pilotprojekte und innovativen Experimente einen Zuschuss gemäß den Bestimmungen des Kapitels 3 des vorliegenden Dekrets beantragen.

Art. 27 – Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Antonios

Antoniadis

Digital unterschrieben
von Antonios
Antoniadis

Datum: 2023.06.27
11:14:20 +02'00'

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

GUTACHTEN DER DATENSCHUTZBEHÖRDE

GUTACHTEN DES BEIRATS FÜR INTEGRATION UND ZUSAMMENLEBEN IN VIELFALT

GUTACHTEN DES VERWALTUNGSRATS DER DIENSTSTELLE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR SELBSTBESTIMMTES LEBEN

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition du Ministre de l'Économie sociale,

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre compétent en matière d'Économie sociale est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

**Avant-projet de décret relatif à l'agrément et à la promotion des entreprises du secteur de
l'économie sociale**

CONTENU

Le présent projet de décret vise à définir l'économie sociale en Communauté germanophone et à réglementer certains agréments et aides qui peuvent être accordés dans ce cadre.

SOMMAIRE

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales	4
Remarques concernant l'avis de l'Autorité de protection des données.....	6
Remarques concernant l'avis du Conseil consultatif pour l'intégration et le vivre ensemble dans la diversité.....	8
Remarques concernant l'avis du Conseil d'administration de l'Office pour une vie autodéterminée	9
Commentaire des articles.....	12
Avant-projet	30
Avis de l'Autorité de protection des données	45
Avis du Conseil consultatif pour l'intégration et le vivre ensemble dans la diversité	46
Avis du Conseil d'administration de l'Office pour une vie autodéterminée	47

EXPOSÉ DES MOTIFS

EXPLICATIONS GÉNÉRALES

Depuis la reprise, au 1^{er} janvier 2000, de la compétence en matière d'emploi de la Région wallonne, la Communauté germanophone disposait de premières compétences partielles dans le domaine de l'économie sociale. Celles-ci ont été complétées dans le cadre de la sixième réforme de l'État. Ce nouveau transfert de compétences a eu pour conséquence que la Communauté germanophone est également compétente, depuis le 1^{er} janvier 2016, pour les agréments anciennement octroyés par le fédéral dans ce domaine. Ces agréments concernaient, d'une part, la reconnaissance comme entreprise fédérale d'insertion et, d'autre part, la reconnaissance pour des initiatives d'économie sociale, des projets pilotes et des expériences novatrices.

Sur la base de ces reconnaissances, les entreprises sociales agréées ont pu bénéficier des avantages qui en découlent.

Le présent projet de décret crée le premier cadre juridique entièrement distinct pour le secteur de l'économie sociale en Communauté germanophone, afin de pouvoir procéder à ses propres agréments. Parallèlement, les avantages fédéraux découlant partiellement de ces anciens agréments pour les entreprises d'insertion agréées doivent rester opérationnels et garantis pour les entreprises sociales locales.

Ce cadre tient compte des entreprises sociales existantes et des réalités qui ont prévalu jusqu'à présent en Communauté germanophone et doit, ce faisant, renforcer le secteur de l'économie sociale locale et illustrer la volonté d'assurer l'avenir du secteur par la Communauté germanophone, notamment en cas de suppression involontaire du soutien FSE. Une telle volonté pourrait notamment se traduire, le cas échéant pour les centres préparatoires et d'intégration, par un subventionnement de la direction et du personnel administratif.

L'un des leitmotivs fondamentaux de ce nouveau cadre juridique est de centrer les actions sur les personnes. Cela signifie, d'une part, que les objectifs des organismes, leurs activités, leurs prestations ou leurs produits mettent l'accent sur les personnes ou leur sont destinés. Ceci doit répondre à un besoin de la société.

Il s'agit en priorité d'apporter une aide, un soutien aux personnes défavorisées, dans le besoin ou en situation de précarité.

D'autre part, l'accent est également mis sur la main-d'œuvre et/ou sur les apprenants. L'objectif des entreprises sociales actuellement actives consiste, entre autres, au moins à promouvoir l'insertion socioprofessionnelle, l'employabilité ou la création d'emplois en faveur de personnes qui sont éloignées, voire très éloignées, du marché du travail.

C'est une caractéristique fondamentale des entreprises sociales locales, qui font ainsi partie de ce qui est connu au niveau européen sous le nom de « Work integration social enterprises » (WISEs, entreprises sociales d'insertion professionnelle).

Le projet de décret veille également à préserver l'autonomie des entreprises sociales en ce qui concerne la composition du conseil d'administration.

Le nouveau cadre juridique vise également à promouvoir les initiatives de projet novatrices, la coopération ainsi que le développement durable.

Pour la première fois, le présent projet de décret définit ce qu'il faut entendre par « économie sociale » en Communauté germanophone. Dans cette optique, cinq principes sont définis, auxquels une entreprise doit se conformer pour pouvoir être agréée comme entreprise sociale en Communauté germanophone.

Ces principes sont les suivants :

- poursuivre et mettre en œuvre un ou plusieurs objectifs sociaux ou activités à finalité sociale;
- utiliser les bénéfices pour réaliser l'objectif social;
- disposer de l'autonomie administrative;
- mettre en place et cultiver un système de prise de décision participatif;
- mettre en œuvre des activités dans le sens d'un développement écologique, local et durable.

Les personnes morales ci-après peuvent être agréées comme entreprises sociales : les associations sans but lucratif, les sociétés coopératives agréées comme entreprises sociales par le Service public fédéral Économie en application de l'article 8:5 du Code des sociétés et des associations, ainsi que les initiatives de projet à finalité sociale d'un ou de plusieurs pouvoirs locaux ou, selon le cas, d'une ou de plusieurs associations sans but lucratif.

Outre l'agrément comme entreprise sociale, le projet de décret prévoit également l'agrément d'entreprises d'insertion sociale, qui constitue *de facto* le successeur de l'agrément des entreprises d'insertion anciennement fédérales. En outre, le décret crée pour la première fois un cadre juridique pour les centres préparatoires et d'intégration en Communauté germanophone. En effet, depuis des années, ces derniers travaillent sur la base de conventions, notamment via le Fonds social européen.

En raison du fait que les subventions actuelles des entreprises sociales actives sont très hétérogènes, le décret renonce à la mise en place d'un financement structurel uniforme.

Le projet de décret prévoit donc les aides financières suivantes :

1° Les emplois d'accompagnateurs subventionnés depuis le 1^{er} janvier 2018 en application de conventions distinctes dans le secteur de l'économie sociale, qui concernent d'anciens T.C.S. ayant été transformés, sont intégrés dans le champ d'application du présent décret et sont ainsi garantis.

2° Par ailleurs, le décret permet de financer de nouveaux emplois d'accompagnateurs dans les organismes qui, à l'heure actuelle, ne bénéficient d'aucun financement structurel de la Communauté germanophone.

3° Enfin, la possibilité de financements de démarrage pour les projets pilotes novateurs est ancrée dans le décret.

En ce qui concerne les entreprises d'insertion encore agréées jusqu'au 31 décembre 2026 selon le modèle fédéral, une transition vers l'agrément défini ici est prévue.

REMARQUES CONCERNANT LES AVIS

Par sa décision du 4 octobre 2022, le Gouvernement a sollicité un avis auprès des organismes suivants :

- l'Autorité de protection des données (contraignant). L'avis datant du 21 décembre 2022 est disponible;
- le Conseil consultatif pour l'intégration et le vivre ensemble dans la diversité (contraignant). L'avis datant du 8 novembre 2022 est disponible;
- le Conseil d'administration de l'Office pour une vie autodéterminée (contraignant). L'avis datant du 27 octobre 2022 est disponible;
- le Conseil économique et social de la Communauté germanophone (facultatif). L'avis datant du 22 novembre 2022 est disponible;
- le Comité de gestion de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone (facultatif). L'avis datant du 21 novembre 2022 est disponible;
- les centres publics d'action sociale (ci-après les « CPAS ») (facultatif). L'avis datant du 24 janvier 2023 est disponible;
- les entreprises sociales représentées au sein du groupe de travail « Décret "Économie sociale" ». Un avis a été déposé par l'association des employeurs du secteur non marchand de la Communauté germanophone « AnikoS ». Le 10 novembre 2022, ladite association a émis un avis concernant l'avant-projet de décret au nom des entreprises sociales, à l'exclusion des ateliers protégés;
- les autorités fédérales suivantes : le Service public fédéral Finances, le Service public fédéral Économie, le Service public fédéral de programmation Intégration Sociale, Lutte contre la Pauvreté et Économie Sociale (facultatif). L'avis du Service public fédéral Économie du 17 janvier 2023 est disponible.

1. Autorité de protection des données

Le 21 décembre 2022, l'Autorité de protection des données (ci-après l'« Autorité ») a émis l'avis n° 265/2022 concernant l'avant-projet de décret.

Dans le cadre de cet avis, l'Autorité a examiné l'avant-projet en ce qui concerne la légalité des traitements de données (I), la finalité (II), la proportionnalité (III), le caractère approprié des délais de conservation (IV) et l'existence de responsables des traitements (IV).

I. Légalité

L'Autorité analyse à cet égard la délégation au Gouvernement prévue à l'article 19 qui permet à celui-ci de préciser les catégories des données. Pour ce qui est des différentes catégories de données, elle n'émet aucune réserve quant à la possibilité pour le Gouvernement de les détailler plus avant (remarque n° 10). Ce n'est qu'en ce qui concerne les catégories particulièrement sensibles, à savoir les données relatives à la santé des personnes accompagnées ainsi que les données judiciaires des accompagnateurs, que l'Autorité émet une réserve selon laquelle le Gouvernement ne devrait pas recevoir de délégation à cet effet (remarque n° 9). Le traitement de ces données devrait être suffisamment décrit dans le décret. Pour ce qui est des données relatives à la santé des personnes accompagnées, il est par conséquent dorénavant précisé que le Gouvernement et les entreprises concernées peuvent traiter des données dont il ressort qu'il s'agit effectivement de personnes défavorisées. Pour ce qui est des données judiciaires des accompagnateurs, la mention selon laquelle il s'agit d'un extrait du casier judiciaire a été ajoutée.

II. Finalité

L'Autorité a souhaité attirer l'attention sur une contradiction que présente, selon elle, l'article 17 de l'avant-projet. Cet article concerne les finalités pour lesquelles le Gouvernement peut traiter des données à caractère personnel. L'Autorité a principalement critiqué la formulation « en vue de

l'exercice de ses missions légales ou décrétales, notamment en ce qui concerne les missions mentionnées aux chapitres 2 et 3 ». Le terme « notamment » conférerait un caractère indéterminé à la finalité du traitement des données (remarques n^{os} 12 et 13). Pour ce qui concerne le traitement de données par les entreprises d'insertion sociale, elle a émis la même remarque. Le libellé « aux fins de l'exécution de leurs missions légales ou décrétales » ne permettrait pas aux personnes extérieures de savoir exactement à quelles fins les données sont traitées (remarques n^{os} 14 et 15). Pour cette raison, un nouvel article 20 a été ajouté, lequel ventile précisément les différents traitements de données par finalité.

En outre, sur recommandation de l'Autorité, l'article 20 précise dorénavant à quelles fins un extrait du casier judiciaire peut être utilisé (remarque n° 16).

III. Proportionnalité

L'Autorité attire l'attention sur le fait que certaines catégories de données seraient trop vagues et devraient être précisées au moyen d'un arrêté du Gouvernement afin que les données relevant desdites catégories puissent être traitées (remarques n^{os} 18 à 20). Il va de soi que certaines catégories de données doivent encore être précisées, néanmoins de préférence par voie d'arrêté, étant donné qu'il s'agit de questions relatives aux détails ou à l'exécution. Le traitement des données relatives aux administrateurs a été supprimé, rendant ainsi nulle la remarque n° 20.

En outre, l'Autorité souhaite que les finalités de traitement indiquent plus précisément quelles données sont traitées et à quelles fins (remarque n° 21). Même si le traitement de données d'une catégorie donnée ne peut pas toujours poursuivre une seule finalité exclusive, le nouvel article 20 a été rédigé de façon à présenter de la manière la plus transparente possible quelles données sont traitées et à quelle(s) fin(s). À cet égard, une seule et même catégorie de données peut être traitée à plusieurs fins. Ledit article précise aussi que certaines catégories de données ne peuvent être traitées qu'à des fins spécifiques uniquement.

L'Autorité souhaite que l'exposé des motifs indique les raisons pour lesquelles le Gouvernement et les entreprises peuvent traiter les données relatives à l'identité des personnes accompagnées (remarques n^{os} 22 et 23). Une explication en ce sens a été ajoutée à l'article 19 sur recommandation de l'Autorité.

Le renvoi à l'article 34 de la loi du 30 juillet 2018 a été abrogé comme le recommande l'Autorité (remarque n° 25).

Pour ce qui concerne le numéro de registre national, conformément au souhait de l'Autorité, il est désormais précisé dans le commentaire de l'article 19 ainsi que dans le nouvel article 20 pourquoi le traitement du numéro de registre national des personnes accompagnées est nécessaire (remarques n^{os} 26 à 28).

Ensuite, l'Autorité fait remarquer que le Gouvernement et les entreprises ne peuvent traiter des informations provenant de l'extrait du casier judiciaire que dans la mesure où cela est pertinent pour la fonction d'accompagnateur (remarques n^{os} 29 et 30). Les articles 10 et 13 ont été modifiés de sorte que le Gouvernement ne puisse prendre en compte que les infractions mentionnées dans l'extrait du casier judiciaire qui sont pertinentes pour la fonction d'accompagnateur concernée, en particulier lorsque celles-ci peuvent avoir des répercussions négatives sur le développement des personnes défavorisées. Il ne peut être tenu compte d'aucune autre infraction.

Enfin, pour ce qui concerne les obligations en matière d'établissement de rapports, il a été précisé à l'article 24, sur recommandation de l'Autorité (remarques n^{os} 31 à 39), que les données statistiques doivent être rendues anonymes. En outre, il a été précisé à l'article 22 que dans la mesure où les

données sont rendues anonymes ou pseudonymisées, la technique correspondante s'aligne sur les recommandations de l'Agence de l'Union européenne pour la cybersécurité. Par ailleurs, l'article 24 prévoit également dorénavant que les données anonymes correspondent à des données agrégées. Les données doivent être telles qu'il ne soit pas possible de remonter jusqu'à des personnes individuelles.

IV. Délais de conservation

En premier lieu, l'Autorité fait remarquer que rien n'est prévu pour les données relatives aux administrateurs des entreprises et que le projet devrait être adapté en conséquence (remarque n° 43). Étant donné que la condition relative à la solvabilité des administrateurs a été supprimée, ladite remarque n'a pas été prise en compte.

L'Autorité considère disproportionné le délai de conservation général de dix ans suivant la fin de l'accompagnement ou, selon le cas, la fin de l'activité en tant qu'accompagnateur (remarque n° 44). Un délai de conservation général de deux ans est par conséquent désormais prévu, ainsi que l'ajout d'une exception concernant les pièces justificatives relatives aux salaires, lesquelles peuvent notamment rester pertinentes en cas d'action en justice pendant le délai de recours habituel. Pour de telles pièces justificatives, le délai de conservation continue à être de dix ans.

V. Existence de responsables des traitements

Comme souvent, l'Autorité attire l'attention sur le fait que le Gouvernement ne devrait pas être indiqué en tant que responsable du traitement, car cela ne correspondrait pas à la réalité et aurait un effet déresponsabilisant à l'égard de l'administration (remarque n° 49). Il convient toutefois de souligner que, selon la jurisprudence constante du Conseil d'État, il n'est pas possible d'attribuer par décret des missions ou pouvoirs distincts à l'administration générale du Gouvernement. Cette tâche incombe uniquement au Gouvernement.

2. Conseil consultatif pour l'intégration et le vivre ensemble dans la diversité

Le Conseil consultatif pour l'intégration et le vivre ensemble dans la diversité (ci-après « le Conseil consultatif ») a rendu son avis le 8 novembre 2022 et se concentre dans celui-ci sur le public cible des personnes issues de l'immigration.

Le Conseil consultatif se félicite que, « *dans le cadre de l'agrément des entreprises, la non-discrimination soit ancrée dans le décret (art. 4 et art. 5).* » À cet égard, le Conseil consultatif appelle au développement de l'instance chargée de la lutte contre la discrimination sur le territoire de l'Ostbelgien ainsi qu'au renforcement de la communication autour de l'existence de celle-ci.

Le Conseil consultatif souhaite en outre attirer l'attention sur le fait que, « *dans le cadre des bénéficiaires des mesures AktiF PLUS, il conviendrait de parler de "personnes n'ayant pas ou peu de connaissances des langues allemande et française (< niveau B1)", en lieu et place des "personnes qui n'ont aucune connaissance de l'allemand ou du français".* »

Cette remarque concerne le décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, et non le présent projet de décret.

Le décret du 28 mai 2018 définit à son article 8 les bénéficiaires des mesures AktiF PLUS, qui doivent présenter deux obstacles au placement sur quatre, dont un obstacle relatif aux langues, défini comme suit : « 4° le fait de ne pas avoir atteint le niveau B1 conformément au Cadre européen commun de références pour les langues tant en allemand qu'en français. », le niveau des connaissances en langues étant ainsi lié de manière objective au cadre de références européen.

Dans le cadre de la communication générale, il est ainsi plutôt question de « personnes n'ayant pas ou peu de connaissances des langues allemande et française (< niveau B1) ». Il sera veillé à l'avenir à utiliser la formulation proposée par le Conseil consultatif.

Enfin, le Conseil consultatif fait remarquer que l'avant-projet de décret « *n'indique pas encore clairement dans quelle mesure le public cible des primo-arrivants ayant de faibles connaissances linguistiques et/ou possédant des diplômes non reconnus comme équivalents est défini en tant que public rencontrant des obstacles au placement. Cette question reste à définir dans un arrêté et le Conseil consultatif est favorable à ce que ces critères soient clairement définis en tant qu'obstacles au placement.* » Une telle définition doit être effectuée par voie d'arrêté, le cas échéant, en tenant compte des personnes défavorisées définies dans le projet de décret.

3. Conseil d'administration de l'Office pour une vie autodéterminée

Le Conseil d'administration de l'Office pour une vie autodéterminée a rendu son avis le 27 octobre 2022. Il salue expressément le projet. L'avis constate que le nouveau cadre à créer tient compte des réalités et des entreprises sociales.

Le Conseil d'administration se félicite en particulier du fait que l'un des leitmotivs soit de centrer les actions sur les personnes.

En outre, il est indiqué dans ledit avis qu'il existe toujours un besoin en possibilités d'emploi adaptées pour certains groupes cibles.

Le Conseil d'administration se réjouit que parmi les critères d'agrément (articles 4 et 5), il soit tenu compte non seulement du fait de disposer d'une unité d'établissement en région de langue allemande, mais aussi de celui d'y exercer des activités principales, ceci aux fins de couvrir également l'atelier protégé d'Eupen dans ce cadre.

En ce qui concerne la norme minimale d'accompagnement d'au moins 1 pour 10 définie à l'article 5 de l'avant-projet de décret, le Conseil d'administration estime que celle-ci devrait être comprise en tant que norme minimale absolue. Le Conseil d'administration est d'avis que, « *selon le public cible et/ou l'individu à accompagner, une norme d'accompagnement allant jusqu'à 1 pour 1 peut être nécessaire pour atteindre l'objectif défini. Il convient de s'assurer qu'en raison d'un tel taux d'accompagnement, certains groupes cibles ne seront pas exclus par manque de financement* ».

Le législateur décretaal a formulé cette norme en tant que norme minimale.

Le Conseil d'administration propose que les « *procédures d'agrément pour les entreprises qui sont déjà agréées par une autre instance chargée du subventionnement restent simplifiées, comme c'est le cas actuellement.* »

Il cite comme exemple les ateliers protégés qui « *n'ont besoin que d'une attestation d'agrément de l'Office, ce qui représente une charge moindre sur le plan administratif, les demandes volumineuses et les procédures d'examen étant évitées* ».

Il convient de prendre en considération différents aspects en ce qui concerne ladite proposition d'accès simplifié des ateliers protégés – à savoir sans étapes administratives supplémentaires – au regard des avantages qui sont régis par le présent projet de décret.

Il y a lieu d'analyser et de répondre à cette demande en fonction de chaque avantage direct et indirect qui découle de l'application du présent décret.

Il convient tout d'abord d'aborder l'utilisation par les ateliers protégés de la mesure en matière d'emploi mentionnée à l'article 60, § 7, qui prévoit une subvention majorée.

Ce droit d'usage est actuellement régi par l'arrêté ministériel du 10 octobre 2004 établissant la liste des initiatives d'économie sociale en vue de l'octroi d'une subvention majorée de l'État aux centres

publics d'action sociale pour des initiatives spécifiques d'insertion sociale dans l'économie sociale. La Communauté germanophone devra, le cas échéant, adapter ce dernier en fonction du présent avant-projet de décret. Ledit arrêté mentionne notamment les ateliers protégés agréés comme bénéficiaires potentiels de la mesure en question. La Communauté germanophone envisage de maintenir cet agrément.

L'agrément comme entreprise sociale ou comme entreprise d'insertion sociale et les avantages qui en découlent en application du présent décret – à savoir l'agrément en tant que tel, la possibilité d'un subventionnement concernant le personnel d'accompagnement en application de l'article 10, le soutien possible aux projets novateurs en application des articles 11 et 12 – sont néanmoins soumis aux obligations correspondantes, telles que définies à l'article 7. L'agrément comme atelier protégé se distingue de celui d'une entreprise sociale et de celui d'une entreprise d'insertion sociale, dont les définitions en Communauté germanophone sont fixées par le présent décret à la suite d'un travail conceptuel avec le secteur. Et ces définitions ne correspondent pas à ce que recouvre le terme d'atelier protégé.

Dans ce contexte, s'ils souhaitent bénéficier des avantages précités, les ateliers protégés doivent entreprendre les mêmes démarches que les autres organisations intéressées. Par conséquent, il n'est pas procédé à une adaptation du texte.

Par ailleurs, le Conseil d'administration de l'Office pour une vie autodéterminée estime que *« pour ce qui concerne les prestataires déjà agréés par ledit Office, la création d'un service de contrôle et d'inspection spécifique n'est pas pertinente. De tels prestataires sont déjà soumis à l'autorité de l'inspection créée par le décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée. Il s'agirait donc d'un doublement des mécanismes de contrôle. »*

L'examen consistant à vérifier si les conditions d'agrément en application du présent projet de décret sont remplies ne peut pas être effectué par des agents de l'Office pour une vie autodéterminée. Par conséquent, aucune adaptation du texte ni un régime spécial en faveur des prestataires agréés par l'Office pour une vie autodéterminée ne sont prévus.

En outre, le Conseil d'administration fait observer qu'*« une suppression éventuelle de l'agrément comme atelier protégé octroyé par l'Office pour une vie autodéterminée et le seul agrément comme entreprise sociale se traduiraient par une perte des avantages accordés par les autorités fédérales en faveur des personnes dépendantes. »*

L'Office pour une vie autodéterminée cite comme exemple à cet égard *« la réglementation qui permet aux personnes dépendantes qui travaillent dans un atelier protégé de reprendre le travail à temps partiel à la suite ou au cours d'une maladie sans déduction de leurs indemnités de maladie. »*

À l'heure actuelle, l'abrogation ou le remplacement de l'agrément comme atelier protégé n'est pas envisagé.

En outre, *« le Conseil d'administration se prononce expressément contre la présente formulation de l'article 18 de l'avant-projet de décret. L'article concerné prévoit que "[l]e traitement de données relatives à la santé des personnes concernées s'opère sous la responsabilité d'un professionnel des soins de santé ou d'un autre professionnel soumis au secret professionnel." Le Conseil d'administration fait cependant valoir à cet égard que le secret professionnel ne peut pas être assimilé au secret médical et que, par conséquent, le traitement de données relatives à la santé n'est pas couvert par le secret professionnel. Même les professionnels des soins de santé n'ont accès qu'aux données relatives à la santé des personnes avec lesquelles ils se trouvent dans une relation thérapeutique et l'accès à ces données peut même être limité encore davantage par la personne concernée de manière individuelle. Dans ce contexte, le Conseil d'administration invite instamment le Gouvernement à réviser l'article concerné en conséquence, de sorte que celui-ci satisfasse aux dispositions du règlement général sur la*

protection des données de l'UE et de la loi du 22 août 2022 sur les droits du patient et garantisse le respect du secret médical. »

À cet égard, il est renvoyé à l'avis de l'Autorité, laquelle n'a pas exprimé de telles réserves à ce sujet. L'article a néanmoins été finalement reformulé, notamment en raison du fait que toutes les entreprises ne disposent pas de professionnels des soins de santé et n'auraient ainsi pas été autorisées à traiter des données relatives à la santé. Dans les entreprises qui ne disposent pas de tels professionnels, le consentement de la personne accompagnée est nécessaire. Cela présuppose par conséquent un minimum de responsabilité individuelle de la part de la personne accompagnée. Si une entreprise souhaite l'employer pour effectuer par exemple des travaux lourds, la personne doit signaler d'elle-même qu'elle n'est pas en mesure de le faire en raison de difficultés liées à sa santé.

À cet égard, le Conseil d'administration considère également que, *« dans le cadre de la consultation ou du contrôle des données à caractère personnel des personnes accompagnées, le principe de minimisation des données doit être respecté, notamment pour ce qui est des données relatives à la santé »*. Il est par conséquent proposé dans l'avis de renoncer aux consultations et contrôles des données à caractère personnel des personnes accompagnées *« lorsque la personne concernée est déjà accompagnée par l'Office pour une vie autodéterminée, l'Office de l'emploi ou un CPAS et est en possession d'une attestation correspondante. »* L'avis indique plus loin que le même principe devrait être également appliqué aux bénéficiaires des mesures AktiF et AktiF PLUS.

Le législateur décretaal partage le même avis que le Conseil d'administration de l'Office pour une vie autodéterminée, à savoir que le principe de minimisation des données doit être appliqué et il l'applique en conséquence.

Lors de la demande d'agrément comme entreprise d'insertion sociale, l'entreprise devra présenter une liste de son personnel, aux fins de prouver qu'elle occupe ou forme 50 % de personnes défavorisées. L'attestation correspondante des services de placement qui prouve que la personne appartient aux groupes cibles définis doit être jointe et suffit en principe. Lors des contrôles ou en cas de doute, des informations plus approfondies pourraient être demandées. À cette fin, le Gouvernement doit avoir la possibilité légale de demander de telles données, éventuellement à caractère personnel. Le présent décret permet précisément cela.

Enfin, le Conseil d'administration suggère, pour ce qui concerne les obligations en matière d'établissement de rapports mentionnées à l'article 24, de recourir aux rapports déjà existants qui sont rédigés pour d'autres instances chargées du subventionnement. La forme du rapport et des statistiques demandées devrait, selon lui, être conçue de la manière la plus simple possible pour toutes les entreprises sociales.

Le législateur décretaal entend recourir aux rapports existants, si tant est qu'ils soient disponibles. Le commentaire relatif à l'article 24 a également été adapté en conséquence. Le Gouvernement se réserve cependant le droit de demander des informations sur des aspects spécifiques ou, si nécessaire, de les faire inscrire dans le rapport annuel.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

Article 1^{er}

Cet article précise l'objet du présent projet de décret.

L'alinéa 2 définit l'économie sociale en Communauté germanophone. L'économie sociale est définie comme une activité économique dans le sens où des produits sont fabriqués ou des services proposés.

Par opposition à l'économie classique, l'économie sociale se caractérise, dans son action et son éthique, par cinq principes.

Le 1° précise qu'il s'agit de poursuivre et de mettre en œuvre un ou plusieurs objectifs sociaux ou activités qui répondent à un besoin social ou au besoin d'un groupe spécifique de personnes.

Ces objets sociaux doivent être inscrits dans les statuts.

Le 2° régit l'utilisation des bénéfices réalisés par les entreprises d'économie sociale.

Ces bénéfices ne constituent pas une fin en soi, mais un moyen d'atteindre les objectifs sociaux, de les développer ou d'investir dans d'autres initiatives sociales.

En ce qui concerne les sociétés coopératives agréées comme entreprises sociales par le Service public fédéral Économie en application de l'article 8:5 du Code des sociétés et des associations et qui peuvent également être agréées dans le cadre du présent décret, il s'agit en outre de limiter la rémunération du capital/des actionnaires.

Cet aspect est réglé dans les conditions d'agrément fédérales correspondantes, de sorte que le montant du dividende à verser aux actionnaires ne peut être fixé qu'après fixation d'un montant « que la société réserve aux projets ou affectations qui sont nécessaires ou utiles pour la réalisation de son objet »¹. Par conséquent, les sociétés coopératives agréées comme entreprises sociales sont soumises aux contrôles du SPF Économie.

Le 3° garantit l'autonomie des organismes dans la composition de leur conseil d'administration ou de leur organe de décision.

Le quatrième principe prévoit qu'un processus décisionnel participatif doit être mis en place au sein de l'entreprise sociale. Ce principe vise en premier lieu à faire intervenir les travailleurs et les apprenants dans les décisions fondamentales relatives à l'organisation de l'entreprise.

L'approche participative a pour objectif de mettre en œuvre l'égalité des chances entre les travailleurs et les apprenants et leur participation aux décisions stratégiques liées à l'organisation de l'entreprise.

Pour les sociétés agréées comme entreprises sociales en application de l'article 8:5 du Code des sociétés et des associations, le nombre de voix par personne au sein des organes souverains de l'organisme concerné doit être limité.

Le 5° dispose que la gestion et les activités à exécuter des entreprises sociales doivent être menées dans le sens d'un développement écologique, local et durable.

Cela signifie que les entreprises sociales agréées s'engagent à suivre et à mettre en œuvre un nombre minimum d'objectifs de développement durable des Nations unies.

Article 2

Les qualifications de personnes dans le projet de décret s'appliquent à tous les sexes.

Article 3

Cet article donne une définition des termes utilisés dans le projet de décret et permet ainsi une compréhension homogène des dispositions correspondantes.

Le 1° définit les « personnes défavorisées » qui sont principalement occupées ou formées ou encore accompagnées par des entreprises d'insertion sociale et des centres préparatoires et d'intégration.

¹ [Société coopérative agréée et entreprise sociale | SPF Économie \(fgov.be\)](https://www.fgov.be/fr/themes/economie-et-emploi/entreprises-sociales)

Ces groupes de personnes sont pris en compte dans le calcul des groupes cibles à engager pour pouvoir être agréé comme entreprise d'insertion sociale ou comme centre préparatoire et d'intégration. Une des conditions d'agrément est l'occupation et/ou la formation majoritaire du public cible, qui doit représenter 50 % de l'effectif.

Toutes ces personnes sont éloignées du marché du travail, dans la plupart des cas elles le sont même de manière marquée, voire très marquée. Ces personnes se trouvent dans des statuts différents. Tout d'abord, ce groupe comprend les demandeurs d'emploi éloignés du marché du travail qui sont inscrits auprès de l'Office de l'emploi, d'un CPAS ou de l'Office pour une vie autodéterminée et qui y reçoivent un accompagnement. Sont également pris en compte dans ce groupe les travailleurs occupés dans les entreprises sociales dans le cadre d'un contrat de travail. Il s'agit également des personnes formées, encadrées et accompagnées dans le cadre d'un contrat de formation. C'est pourquoi le terme générique « personnes » est utilisé.

Ces « personnes défavorisées » comprennent notamment les bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS, c'est-à-dire le groupe cible des demandeurs d'emploi inoccupés décrits en application du chapitre 2 du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, l'engagement desquels pouvant donner lieu à une aide AktiF ou AktiF PLUS au bénéfice de l'employeur qui recrute.

En application de ce décret, l'Office de l'emploi vérifie si le demandeur d'emploi répond aux définitions du groupe cible pouvant bénéficier des mesures AktiF ou AktiF PLUS. Si c'est le cas, l'Office de l'emploi établit une attestation correspondante. Pour ce qui est du domaine d'application personnel des bénéficiaires des mesures AktiF et AktiF PLUS, il est renvoyé aux dispositions pertinentes du décret du 28 mai 2018.

Au b) sont reprises les personnes qui sont définies à l'article 60, § 7, de la loi organique du 8 juillet 1976 des centres publics d'action sociale.

Au c) sont décrites les personnes défavorisées qui sont très éloignées du marché du travail, et ce, en raison de multiples obstacles au placement qu'elles rencontrent, pour la plupart difficilement objectivables. Ces obstacles empêchent la personne – pour autant que l'on puisse le prévoir – de fournir des prestations de travail dans le cadre d'un contrat de travail ou de suivre une formation plus qualifiante pendant une période prolongée.

Ces obstacles au placement se situent notamment au niveau psychosocial, comme le manque de compétences sociales, les déficiences mentales, psychiques et/ou physiques et les problèmes au niveau de l'exécution du travail.

Néanmoins, une faible qualification, un chômage de longue durée ou la non-reconnaissance ou la non-équivalence de diplômes étrangers ou encore le manque de connaissances linguistiques peuvent également jouer un rôle ici et sont précisés dans un arrêté.

Ces personnes sont notamment des participants potentiels à une mesure préparatoire et/ou d'intégration.

Dans le d) sont définis les volontaires encadrés. Il s'agit de personnes pour lesquelles un service de placement, un hôpital psychiatrique, le service d'accompagnement psychiatrique ou une maison de soins psychiatriques estime que l'emploi dans le cadre d'un contrat de volontariat encadré est indiqué pour le développement personnel et professionnel.

Ce type d'emploi doit être limité dans le temps. Une telle occupation peut toutefois être prolongée après évaluation conjointe par le service de placement concerné et l'entreprise sociale.

Ce type d'emploi ne doit toutefois être proposé que si aucune autre possibilité de formation ou d'emploi, y compris dans le domaine de l'économie sociale, n'est possible pour la personne concernée.

À cet égard, les indices sont, par exemple, que le placement a lieu à la demande d'une maison de soins psychiatriques et qu'il vise à offrir à la personne des possibilités d'emploi dans un cadre protégé en dehors de la maison de soins.

Les contrats de volontariat sont soumis à la réglementation telle que définie dans la loi du 3 juillet 2005 relative aux droits des volontaires.

Dans le 2°, c'est l'entreprise sociale qui est définie. Il s'agit des personnes morales suivantes : les asbl, les sociétés coopératives agréées comme entreprises sociales par le Service public fédéral Économie en application de l'article 8:5 du Code des sociétés et des associations ainsi que des initiatives de projet d'asbl ou de pouvoirs locaux qui respectent les principes mentionnés à l'article 1^{er}, alinéa 2.

Le 3° décrit les entreprises d'insertion sociale comme étant des entreprises sociales dont l'objectif social est principalement l'insertion socioprofessionnelle de personnes défavorisées sur le marché du travail.

Au 4° est expliqué ce qu'est un centre préparatoire et/ou d'intégration et en quoi consistent ses objectifs et ses missions. Il s'agit d'entreprises d'insertion sociale qui, dans le cadre d'une mesure préparatoire ou d'intégration, forment et accompagnent les personnes éloignées, voire très éloignées, du marché du travail telles que décrites au c).

Concrètement, cela signifie que le centre propose à ces personnes, dans ses différents domaines d'activité/ateliers/secteurs de formation, au moyen d'un concept pédagogique, une mesure adaptée à leurs besoins individuels aux fins d'une stabilisation psychosociale ou, selon le cas, d'une amélioration de leurs comportements sociaux et socioprofessionnels. Dans ce cas, il s'agit d'une mesure préparatoire.

Si des formations théoriques et pratiques ou des qualifications partielles peuvent être envisagées avec la personne, celle-ci participe à une mesure d'intégration.

Les participants sont également encouragés à effectuer des stages dans des entreprises. Ces stages peuvent avoir différentes orientations. Ils peuvent, par exemple, contribuer à découvrir ou à consolider les centres d'intérêt et les capacités des apprenants. Ils peuvent également avoir pour objectif de préparer à une formation plus qualifiante, comme un apprentissage ou une formation professionnelle individuelle en entreprise (ci-après « FPIE »), ou de viser la conclusion d'un contrat de travail par la suite.

Dans tous les cas, un accompagnement sociopédagogique doit être proposé au bénéfice de la personne en vue de son insertion socioprofessionnelle. Cet accompagnement peut varier en intensité.

Le placement s'opère par l'intermédiaire de services de placement, celui-ci se faisant en priorité par le biais de l'Office de l'emploi étant donné que les participants bénéficient d'un contrat de formation professionnelle de l'Office de l'emploi².

² En application de l'article 8 de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi.

Le 5° définit l'accompagnement sociopédagogique, qui joue un rôle primordial dans l'approche du public cible visé ici. Cet accompagnement doit être proposé dans les entreprises d'insertion sociale agréées et dans les centres préparatoires et d'intégration agréés au bénéfice des groupes cibles de personnes occupées et/ou d'apprenants ainsi que des personnes à accompagner.

L'intensité de cet accompagnement peut varier entre les entreprises d'insertion sociale et les centres préparatoires et d'intégration.

Dans tous les cas, il convient de fixer, avec l'apprenant/le travailleur, des objectifs de développement individuels visant à améliorer ses compétences sociales et/ou professionnelles, idéalement en vue d'une insertion sur le marché du travail ou de l'obtention d'une formation plus qualifiante.

L'intégration dans une formation plus qualifiante peut signifier la préparation à un apprentissage ou la conclusion d'un contrat d'apprentissage. De la même manière, la participation à une FPIE peut également constituer une évolution réussie, qui peut par la suite déboucher sur un contrat de travail.

Il est également possible de conclure un contrat de travail au terme, par exemple, d'une mesure d'intégration, souvent à l'aide d'une mesure de soutien comme l'article 60, § 7, ou d'une mesure AktiF (PLUS) destinée à promouvoir l'emploi.

Dans les cas où ces objectifs ne sont pas possibles ou semblent encore prématurés, d'autres objectifs de développement personnel, adaptés aux besoins de la personne concernée, doivent être formulés et poursuivis avec l'apprenant/le travailleur.

L'accompagnement sociopédagogique est défini au 5°. Il comprend l'accompagnement, la fourniture de conseils, la formation et l'orientation adaptés aux besoins de la personne défavorisée à accompagner. Le but recherché est toujours d'améliorer les compétences sociales et professionnelles de celle-ci. Le principal objectif est l'insertion durable sur le marché du travail ou bien l'obtention d'une formation plus qualifiante. Si les objectifs précités ne sont pas atteints ou du moins pas encore, d'autres objectifs de développement personnel peuvent aussi être envisagés. L'amélioration de sa situation socioprofessionnelle reste toutefois la priorité.

Au 6° est défini ce qu'il faut entendre par « accompagnateur » dans le présent décret. Outre les sociopédagogues, cela désigne également les formateurs, les instructeurs, les contremaîtres, etc., qui sont responsables de l'accompagnement, du soutien, de la formation, etc., des groupes cibles en matière d'emploi.

Lorsqu'il s'agit de répondre à une norme d'accompagnement, ces emplois d'accompagnateurs seront pris en compte.

Au 7° est définie l'insertion socioprofessionnelle dans le présent contexte. Il s'agit des différentes activités qui visent, font progresser ou favorisent la première insertion ou la réinsertion des groupes cibles définis sur le marché du travail. Pour atteindre cet objectif, les accompagnateurs transmettent aux groupes cibles des compétences et aptitudes sociales et/ou techniques et professionnelles. Parallèlement, ils accompagnent et soutiennent ces personnes en fonction de leurs besoins pendant leur formation ou leur contrat de travail.

Le 8° définit les pouvoirs locaux qui, dans le domaine de l'économie sociale, peuvent être des porteurs d'initiatives de projet.

Dans les 9°, 10° et 11° sont définis l'Office de l'emploi, l'Office pour une vie autodéterminée et les CPAS.

L'article habilite le Gouvernement à préciser d'autres modalités et conditions relatives aux volontaires encadrés.

Article 4

Cet article est le premier article du chapitre 2 relatif aux agréments régis par le présent décret. Il énumère les critères pour pouvoir être agréé comme entreprise sociale en Communauté germanophone.

Il s'agit tout d'abord des personnes morales suivantes : les asbl, les sociétés coopératives agréées comme entreprises sociales par le Service public fédéral Économie en application de l'article 8:5 du Code des sociétés et des associations ainsi que des initiatives de projet portées par des asbl et des pouvoirs locaux.

L'entreprise doit exercer une activité économique, c'est-à-dire fabriquer des produits ou proposer des services.

Une unité d'établissement doit être implantée en région de langue allemande et/ou les activités principales doivent se dérouler sur ce territoire. Cela permet, par exemple, d'agréer également des initiatives de projet émanant d'organismes ayant leur siège en région de langue française, mais dont les activités principales se déroulent en région de langue allemande.

En outre, il ne peut y avoir aucune violation des dispositions en matière de non-discrimination, de droit du travail, de droit social et de droit fiscal.

Le projet de décret prévoit que la direction dispose de connaissances suffisantes en gestion. Le Gouvernement peut déterminer ce qu'il faut entendre par « connaissances en gestion ».

Ledit agrément ouvre la possibilité d'un soutien à la mise en œuvre de projets novateurs, mais pas d'avantages dérivés ou de subventions pour le personnel d'accompagnement.

Article 5

Ce sont les entreprises d'insertion sociale qui constituent le niveau suivant des agréments. Pour pouvoir être agréé comme entreprise d'insertion sociale, tout organisme doit d'abord répondre aux critères d'une entreprise sociale agréée.

L'agrément comme entreprise d'insertion sociale est en outre soumis aux conditions suivantes : l'objectif social ou le contenu principal du projet doit s'inscrire dans le cadre de l'insertion socioprofessionnelle et au moins la moitié du personnel doit être composée de personnes défavorisées.

Cette dernière exigence est complétée par une disposition qui prévoit qu'elle ne s'applique pas aux nouveaux demandeurs et que ceux-ci disposent de trois ans pour s'y conformer.

Un accompagnement sociopédagogique est proposé et celui-ci est attesté au moyen d'un concept.

Une norme minimale d'accompagnement de 1 pour 10 est fixée.

Le Gouvernement est habilité à définir les personnes qui sont effectivement considérées comme des personnes défavorisées. Il convient de définir les personnes et les statuts qui sont assimilés à ces personnes défavorisées et sont donc pris en compte dans le calcul. Ce sera le cas, entre autres, des

personnes sous contrat de formation professionnelle dans le cadre d'une mesure préparatoire et d'intégration. En particulier pour ces organismes qui encadrent de nombreuses personnes sous contrat de formation, il est important que celles-ci soient également comptabilisées à leur avantage.

Il faut également prévoir, par exemple, que les travailleurs mis à la disposition de l'entreprise d'insertion sociale par un CPAS soient également pris en compte dans le recensement de l'effectif.

Par ailleurs, le Gouvernement est habilité à fixer les critères minimaux que le concept sociopédagogique doit remplir.

En outre, le Gouvernement peut fixer des exigences minimales relatives au personnel encadré auxquelles les nouveaux demandeurs doivent satisfaire pendant la période de transition de trois ans.

Le Gouvernement peut en outre fixer les prescriptions en ce qui concerne les connaissances en gestion à l'intention de la direction de l'entreprise sociale.

L'agrément comme entreprise d'insertion sociale ouvre le droit à divers avantages importants qui en découlent. D'une part, les entreprises d'insertion sociale peuvent bénéficier de la mise à disposition par un CPAS de travailleurs en vertu de l'article 60, § 7, avec une subvention majorée. Cette réglementation fait partie des compétences de la Communauté germanophone depuis le 1^{er} janvier 2016.

L'agrément ouvre également le droit, sous certaines conditions, à l'application du taux de TVA de 6 % et à l'exonération du paiement de l'impôt sur les bénéfices.

Ces derniers avantages relèvent de la compétence de l'État fédéral.

Un autre avantage qui découle de cet agrément concerne les marchés publics. Deux directives européennes (2014/24/UE et 2014/25/UE) et plus précisément leurs instruments de transposition, notamment l'article 15 de la loi du 17 juin 2016 relative aux marchés publics, disposent que l'accès à la procédure de passation des marchés peut être réservé aux entreprises dont l'objet principal est l'insertion de personnes défavorisées telles que certaines catégories de demandeurs d'emploi. Les entreprises d'insertion sociale agréées répondraient vraisemblablement à cette condition.

Article 6

Cet article règle pour la première fois dans un texte juridique l'agrément comme centre préparatoire et d'intégration en Communauté germanophone.

Pour pouvoir être agréé comme tel, l'agrément comme entreprise d'insertion sociale est une condition préalable.

Le centre propose aux personnes défavorisées, dans ses différents domaines d'activité/ateliers/secteurs de formation, une mesure préparatoire lorsque des mesures de stabilisation psychosociale ou d'amélioration des comportements sociaux et socioprofessionnels sont préconisées.

Si des formations théoriques et pratiques ou des qualifications partielles peuvent être envisagées avec la personne, celle-ci participe à une mesure d'intégration, également dans les ateliers et les domaines d'activité qui sont à sa disposition.

Les participants sont également encouragés à effectuer des stages dans des entreprises. Ces stages peuvent poursuivre des objectifs différents. Ils peuvent, par exemple, contribuer à découvrir ou à

consolider les centres d'intérêt et les capacités des apprenants. Ils peuvent également avoir pour objectif de préparer à une formation plus qualifiante, comme un apprentissage ou une FPIE, ou de viser la conclusion d'un contrat de travail par la suite.

Dans tous les cas, il convient de garantir une adaptation aux besoins individuels des participants et un accompagnement sociopédagogique au bénéfice de la personne en vue de son insertion socioprofessionnelle. Cet accompagnement peut varier en intensité.

En raison du public cible, constitué de personnes éloignées, voire très éloignées, du marché du travail, il convient de prévoir un taux d'accompagnement plus réduit, à savoir un accompagnateur pour six participants.

Le Gouvernement est habilité à déterminer le nombre de centres préparatoires et d'intégration en Communauté germanophone et, le cas échéant, leurs domaines d'activité territoriaux ou professionnels respectifs.

Il peut également fixer un pourcentage minimum de recettes propres à générer ainsi qu'un nombre minimum de participants à encadrer.

Enfin, le Gouvernement est habilité à fixer d'autres conditions et modalités d'agrément.

Article 7

Cet article fixe la procédure d'agrément.

Le paragraphe 1^{er} dispose qu'à cette fin, une demande doit être introduite et qu'elle doit démontrer qu'il est satisfait aux exigences correspondantes.

En principe, l'agrément est prononcé pour une durée indéterminée. Le Gouvernement peut toutefois définir d'éventuels cas exceptionnels dans lesquels un agrément temporaire est prononcé. Cela pourrait être le cas, par exemple, d'un nouvel organisme qui a demandé l'agrément comme entreprise d'insertion sociale et qui, après trois ans, n'emploie ou ne forme toujours pas 50 % de personnes défavorisées.

Le paragraphe 2 détermine qu'une nouvelle demande d'agrément doit être introduite lorsque l'agrément octroyé pour une durée déterminée, le cas échéant, a expiré.

Une nouvelle demande doit également être introduite si le Gouvernement ou les agents chargés du contrôle constatent que les données ne correspondent plus à la réalité ou qu'elles doivent éventuellement être adaptées dans l'agrément. Par exemple, il se peut qu'une asbl agréée comme entreprise d'insertion sociale n'oriente plus ses activités principalement vers l'insertion socioprofessionnelle. Dans un tel cas, l'agrément comme entreprise d'insertion sociale pourrait être transformé en un agrément comme entreprise sociale. L'inverse est également possible, à savoir l'agrément comme entreprise sociale peut être transformé en agrément comme entreprise d'insertion sociale.

Le paragraphe 3 régit les habilitations octroyées au Gouvernement à cet égard. Elles concernent la forme et le contenu de la demande, les procédures et les autres modalités ou conditions d'obtention de l'agrément. Les procédures administratives en cas d'agrément temporaire ou à durée indéterminée et enfin les voies de recours en cas de refus peuvent également être déterminées par le Gouvernement.

Article 8

L'article 8 règle le maintien des agréments respectifs en fixant les différentes obligations y afférentes. Elles concernent, d'une part, le respect des obligations, définies pour chaque agrément. D'autre part, elles se rapportent à la fourniture effective de l'offre à mettre en œuvre.

Cette fourniture doit en tout cas s'opérer dans le respect des exigences définies.

Par ailleurs, les entreprises sociales, entreprises d'insertion sociale et centres préparatoires et d'intégration agréés sont tenus de remettre chaque année un rapport d'activités.

Le Gouvernement est habilité à fixer d'autres obligations pour le maintien de l'agrément.

Article 9

L'article 9 régit le retrait de l'agrément.

Le paragraphe 1^{er}, alinéa 1^{er}, dispose que, dans un premier temps, si le demandeur ne respecte pas les obligations, le Gouvernement l'invite à se conformer à ces exigences.

L'alinéa 2 explicite que si le demandeur ou, selon le cas, le titulaire de l'agrément ne répond pas à cette demande ou y répond de manière insuffisante, le Gouvernement peut, dans ce cas, soit suspendre soit retirer l'agrément.

À cet égard, le Gouvernement est habilité à définir la procédure correspondante par voie d'arrêté et à déterminer les voies de recours à l'encontre de la décision de retrait ou de suspension. Dans ce cas, le Gouvernement informe toutes les autorités intéressées.

Le paragraphe 2 détermine que pendant la suspension ou la procédure de retrait, aucune aide ne peut être octroyée ou alors de manière réduite, tel que ce qui est défini au chapitre 3.

Le paragraphe 3 habilite le Gouvernement à établir une liste de faits pouvant, le cas échéant, conduire à l'exclusion de l'entreprise de l'application du présent décret pour une durée maximale de cinq ans.

Article 10

Le chapitre 3 régit le subventionnement des entreprises agréées et le soutien aux projets novateurs.

L'article 10 ouvre la possibilité d'octroyer une subvention pour le personnel d'accompagnement aux entreprises d'insertion sociale et aux centres préparatoires et d'intégration qui ne bénéficient d'aucune subvention pour le personnel versée par un autre département, en dehors d'éventuelles subventions AktiF et AktiF PLUS.

La plupart des entreprises sociales de la Communauté germanophone disposent de subventions correspondantes qui sont versées en vertu d'autres domaines de compétence. Dans ce cadre, ces entreprises ne peuvent prétendre à un soutien. Cet article vise à couvrir les entreprises qui ne bénéficient pas d'autres subventions structurelles ou d'une subsideation des frais de personnel de la part de la Communauté germanophone.

Le projet de décret prévoit que les accompagnateurs disposent d'une qualification suffisante ou d'une expérience professionnelle pertinente.

Une autre condition pour obtenir cette subside des frais de personnel est que les accompagnateurs doivent avoir été d'une conduite irréprochable dans les domaines pertinents pour leur fonction au cours des quinze dernières années. Cette condition vise à protéger les personnes faisant l'objet d'une protection, à savoir les participants et les personnes occupées qui sont encadrés, accompagnés et formés par ces accompagnateurs.

Il n'est pas possible à ce stade de rédiger une liste exhaustive.

À titre d'exemple, il ne devrait pas y avoir de condamnations pour des délits de coups et blessures, de trafic de drogues et d'abus de drogues, des crimes sexuels, la diffusion d'idées discriminatoires d'extrême droite, ou encore des délits violents, etc.

L'intention n'est pas ici de prendre en considération, par exemple, les infractions au Code de la route en tant qu'aspects pertinents pour la fonction.

Si les conditions susmentionnées sont remplies, le Gouvernement conclut un contrat de subventionnement dans lequel sont fixés le montant de la subvention et les modalités de liquidation.

Afin d'éviter un éventuel double subventionnement dans le cas des subventions AktiF et AktiF PLUS, l'alinéa 2 dispose que celles-ci sont déduites.

Le Gouvernement est habilité à fixer les exigences en matière d'expérience professionnelle et de qualification des accompagnateurs à subventionner ainsi que les domaines pertinents pour la fonction d'accompagnateur dans lesquels celui-ci doit pouvoir justifier d'une conduite irréprochable.

Il peut définir les documents à fournir lors de la demande de subvention, régler la procédure de demande et déterminer les autres modalités de calcul et de liquidation.

Le Gouvernement peut également fixer d'autres modalités de subventionnement.

Article 11

Le décret prévoit également le soutien aux projets novateurs.

L'article 11 régit le soutien aux projets novateurs, qui peut être accordé sur la base d'une demande introduite par une entreprise sociale agréée, une entreprise d'insertion sociale agréée ou un centre préparatoire et d'intégration agréé.

Ce type de soutien est limité à trois ans étant donné qu'il s'agit d'un financement de démarrage. Ces aides doivent soutenir la phase de démarrage et, ce faisant, permettre de tester la faisabilité et la pertinence de nouveaux projets pilotes en région de langue allemande.

À cette fin, il est nécessaire que ces projets soient réalisés principalement en région de langue allemande ou bien qu'ils s'adressent principalement aux personnes défavorisées dont le domicile se situe en région de langue allemande.

Un contrat est conclu entre le demandeur et le Gouvernement, dans lequel les modalités de cette aide sont définies.

Le paragraphe 2 précise les données que doit contenir la demande.

Le demandeur est tenu de soumettre une évaluation du projet trois mois avant son terme.

Le paragraphe 3 prévoit la possibilité pour les projets approuvés pour une durée inférieure à trois ans de prolonger cette durée, sans que la période de soutien dépasse trois ans au total.

Le paragraphe 4 habilite le Gouvernement à préciser tout d'abord ce qu'il faut entendre par « projet novateur ». Il est par exemple possible de prendre en considération les projets qui répondent à une demande à laquelle il n'a pas du tout été répondu jusqu'à présent ou de manière insuffisante, qui visent à promouvoir l'économie sociale en région de langue allemande, qui contribuent à la création et au développement d'entreprises sociales, ou encore qui favorisent l'insertion socioprofessionnelle de personnes défavorisées en région de langue allemande.

En outre, le Gouvernement est habilité à fixer les frais subsidiables et le montant ainsi que la nature du subventionnement. Par « nature du subventionnement », il faut entendre des subventions ou des prêts sans intérêt.

Par ailleurs, le Gouvernement peut préciser d'autres aspects concernant la procédure de demande, l'évaluation et les documents à introduire.

Article 12

L'article 12 règle le soutien aux projets novateurs soumis dans le cadre d'un appel à projets lancé par le Gouvernement.

Le paragraphe 1^{er} permet au Gouvernement de rédiger un concept de promotion de l'économie sociale locale et/ou de définir des priorités en matière de contenu.

Dans le cadre de ce concept de promotion ou des priorités définies, le Gouvernement peut lancer un appel à projets auquel les entreprises agréées dans ce cadre peuvent répondre.

La période de soutien est limitée à trois ans.

Les critères de soutien sont les suivants : le projet pilote doit répondre au concept ou aux priorités, présenter un caractère novateur et le lieu de mise en œuvre doit se situer en région de langue allemande.

Un contrat est conclu entre le Gouvernement et l'entreprise, dans lequel les modalités de cette aide sont définies.

Le paragraphe 2 dispose que la demande à soumettre à la suite de l'appel à projets doit être conforme aux exigences de l'article 11, § 2. Lors du traitement de la demande, l'article 11, § 2, alinéas 2 et 3, et § 3, est applicable.

Le paragraphe 3 prévoit que le Gouvernement peut préciser ce qu'il faut entendre par « caractère novateur » et fixer les frais subsidiables et le montant ainsi que la nature du soutien. Il peut également définir d'autres procédures de demande, ainsi que des critères d'évaluation et les documents à introduire.

Article 13

L'article 13 introduit au niveau décréto une réglementation pour les « conventions relatives à l'emploi de personnel d'accompagnement et de formation dans le secteur de l'économie sociale », qui prévoient à l'heure actuelle une subvention pour le personnel d'accompagnement et de formation. Ces conventions concernent le subventionnement de personnes dont l'ancien contrat de travail TCS a été transformé en contrat de travail classique au 1^{er} janvier 2018. Cette transformation a eu pour conséquence que les moyens financiers correspondants ont été transférés du budget Emploi aux départements compétents, et que ceux-ci devaient garantir le subventionnement des travailleurs

concernés. Concrètement, il s'agit de quatre organismes d'économie sociale qui, au 1^{er} janvier 2018, n'ont pas pu être rattachés à un autre département en raison d'une convention existante. Ils ont par conséquent été classés dans le domaine de compétence de l'économie sociale.

Jusqu'à présent, ces conventions étaient conclues chaque année avec le ministre compétent en matière d'Économie sociale et étaient réglées, d'un point de vue comptable, par un cavalier budgétaire. Le présent décret donne à ces conventions une base décrétable durable.

Par conséquent, l'article est également adapté à ces organismes ou, selon le cas, à leur situation.

Les 3° et 4° fixent les conditions que doivent remplir les accompagnateurs qui font l'objet d'une subvention dans ce cadre. Ces conditions concernent les qualifications et l'expérience professionnelle, ainsi que la présentation d'un certificat de bonnes vie et mœurs, lequel prouve que l'accompagnateur a été d'une conduite irréprochable dans les domaines pertinents pour sa fonction au cours des quinze dernières années (voir le commentaire relatif à l'article 10).

Si les conditions énumérées sont remplies, le Gouvernement conclut un contrat avec l'entreprise, dans lequel sont fixés le montant de la subvention et les modalités de liquidation.

Le Gouvernement est habilité à fixer les exigences en matière de qualifications et d'expérience professionnelle des accompagnateurs ainsi que les domaines pertinents pour la fonction d'accompagnateur dans lesquels celui-ci doit pouvoir justifier d'une conduite irréprochable.

Le Gouvernement peut également fixer d'autres modalités de subventionnement.

Article 14

Les entreprises agréées sont tenues de respecter les obligations et conditions fixées dans le présent projet de décret en vue de l'obtention des subventions et des aides.

Si l'entreprise concernée ne respecte pas ces obligations et conditions, elle sera invitée à prendre position à cet égard.

Le Gouvernement peut mettre en demeure un bénéficiaire de subventions et suspendre pour une période limitée dans le temps l'octroi des subventions et finalement le supprimer.

Le Gouvernement est habilité à fixer la procédure de mise en demeure, de suspension et de suppression.

En application du paragraphe 3, l'entreprise obtient la possibilité d'introduire une réclamation par lettre recommandée dans un délai d'un mois.

Article 15

Le contrôle et les remboursements des subventions octroyées s'opèrent conformément aux dispositions de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes.

Article 16

Pour autant qu'ils ne soient pas soumis à des dispositions légales ou décrétables contraires, le Gouvernement, les entreprises d'insertion sociale ainsi que toutes les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent projet de décret et de ses dispositions d'exécution sont tenus de

traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission.

La disposition générale relative à la confidentialité n'impose pas le secret professionnel au sens juridique du terme. En effet, le projet de décret ne prévoit aucune sanction pénale pour d'éventuelles infractions au présent article.

« Sans préjudice de dispositions légales, décrétales ou réglementaires particulières » signifie que dans les cas où la transmission de données est prévue par la loi ou si elle est nécessaire à l'exécution du présent projet de décret, la clause de confidentialité ne peut être invoquée à l'encontre de cette transmission.

Article 17

Le paragraphe 1^{er} prévoit que le Gouvernement est considéré comme responsable du traitement des données mentionnées à l'article 19, alinéa 1^{er}, au sens du règlement général sur la protection des données, et ce, pour les finalités telles que régies par l'article 20, § 1^{er}.

Le paragraphe 2 prévoit que les entreprises d'insertion sociale agréées dans le cadre de ce décret sont responsables du traitement des données mentionnées à l'article 19, alinéa 2, et ce, pour les finalités concrètes telles que définies à l'article 20, § 2. Les entreprises d'insertion sociale sont, à cet égard, responsables du traitement des données au sens du règlement général sur la protection des données.

Article 18

D'une part, il est important pour le Gouvernement et son administration, dans le cadre du présent projet de décret, de pouvoir traiter un certain nombre de données médicales étant donné que le Gouvernement et son administration doivent pouvoir vérifier que les entreprises d'économie sociale proposent effectivement leur offre aux personnes défavorisées et remplissent donc les conditions d'agrément prévues aux articles 5 et 6.

Avant toute chose, c'est l'obligation d'occuper et/ou de former des personnes défavorisées qui doivent représenter 50 % du personnel pour l'obtention de l'agrément comme entreprise d'insertion sociale qui sera examinée. Cette vérification se fait sur la base des listes de personnel et des attestations des services de placement indiquant que les travailleurs ou les apprenants font partie des personnes défavorisées définies. En fonction de la manière dont l'attestation est établie, elle peut indiquer qu'il existe au moins un dossier médical. Toutefois, celui-ci n'est pas nécessairement consulté par le Gouvernement ou l'administration, selon le cas. Cela peut néanmoins se produire dans des cas particuliers.

Font partie des dites personnes défavorisées les bénéficiaires des mesures AktiF et AktiF PLUS qui doivent pouvoir présenter une attestation AktiF *ad hoc* délivrée par l'Office de l'emploi en application du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi et de son arrêté d'exécution correspondant du 28 septembre 2018. Les bénéficiaires des mesures AktiF PLUS peuvent être des personnes qui ont, entre autres, une capacité de travail réduite. Est considéré comme ayant une capacité de travail réduite, par exemple, le demandeur d'emploi qui remplit les conditions médicales pour pouvoir prétendre à une allocation de remplacement de revenus ou à une allocation d'intégration dans le cadre de la législation relative aux personnes handicapées.

Un autre critère pour être considéré comme ayant une capacité de travail réduite est l'incapacité de travail permanente de 33 % constatée par un médecin de l'Office national de l'emploi.

L'examen de ces critères est effectué par l'Office de l'emploi et est logiquement soumis à l'autorisation de traiter des données relatives à la santé dans le cadre de sa mission, telle que définie dans le cadre juridique correspondant.

Dans ces cas, le Ministère n'a pas automatiquement connaissance de l'obstacle au placement qui a été déterminant pour la délivrance d'une attestation AktiF PLUS en raison d'une capacité de travail réduite. En cas de doute ou lors d'un contrôle, un examen approfondi par le Ministère peut néanmoins être nécessaire.

En ce qui concerne les volontaires encadrés qui font partie également des personnes défavorisées, le Ministère peut constater, par exemple, que le placement a été opéré par l'intermédiaire d'un organisme actif dans le domaine de la psychiatrie. Dans ce contexte, le Ministère ne demande pas plus d'informations.

Conformément aux dispositions du règlement général sur la protection des données, le traitement des données est réalisé par un professionnel des soins de santé ou par une personne soumise au secret professionnel.

En l'absence d'un tel professionnel, le consentement de la personne concernée est nécessaire.

D'autre part, en application du présent projet de décret, les entreprises d'insertion sociale agréées et les centres préparatoires et d'intégration agréés sont tenus d'occuper, de former et d'accompagner des personnes défavorisées.

En ce qui concerne l'accompagnement sociopédagogique dans les entreprises d'insertion sociale et les centres préparatoires et d'intégration, il est nécessaire que les personnes concernées bénéficient d'un accompagnement adapté à leurs besoins. À cet égard, les aspects médicaux peuvent s'avérer importants afin de pouvoir offrir un accompagnement adapté en fonction et dans l'intérêt de la personne.

Afin d'accomplir lesdites missions, les entreprises d'insertion sociale traitent également des données relatives à la santé.

Pour elles aussi, ces données doivent être traitées par un professionnel des soins de santé. En l'absence d'un tel professionnel, le traitement ne peut être effectué qu'avec le consentement de la personne concernée.

Article 19

Cet article énumère tout d'abord les catégories de données à caractère personnel qui peuvent être traitées, d'une part, par le Gouvernement et, d'autre part, par les entreprises d'insertion sociale.

L'alinéa 1^{er} définit les données que le Gouvernement peut traiter et qui concernent, d'un côté, les personnes accompagnées par les entreprises d'insertion sociale et, de l'autre, les accompagnateurs qui y travaillent.

Le traitement par le Gouvernement du numéro de registre national des personnes accompagnées est nécessaire pour vérifier si elles sont effectivement considérées comme des personnes défavorisées et pour écarter tout doute à ce propos.

Dans ce contexte, la personne doit être clairement identifiable.

Parmi les personnes défavorisées définies dans le projet de décret figurent, par exemple, les bénéficiaires des mesures AktiF et AktiF PLUS qui possèdent une attestation AktiF de l'Office de l'emploi correspondante sur laquelle est indiqué le numéro de registre national.

Elles comptent également les travailleurs visés à l'article 60, § 7, mis à disposition par le CPAS, sur les contrats de travail desquels, le cas échéant, le numéro de registre national est mentionné.

Pour le Gouvernement, les autres données telles que la qualification, les compétences, l'expérience professionnelle, les données relatives à la situation socioprofessionnelle ou celles relatives à la santé physique et psychique doivent être présentées plus spécifiquement, lors d'un contrôle éventuel le cas échéant.

En ce qui concerne les accompagnateurs employés par les entreprises d'insertion sociale, y compris ceux employés par les centres préparatoires et d'intégration, il est nécessaire de consulter, outre le numéro de registre national, des informations sur le niveau de formation ou les expériences professionnelles et les données socioprofessionnelles. Il faut en effet s'assurer que les personnes accompagnées ne le sont que par des accompagnateurs qui possèdent les prérequis nécessaires pour la fonction à assumer, c'est-à-dire qui peuvent présenter un diplôme correspondant ou faire appel à des expériences professionnelles pertinentes.

En outre, les données judiciaires sous la forme d'un extrait du casier judiciaire sont demandées. Celles-ci doivent montrer, dans l'intérêt des groupes de personnes vulnérables, que le personnel de formation et d'accompagnement n'a commis aucun acte répréhensible dans les domaines pertinents pour la fonction.

En effet, les personnes accompagnées constituent le plus souvent un groupe de personnes particulièrement vulnérables et influençables, et il serait inacceptable et irresponsable que leur situation socioprofessionnelle, voire personnelle, se dégrade encore davantage en raison d'un accompagnement incorrect ou négligent. Pour cette raison, un certificat de bonnes vie et mœurs irréprochable doit pouvoir être présenté dans les domaines pertinents pour la fonction à exercer (voir articles 10 et 13).

Les pièces justificatives relatives aux salaires des accompagnateurs doivent être présentées au Gouvernement en vue du subventionnement. Celui-ci s'appuie en effet sur les frais de personnel réels concernant les accompagnateurs.

Enfin, les données concernant les dettes fiscales et sociales de l'entreprise sociale concernée sont également consultées. Cela est effectué par l'intermédiaire de la base de données « Télémarc » et vise à vérifier si l'entreprise respecte ses obligations dans les domaines du droit fiscal, droit social et du droit du travail.

Conformément à l'alinéa 2, les entreprises d'insertion sociale peuvent également traiter des catégories de données à caractère personnel.

Pour ce qui concerne les personnes qu'elles accompagnent, les données relatives à l'identité et au registre national sont nécessaires pour s'assurer, avec certitude, que lesdites personnes sont effectivement considérées comme des personnes défavorisées et que l'entreprise d'insertion sociale respecte la condition selon laquelle les personnes défavorisées représentent 50 % de son personnel.

Les entreprises d'insertion sociale ont besoin des données concernant la qualification, les compétences et l'expérience professionnelle ainsi que des données relatives à la situation socioprofessionnelle, afin de pouvoir mettre en place un accompagnement, une formation et un

placement qui soient bénéfiques autant que possible à la personne à accompagner et qui correspondent à ses besoins.

Dans certaines situations, il peut également être utile à cette fin que l'entreprise d'insertion sociale dispose des données relatives à la santé de la personne à accompagner, afin qu'elle puisse adapter au mieux son offre aux besoins de celle-ci.

L'entreprise d'insertion sociale doit aussi disposer de certaines données à caractère personnel concernant les accompagnateurs qu'elle occupe. Celles-ci comprennent les données relatives à l'identité, y compris le numéro de registre national.

Les données concernant la qualification, les compétences, l'expérience professionnelle ainsi que les données relatives à la situation socioprofessionnelle sont également demandées.

Les données judiciaires sous la forme d'un extrait du casier judiciaire sont également traitées, afin de s'assurer que l'accompagnateur à engager est d'une conduite irréprochable dans les domaines pertinents pour une bonne exécution de sa fonction.

Une habilitation du Gouvernement à préciser les données énumérées aux alinéas 1^{er} et 2 est prévue.

Article 20

Cet article établit pour quelles finalités les catégories de données mentionnées à l'article 19 peuvent être traitées.

Le paragraphe 1^{er} fixe les finalités pour lesquelles le Gouvernement collecte et traite les données à caractère personnel définies.

Ces finalités concernent l'octroi de l'agrément et de la subvention en application du présent décret. La collecte des données est également effectuée à des fins de contrôle, étant donné qu'il s'agit de vérifier, d'une part, si les conditions d'agrément et de subventionnement sont respectées et, d'autre part, s'il est bien procédé à l'établissement de rapports.

Le paragraphe 2 précise les finalités pour lesquelles les entreprises d'insertion sociale peuvent consulter et traiter des données à caractère personnel.

Ces données, aussi bien celles concernant les personnes à accompagner que celles relatives aux accompagnateurs, sont nécessaires pour demander et conserver l'agrément. La collecte et le traitement visent également à ce que les conditions de subventionnement soient respectées et maintenues.

Ils permettent aussi de pouvoir répondre à l'obligation en matière d'établissement de rapports.

Enfin, les données à caractère personnel concernant les personnes défavorisées à accompagner sont collectées afin de pouvoir exécuter correctement et de manière appropriée la mission d'accompagnement.

Les entreprises d'insertion sociale doivent s'assurer qu'elles traitent les données relatives à la santé physique et psychique de la personne accompagnée dans le seul but de garantir que ladite personne exécute sur le lieu de mission uniquement les tâches qui sont compatibles avec les contraintes liées à sa santé.

Pour ce qui concerne l'extrait du casier judiciaire des accompagnateurs, les données y afférentes ne peuvent être traitées que pour s'assurer que l'accompagnateur concerné est d'une conduite irréprochable dans les domaines pertinents pour sa fonction.

Article 21

Cet article règle le délai de conservation des données collectées. Ce délai est limité à deux ans, après que la personne accompagnée ou l'accompagnateur a quitté l'entreprise d'insertion sociale ou, selon le cas, a cessé de bénéficier de la mesure préparatoire ou d'intégration.

Une dérogation est prévue en ce qui concerne les pièces justificatives relatives aux salaires définies à l'article 19, alinéa 1^{er}, 2°, f), pour les accompagnateurs subventionnés dans le cadre du présent décret. Lesdites pièces justificatives sont conservées jusqu'à dix ans.

Article 22

Par cet article, le Gouvernement ainsi que les entreprises d'insertion sociale agréées et les centres préparatoires et d'intégration agréés sont tenus d'appliquer des règles de sécurité appropriées lors du traitement des données mentionnées à l'article 19. Lesdites règles peuvent être de nature technique et organisationnelle, par exemple.

Le Gouvernement est habilité à préciser les mesures de sécurité à appliquer en ce qui concerne les données à caractère personnel et à prendre d'autres mesures d'ordre technique ou organisationnel afin d'adapter au mieux le niveau de sécurité aux risques encourus.

Article 23

La coopération et le travail en réseau sont régis par l'article 23. Il s'agit de la collaboration entre les entreprises sociales agréées, mais aussi de celle avec d'autres acteurs tels que les services de placement, les partenaires sociaux, etc.

Le travail en réseau a pour objectif d'évaluer l'application du décret, d'optimiser le secteur et de permettre un échange entre les acteurs. Des actions communes peuvent également être menées par le réseau.

Le Gouvernement est habilité à fixer la composition, les autres modalités relatives aux missions du réseau ainsi que son fonctionnement.

Article 24

L'article 24 régit les obligations en matière d'établissement de rapports incombant aux entreprises agréées, lesquelles doivent remettre un rapport d'activités chaque année.

Le Gouvernement utilisera les rapports d'activités qui, le cas échéant, sont déjà disponibles dans d'autres départements, à condition qu'il soit satisfait aux exigences fixées dans ce contexte.

Le Gouvernement fixe les délais, la structure et les exigences minimales concernant les autres contenus du rapport.

Le paragraphe 2 prévoit que les entreprises agréées sont tenues de fournir des données statistiques annuelles sur le nombre de personnes occupées et formées.

Il s'agit de données anonymes et agrégées qui sont en particulier utilisées pour établir les chiffres de l'emploi du secteur sur la base de données valides et suivre leur évolution.

En ce qui concerne cette collecte d'informations, le Gouvernement peut déterminer la forme, les délais et la nature des données à fournir. Il veille à ce qu'il ne soit pas possible de remonter jusqu'à des personnes individuelles.

Article 25

Le chapitre 7 contient les dispositions finales.

Cet article complète le décret relatif au contrôle et à la procédure concernant l'imposition d'amendes administratives dans le domaine de la politique de l'emploi de sorte que le présent décret soit soumis au contrôle des inspecteurs sociaux de la Communauté germanophone.

En outre, un alinéa est abrogé à l'article 4, § 1^{er}, qui constituait jusqu'ici la base générique pour le contrôle de l'application des dispositions juridiques dans le domaine de l'économie sociale.

Article 26

Cet article contient une disposition transitoire qui concerne les agréments antérieurs fondés sur les textes législatifs fédéraux.

Il est précisé que les agréments actuels comme entreprise fédérale d'insertion, qui courent jusqu'au 31 décembre 2026 pour ces organismes, sont maintenus.

En outre, les initiatives d'économie sociale, les projets pilotes et les expériences novatrices agréés comme tels conformément aux dispositions de l'arrêté ministériel du 10 octobre 2004 établissant la liste des initiatives d'économie sociale en vue de l'octroi d'une subvention majorée de l'État aux centres publics d'action sociale pour des initiatives spécifiques d'insertion sociale dans l'économie sociale restent agréés conformément à l'arrêté ministériel précité jusqu'au 31 décembre 2026.

Il est prévu que les organismes agréés jusqu'au 31 décembre 2026 comme entreprise fédérale d'insertion ou, selon le cas, comme initiative d'économie sociale, projet pilote et expérience novatrice soient également soumis jusqu'à cette date aux conditions qui sous-tendent cet agrément.

Toutefois, il est également prévu que ces entreprises, initiatives d'économie sociale, projets pilotes et expériences novatrices puissent demander une subvention conformément aux dispositions du chapitre 3 du présent décret.

Article 27

Le décret doit entrer en vigueur le 1^{er} janvier 2024.

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement
A. ANTONIADIS

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret relatif à l'agrément et à la promotion des entreprises du secteur de l'économie sociale

Chapitre 1^{er} – Dispositions générales

Article 1^{er} – Objet

Le présent décret fixe le cadre pour l'agrément des entreprises sociales, des entreprises d'insertion sociale et des centres préparatoires et d'intégration dans le secteur de l'économie sociale.

Par « économie sociale » au sens du présent décret, il faut entendre les activités économiques productrices de biens ou de services, exercées en région de langue allemande par des sociétés et associations, dont l'éthique se traduit par l'ensemble des principes suivants :

- 1° leur objet social est la concrétisation d'un objectif social et/ou la poursuite d'activités qui répondent à un besoin social ou au besoin d'un groupe spécifique de personnes;
- 2° elles utilisent leurs revenus pour atteindre l'objectif social, le développer ou investir dans d'autres initiatives sociales;
- 3° elles disposent d'une autonomie administrative;
- 4° elles cultivent un système de prise de décision participatif;
- 5° elles mettent en œuvre leurs activités dans le sens d'un développement écologique, local et durable.

Le Gouvernement peut préciser les principes mentionnés à l'alinéa 2.

Art. 2 – Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

Art. 3 – Définitions

Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

- 1° personnes défavorisées : les personnes ci-après qui sont éloignées, voire très éloignées, du marché du travail :
 - a) les bénéficiaires des mesures AktiF et AktiF PLUS : les demandeurs d'emploi inoccupés décrits dans le chapitre 2 du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi qui remplissent les conditions respectives qui y sont mentionnées;
 - b) les personnes mentionnées à l'article 60, § 7, de la loi organique du 8 juillet 1976 des centres publics d'action sociale;
 - c) les personnes qui, conformément aux critères et modalités de détermination fixés par le Gouvernement et en raison de plusieurs obstacles au placement, ne sont pas en mesure de fournir des prestations de travail dans le cadre d'un contrat de travail ou de suivre une formation plus qualifiante pendant une période prolongée;
 - d) les volontaires encadrés : les personnes pour lesquelles un service de placement ou un organisme actif dans le domaine de la psychiatrie a estimé qu'une occupation dans le cadre d'un volontariat encadré était indiquée pour leur développement personnel et professionnel;
- 2° entreprise sociale : les personnes morales mentionnées à l'article 4, 1°, a) et b), ou, selon le cas, les initiatives de projet menées par des pouvoirs locaux ou des associations sans but lucratif qui se caractérisent, dans l'exercice de leur objet social ou du contenu de leur projet, par le respect ou la mise en œuvre des principes mentionnés à l'article 1^{er}, alinéa 2;

3° entreprise d'insertion sociale : les personnes morales mentionnées à l'article 5, 1°, a) et b) ou, selon le cas, les initiatives de projet menées par des pouvoirs locaux ou des associations sans but lucratif qui, dans la mise en œuvre du principe décrit à l'article 1^{er}, alinéa 2, 1°, visent principalement l'insertion socioprofessionnelle de personnes défavorisées;

4° centre préparatoire et d'intégration : une entreprise d'insertion sociale agréée conformément au présent décret dont l'activité principale consiste à proposer aux personnes mentionnées au 1°, c), une ou plusieurs mesures préparatoires et d'intégration fixées par le Gouvernement avec pour objectif de proposer à ces personnes soit une ou plusieurs mesures adaptées à leurs besoins aux fins d'une stabilisation psychosociale ou, selon le cas, d'une amélioration de leurs comportements sociaux et socioprofessionnels, soit des formations théoriques et pratiques ou, selon le cas, des qualifications partielles;

5° accompagnement sociopédagogique : la prestation qui comprend l'accompagnement, la formation et/ou l'orientation individualisés de personnes défavorisées par un ou plusieurs accompagnateurs et qui vise à améliorer les qualifications sociales et/ou professionnelles en vue de :

a) l'insertion durable et de qualité de ces personnes sur le marché du travail;

b) l'achèvement d'une formation plus qualifiante;

c) la réalisation d'autres objectifs de développement personnel, si la concrétisation des objectifs mentionnés aux a) et b) n'est pas possible ou semble prématurée;

6° accompagnateur : les personnes qui disposent d'un contrat de travail au sein d'une entreprise d'insertion sociale agréée ou d'un centre préparatoire et d'intégration agréé et dont les activités exercées en qualité d'accompagnateur comprennent l'accompagnement sociopédagogique;

7° insertion socioprofessionnelle : toutes les activités qui, par l'acquisition de compétences sociales et professionnelles, favorisent et visent l'emploi et l'accompagnement ainsi que l'insertion et la réinsertion de personnes défavorisées sur le marché du travail;

8° pouvoirs locaux : les autorités ci-après actives en région de langue allemande :

a) les communes;

b) les associations de communes;

c) les centres publics d'action sociale;

d) les associations de centres publics d'action sociale;

e) les intercommunales;

f) les régies communales autonomes;

g) les provinces;

h) les associations de provinces;

i) les régies provinciales;

9° Office de l'emploi : l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone;

10° Office pour une vie autodéterminée : l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

11° CPAS : les centres publics d'action sociale situés en région de langue allemande.

Le Gouvernement précise les autres modalités et conditions pour être classé comme volontaire encadré au sens de l'alinéa 1^{er}, 1°, d).

Chapitre 2 – Agrément

Art. 4 – Agrément comme entreprise sociale

Le Gouvernement peut agréer comme entreprise sociale un demandeur qui remplit les conditions suivantes :

1° il a pris l'une des formes suivantes :

a) association sans but lucratif;

b) société coopérative agréée comme entreprise sociale conformément à l'article 8:5 du Code des sociétés et des associations;

c) initiatives de projet à finalité sociale d'un ou de plusieurs pouvoirs locaux ou d'une ou de plusieurs associations sans but lucratif qui disposent d'au moins une unité d'établissement en région de langue allemande;

2° il exerce une activité économique en vue de produire des biens ou de fournir des services;

3° son objet social ou, selon le cas, le contenu de son projet se caractérise par le respect ou la mise en œuvre des principes mentionnés à l'article 1^{er}, alinéa 2;

4° il dispose d'une unité d'établissement en région de langue allemande et/ou ses activités principales y sont exercées;

5° il ne viole aucune disposition légale ou réglementaire en lien avec l'exercice de son activité, notamment en matière de non-discrimination, de comptabilité, de droit fiscal, de droit social et de droit du travail;

6° il n'a aucune dette fiscale ou autre en cours envers l'Office national de Sécurité sociale;

7° sa direction dispose de connaissances en gestion suffisantes.

Le Gouvernement peut préciser les connaissances en gestion mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 7°.

Art. 5 – Agrément comme entreprise d'insertion sociale

Le Gouvernement peut agréer comme entreprise d'insertion sociale un demandeur qui remplit les conditions suivantes :

1° il a pris l'une des formes suivantes :

a) association sans but lucratif;

b) société coopérative agréée comme entreprise sociale conformément à l'article 8:5 du Code des sociétés et des associations;

c) initiatives de projet à finalité sociale d'un ou de plusieurs pouvoirs locaux ou d'une ou de plusieurs associations sans but lucratif qui disposent d'au moins une unité d'établissement en région de langue allemande;

2° il exerce une activité économique en vue de produire des biens ou de fournir des services;

3° son objet social ou, selon le cas, le contenu de son projet se caractérise par le respect ou la mise en œuvre des principes mentionnés à l'article 1^{er}, alinéa 2;

4° il dispose d'une unité d'établissement en région de langue allemande et/ou ses activités principales y sont exercées;

5° la réalisation de son objet social ou, selon le cas, du contenu de son projet vise principalement l'insertion socioprofessionnelle;

6° la moitié de son personnel au moins est composée de personnes défavorisées;

7° il met en œuvre un accompagnement sociopédagogique et peut en apporter la preuve en présentant un concept sociopédagogique;

8° il dispose d'au moins un accompagnateur pour dix personnes défavorisées;

9° il ne viole aucune disposition légale ou réglementaire en lien avec l'exercice de son activité, notamment en matière de non-discrimination, de comptabilité, de droit fiscal, de droit social et de droit du travail;

10° il n'a aucune dette fiscale ou autre en cours envers l'Office national de Sécurité sociale;

11° sa direction dispose de connaissances en gestion suffisantes.

L'exigence prévue à l'alinéa 1^{er}, 6°, ne s'applique pas aux demandeurs qui exercent leur activité depuis moins de trois ans.

Le Gouvernement peut :

1° déterminer les personnes qui font partie du personnel du demandeur au sens de l'alinéa 1^{er}, 6°, ainsi que la date du recensement de l'effectif;

2° fixer les critères minimaux auxquels doit satisfaire le concept sociopédagogique mentionné à l'alinéa 1^{er}, 7°;

3° définir les conditions que les entreprises faisant l'objet d'une dispense en vertu de l'alinéa 2 doivent remplir pendant la période de transition en ce qui concerne le personnel encadré;

4° déterminer d'autres conditions et modalités d'agrément;

5° préciser les connaissances en gestion mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 11°.

Art. 6 – Agrément comme centre préparatoire et d'intégration

Le Gouvernement peut agréer comme centre préparatoire et d'intégration un demandeur qui remplit les conditions suivantes :

1° il a obtenu l'agrément comme entreprise d'insertion sociale conformément à l'article 5;

2° il propose aux personnes mentionnées à l'article 3, alinéa 1^{er}, 1°, c), soit une mesure préparatoire, soit une mesure d'intégration en mettant en œuvre un accompagnement sociopédagogique en vue de l'insertion socioprofessionnelle. Cette mesure préparatoire ou d'intégration comprend des mesures adaptées aux besoins individuels aux fins d'une stabilisation psychosociale ou, selon le cas, d'une amélioration de leurs comportements sociaux et socioprofessionnels ou bien des formations théoriques et pratiques ou, selon le cas, des qualifications partielles, et le demandeur peut en apporter la preuve en présentant un concept sociopédagogique;

3° il dispose d'au moins un accompagnateur pour six personnes défavorisées.

Le Gouvernement peut :

1° déterminer le nombre de centres préparatoires et d'intégration qui peuvent être agréés en région de langue allemande, ainsi que le domaine territorial ou professionnel pour lequel chaque centre est compétent;

2° fixer un pourcentage de recettes propres à générer;

3° fixer un nombre minimum de participants par centre préparatoire et d'intégration;

4° déterminer d'autres conditions et modalités d'agrément.

Art. 7 – Procédure d'agrément

§ 1^{er} – Pour obtenir l'agrément, le demandeur introduit une demande auprès du Gouvernement.

La demande est accompagnée de documents dont il ressort que les conditions mentionnées aux articles 4 à 6 sont remplies.

En principe, l'agrément est octroyé pour une durée indéterminée. Le Gouvernement définit les éventuels cas exceptionnels dans lesquels un agrément temporaire est prononcé.

§ 2 – Le demandeur qui dispose d'un agrément introduit une nouvelle demande d'agrément :

1° lorsque l'agrément octroyé pour une durée déterminée, le cas échéant, a expiré;

2° lorsque le demandeur, le Gouvernement ou les personnes chargées du contrôle du présent décret constatent que les données mentionnées dans l'agrément ne correspondent plus à la réalité.

§ 3 – Le Gouvernement détermine :

1° la forme et le contenu de la demande de l'agrément concerné;

2° la procédure et les autres modalités et conditions d'obtention de l'agrément;

3° les voies de recours en cas de rejet de la demande.

Art. 8 – Maintien de l'agrément

Pour conserver l'agrément concerné, le demandeur remplit les obligations suivantes :

1° respect des obligations qui sous-tendent l'agrément conformément aux articles 4, 5 ou 6;

2° communication de tout changement concernant les bases de l'agrément;

3° fourniture effective de l'offre concernée dans le respect des exigences mentionnées à l'article 1^{er}, alinéa 2, et à l'article 3, alinéa 1^{er}, 3°, 4° ou 5°, selon le cas;

4° présentation chaque année d'un rapport d'activités au sens de l'article 24.

Le Gouvernement peut fixer d'autres obligations pour le maintien de l'agrément.

Art. 9 – Retrait de l'agrément

§ 1^{er} – Si le demandeur qui dispose d'un agrément ne respecte pas une ou plusieurs obligations, le Gouvernement l'invite à se mettre en ordre conformément aux modalités fixées par lui.

Si le demandeur ne remplit toujours pas ses obligations après l'invitation mentionnée à l'alinéa 1^{er}, le Gouvernement suspend l'agrément et/ou le retire au demandeur.

Le Gouvernement :

1° fixe la procédure de suspension et de retrait de l'agrément;

2° détermine les voies de recours à l'encontre d'une décision de retrait de l'agrément;

3° informe toutes les autorités intéressées du retrait de l'agrément.

§ 2 – Pendant la suspension ou la procédure de retrait, le demandeur ne reçoit aucune aide conformément au chapitre 3 ou alors de manière réduite.

§ 3 – Le Gouvernement peut fixer une liste de faits qui excluent le demandeur, pour une durée maximale de cinq ans, de l'application du présent décret.

Chapitre 3 – Subventionnement des entreprises agréées et soutien aux projets novateurs

Article 10 - Subventionnement des entreprises d'insertion sociale agréées

Dans la limite des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut octroyer aux entreprises d'insertion sociale agréées une subvention pour la participation aux frais de personnel concernant les accompagnateurs aux conditions suivantes :

1° elles ne bénéficient, à l'exception des subventions accordées en application du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, d'aucune participation aux frais de personnel de la part d'un autre domaine de compétence de la Communauté germanophone;

2° les accompagnateurs disposent d'une qualification suffisante ou d'une expérience professionnelle pertinente;

3° les accompagnateurs ont été d'une conduite irréprochable au cours des quinze dernières années, ce qui est attesté par la remise d'un extrait du casier judiciaire correspondant et récent.

Pour l'application de l'alinéa 1^{er}, 3°, le Gouvernement ne peut prendre en compte que les infractions mentionnées dans l'extrait du casier judiciaire qui sont pertinentes pour la fonction d'accompagnateur concernée, en particulier lorsque celles-ci peuvent avoir des répercussions négatives sur le développement des personnes défavorisées.

Si les conditions fixées à l'alinéa 1^{er} sont remplies, le Gouvernement conclut avec l'organisme bénéficiaire un contrat dans lequel sont fixés le montant de la subvention ainsi que les modalités de liquidation.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, les subventions qu'une entreprise d'insertion sociale agréée reçoit, le cas échéant, pour un accompagnateur en application du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, sont déduites de la participation aux frais de personnel y mentionnée.

Le Gouvernement peut :

- 1° fixer les exigences en matière de qualification et d'expérience professionnelle des accompagnateurs;
- 2° déterminer les domaines pertinents pour la fonction d'accompagnateur dans lesquels celui-ci doit pouvoir justifier d'une conduite irréprochable;
- 3° déterminer les documents à introduire en vue de la demande de subvention;
- 4° définir la procédure de demande de subvention;
- 5° fixer les autres modalités de calcul et de liquidation de la subvention.

Art. 11 – Soutien aux projets novateurs sur demande

§ 1^{er} – Dans la limite des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut, à leur demande, accorder un soutien pour une période limitée à trois ans maximum aux entreprises sociales, entreprises d'insertion sociale ou centres préparatoires et d'intégration agréés en vertu des articles 4, 5 ou 6 pour mener des projets novateurs dans le domaine de l'économie sociale.

Ces projets pilotes sont des initiatives nouvelles et novatrices dans le domaine de l'économie sociale qui sont menées principalement en région de langue allemande ou bien s'adressent principalement aux personnes défavorisées dont le domicile se situe en région de langue allemande.

Les modalités du soutien sont fixées dans un contrat à conclure entre le Gouvernement et les organismes mentionnés à l'alinéa 1^{er}.

§ 2 – Le porteur de projet introduit auprès du Gouvernement la demande de soutien à un projet pilote pour approbation. Cette demande contient les informations suivantes :

- 1° identité et statut du porteur de projet;
- 2° preuve que l'existence du projet pilote est nécessaire en région de langue allemande;
- 3° description détaillée du projet;
- 4° calendrier de la mise en œuvre du projet;
- 5° preuve que les principes mentionnés à l'article 1^{er}, alinéa 2, sont respectés ou mis en œuvre;
- 6° estimation des coûts et plan de financement;
- 7° vue d'ensemble de la structure d'accompagnement;
- 8° si la demande prévoit aussi le soutien aux frais de personnel concernant le personnel d'accompagnement, les mêmes conditions que celles fixées à l'article 10, alinéa 1^{er}, 2° et 3°, sont applicables pour les accompagnateurs.

L'information mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 7°, ne doit être introduite que par les entreprises d'insertion sociale agréées et les centres préparatoires et d'intégration agréés.

Le Gouvernement statue, dans les trois mois suivant l'introduction de la demande complète, sur l'octroi de l'aide au projet pilote.

Trois mois avant le terme du contrat, le porteur de projet introduit une évaluation auprès du Gouvernement.

§ 3 – Si un projet a été approuvé pour une durée inférieure à trois ans, le Gouvernement peut se prononcer, à la demande du porteur de projet et sur la base de l'évaluation, sur la poursuite de l'aide au projet pour une durée totale allant jusqu'à trois ans.

§ 4 – Le Gouvernement peut :

- 1° préciser ce qu'il faut entendre par « projet novateur »;
- 2° fixer les frais subsidiables ainsi que le montant et la nature de la participation à ces frais;
- 3° préciser la procédure ultérieure de demande et d'évaluation de l'aide mentionnée au § 1^{er} ainsi que les documents à introduire dans ce contexte.

Art. 12 – Soutien aux projets novateurs dans le cadre d'un appel à projets

§ 1^{er} – Le Gouvernement peut définir un concept global de promotion de l'économie sociale en région de langue allemande ainsi que les priorités en matière de contenu.

Pour autant que le Gouvernement ait défini un concept, tel que prévu à l'alinéa 1^{er}, ou les priorités correspondantes, il peut lancer des appels à projets parmi les entreprises sociales, entreprises d'insertion sociale et centres préparatoires et d'intégration agréés et soutenir la mise en œuvre des projets en conséquence, dans la limite des crédits budgétaires disponibles et pour une période limitée à trois ans maximum.

Pour pouvoir être soutenus conformément à l'alinéa 2 :

- 1° les projets pilotes s'inscrivent dans le cadre du concept mentionné à l'alinéa 1^{er} ou correspondent aux priorités fixées par le Gouvernement;
- 2° les projets se distinguent par leur caractère novateur;
- 3° les projets sont menés en région de langue allemande.

Les modalités du soutien sont fixées dans un contrat à conclure entre le Gouvernement et les organismes mentionnés à l'alinéa 2.

§ 2 – Après publication de l'appel à projets, le porteur de projet introduit une demande *ad hoc* auprès du Gouvernement. Cette demande contient les données énumérées à l'article 11, § 2.

Lors du traitement de la demande, l'article 11, § 2, alinéas 2 et 3, et § 3, est applicable *mutatis mutandis*.

§ 3 – Le Gouvernement peut :

- 1° préciser ce qu'il faut entendre par « caractère novateur »;
- 2° fixer les frais subsidiables ainsi que le montant et la nature de la participation à ces frais;
- 3° préciser la procédure ultérieure de demande et d'évaluation de l'aide mentionnée au § 1^{er} ainsi que les documents à introduire dans ce contexte.

Art. 13 – Subventionnement des entreprises d'insertion sociale sans subvention structurelle existante

Le Gouvernement octroie une subvention pour la participation aux frais de personnel concernant le personnel d'accompagnement aux entreprises d'insertion sociale agréées qui remplissent les conditions suivantes :

- 1° elles ne bénéficient pas déjà d'une participation aux frais de personnel pour ce personnel d'accompagnement de la part d'un autre domaine de compétence de la Communauté germanophone;
- 2° elles disposent d'emplois d'accompagnateurs pour lesquels des membres du personnel occupés ont été subventionnés jusqu'au 31 décembre 2017 en application de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés et dont les contrats de travail ont été transformés en contrats de travail classiques au 1^{er} janvier 2018 en application de l'article 3 de l'arrêté du

Gouvernement du 28 septembre 2017 modifiant différentes dispositions relatives à des mesures en faveur de l'emploi;

3° les accompagnateurs disposent d'une qualification suffisante ou d'une expérience professionnelle pertinente;

4° les accompagnateurs ont été d'une conduite irréprochable au cours des quinze dernières années dans les domaines pertinents pour la fonction, ce qui est attesté par la remise d'un extrait du casier judiciaire correspondant et récent.

Pour l'application de l'alinéa 1^{er}, 4°, le Gouvernement ne peut prendre en compte que les infractions mentionnées dans l'extrait du casier judiciaire qui sont pertinentes pour la fonction d'accompagnateur concernée, en particulier lorsque celles-ci peuvent avoir des répercussions négatives sur le développement des personnes défavorisées.

Si les conditions fixées à l'alinéa 1^{er} sont remplies, le Gouvernement conclut avec l'organisme bénéficiaire un contrat dans lequel sont fixés le montant de la subvention ainsi que les modalités de liquidation.

Le Gouvernement peut :

- 1° fixer les exigences en matière de qualification et d'expérience professionnelle des accompagnateurs;
- 2° définir les domaines pertinents pour la fonction d'accompagnateur dans lesquels celui-ci doit pouvoir justifier d'une conduite irréprochable;
- 3° déterminer les documents à introduire en vue de la demande de subvention;
- 4° définir la procédure de demande de subvention;
- 5° fixer les autres modalités de subventionnement.

Art. 14 – Violation des conditions de subventionnement

§ 1^{er} – L'octroi des aides est subordonné au respect des obligations et conditions fixées dans le présent chapitre qui sous-tendent l'octroi des subventions et aides.

§ 2 – Si le Gouvernement constate que le bénéficiaire ne respecte pas une ou plusieurs obligations ou conditions, il lui enjoint, conformément aux modalités fixées par lui, à présenter par écrit ses observations sur les faits constatés.

Sans préjudice de l'article 104, § 3, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le Gouvernement peut mettre un bénéficiaire en demeure et suspendre temporairement l'octroi des aides et finalement le supprimer.

Le Gouvernement peut fixer la procédure de mise en demeure, de suspension et de suppression.

§ 3 – Le bénéficiaire dont les aides ont été suspendues ou supprimées peut introduire une réclamation auprès du Gouvernement. Cette réclamation doit être envoyée par lettre recommandée dans un délai d'un mois à compter de la notification de la décision concernée. La réclamation n'est pas suspensive.

Le Gouvernement peut fixer d'autres modalités de la procédure de réclamation.

Art. 15 – Contrôle de l'utilisation des aides

Le contrôle de l'utilisation des aides octroyées et, le cas échéant, leur répétition s'opèrent conformément aux dispositions de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables

aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes.

Chapitre 4 – Confidentialité et protection des données

Art. 16 – Confidentialité

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, le Gouvernement et les entreprises d'insertion sociale ainsi que toutes les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission.

Art. 17 – Responsable du traitement des données

§ 1^{er} – Le Gouvernement est responsable du traitement des données mentionnées à l'article 19, alinéa 1^{er}, et ce, pour la réalisation des finalités mentionnées à l'article 20, § 1^{er}. Il est réputé responsable du traitement de ces données au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données.

Il ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que celles de l'exercice desdites missions.

§ 2 – Les entreprises d'insertion sociale agréées sont responsables du traitement des données mentionnées à l'article 19, alinéa 2, et ce, pour la réalisation des finalités mentionnées à l'article 20, § 2.

Elles sont réputées responsables du traitement de ces données au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données.

Elles ne peuvent utiliser les données collectées à d'autres fins que celles de l'exercice desdites missions.

Art. 18 – Traitement de données relatives à la santé

Le traitement de données relatives à la santé des personnes concernées par le Gouvernement et par les entreprises d'insertion sociale agréées s'opère sous la responsabilité d'un professionnel des soins de santé ou d'un autre professionnel soumis au secret professionnel.

En l'absence d'un professionnel des soins de santé, les entreprises d'insertion sociale agréées ne peuvent traiter les données relatives à la santé de la personne concernée qu'avec le consentement de celle-ci.

Art. 19 – Catégories de données

Le Gouvernement peut, conformément à l'article 17, traiter les données des catégories de données à caractère personnel suivantes :

1° en ce qui concerne les personnes accompagnées par des entreprises d'insertion sociale :

- a) les données relatives à l'identité;
- b) le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale et le numéro de registre national;
- c) les données relatives aux qualifications, compétences et expériences professionnelles;
- d) les données relatives à la situation socioprofessionnelle;

- e) les données relatives à la santé physique et psychique;
- 2° en ce qui concerne les accompagnateurs occupés auprès des entreprises d'insertion sociale :
 - a) les données relatives à l'identité et les données de contact;
 - b) le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale et le numéro de registre national;
 - c) les données relatives aux qualifications, compétences et expériences professionnelles;
 - d) les données relatives à la situation socioprofessionnelle;
 - e) les données judiciaires sous la forme d'un extrait du casier judiciaire;
 - f) les pièces justificatives relatives au salaire;
- 3° en ce qui concerne les entreprises d'insertion sociale :
 - a) les données relatives aux dettes fiscales et sociales;
 - b) les données relatives aux connaissances en gestion de leur directeur.

Les entreprises d'insertion sociale agréées peuvent, conformément à l'article 17, traiter les données des catégories de données à caractère personnel suivantes :

- 1° en ce qui concerne les personnes accompagnées par des entreprises d'insertion sociale :
 - a) les données relatives à l'identité;
 - b) le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale et le numéro de registre national;
 - c) les données relatives aux qualifications, compétences et expériences professionnelles;
 - d) les données relatives à la situation socioprofessionnelle;
 - e) les données relatives à la santé physique et psychique;
- 2° en ce qui concerne les accompagnateurs occupés auprès des entreprises d'insertion sociale :
 - a) les données relatives à l'identité et les données de contact;
 - b) le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale et le numéro de registre national;
 - c) les données relatives aux qualifications, compétences et expériences professionnelles;
 - d) les données relatives à la situation socioprofessionnelle;
 - e) les données judiciaires sous la forme d'un extrait du casier judiciaire.

Le Gouvernement précise les catégories de données mentionnées aux alinéas 1^{er} et 2.

Art. 20 – Finalités du traitement

§ 1^{er} – Le Gouvernement collecte et traite les catégories de données mentionnées à l'article 19, alinéa 1^{er}, pour les finalités suivantes :

- 1° l'octroi des agréments définis au chapitre 2;
- 2° l'octroi de la subvention définie au chapitre 3;
- 3° la réalisation de contrôles portant sur le respect des conditions d'agrément et de subventionnement conformément aux articles 9, 14 et 15;
- 4° le contrôle de l'établissement de rapports défini au chapitre 6.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, le Gouvernement peut traiter les données figurant sur l'extrait du casier judiciaire uniquement pour vérifier si la conduite de l'accompagnateur est compatible avec l'accompagnement de personnes défavorisées et pour accorder ou refuser la subvention correspondante.

§ 2 – Les entreprises d'insertion sociale agréées collectent et traitent les catégories de données mentionnées à l'article 19, alinéa 2, pour les finalités suivantes :

1° pour ce qui est des données mentionnées à l'article 19, alinéa 2, 1°, la demande et le maintien de l'agrément correspondant conformément au chapitre 2, l'obtention et le maintien de la subvention correspondante conformément au chapitre 3, l'établissement de rapports conformément au chapitre 6 ainsi que l'exécution correcte et appropriée de leur mission d'accompagnement dans l'intérêt des personnes défavorisées accompagnées;

2° pour ce qui est des données mentionnées à l'article 19, alinéa 2, 2°, la demande et le maintien de l'agrément correspondant conformément au chapitre 2, la demande et le maintien de la subvention correspondante conformément au chapitre 3, l'établissement de rapports conformément au chapitre 6 ainsi que l'exécution correcte de leur mission d'accompagnement dans l'intérêt des personnes défavorisées accompagnées.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, les entreprises d'insertion sociale agréées peuvent traiter les données relatives à la santé physique et psychique de la personne accompagnée uniquement pour empêcher que celle-ci ne soit chargée d'exécuter des tâches qui ne sont pas compatibles avec les contraintes liées à sa santé.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, les entreprises d'insertion sociale agréées peuvent traiter les données figurant sur l'extrait du casier judiciaire uniquement pour garantir que la conduite de l'accompagnateur est compatible avec l'accompagnement de personnes défavorisées.

Art. 21 – Durée de conservation des données

Sans préjudice d'autres dispositions légales, décrétales ou réglementaires qui, le cas échéant, prévoient un délai de conservation plus long, les données mentionnées à l'article 19 sont conservées pendant deux ans au maximum, à compter de la date à laquelle la personne accompagnée ou, selon le cas, l'accompagnateur n'exerce plus d'activité au sein de l'entreprise d'insertion sociale agréée ou du centre préparatoire et d'intégration agréé concerné.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les pièces justificatives relatives au salaire mentionnées à l'article 19, alinéa 1^{er}, 2°, f), sont conservées pendant dix ans à compter de la date à laquelle l'accompagnateur n'exerce plus d'activité au sein de l'entreprise d'insertion sociale agréée ou du centre préparatoire et d'intégration agréé concerné.

Art. 22 – Mesures de sécurité

Lors du traitement des données mentionnées à l'article 19, le Gouvernement, les entreprises d'insertion sociale agréées et les centres préparatoires et d'intégration agréés veillent à ce que des mesures de sécurité appropriées soient appliquées.

Dans la mesure où les données sont rendues anonymes ou pseudonymisées, la technique correspondante s'aligne sur les recommandations de l'Agence de l'Union européenne pour la cybersécurité.

Le Gouvernement peut :

1° préciser les mesures de sécurité à appliquer dans le cadre de l'utilisation des données à caractère personnel mentionnées;

2° prendre d'autres mesures d'ordre technique et organisationnel appropriées au sens de l'article 32 du règlement général sur la protection des données afin de garantir un niveau de sécurité adapté aux risques encourus.

Art. 23 – Réseau d'économie sociale

Les entreprises sociales, entreprises d'insertion sociale et centres préparatoires et d'intégration agréés conformément au chapitre 2 collaborent au sein d'un réseau.

Ce réseau a pour objectif :

- 1° d'évaluer régulièrement l'application du présent décret et de ses arrêtés d'exécution;
- 2° d'optimiser l'économie sociale par la coopération et la concertation entre les membres du réseau;
- 3° de promouvoir l'efficience, l'efficacité et la continuité du soutien aux groupes cibles de l'économie sociale;
- 4° d'échanger régulièrement les informations pertinentes avec les entreprises agréées, les services de placement ainsi que les autres acteurs intervenant dans l'économie sociale en région de langue allemande;
- 5° d'acquérir de l'expérience sur des projets novateurs et réussis de l'économie sociale en Belgique et à l'étranger;
- 6° de lancer des actions et projets pilotes communs.

Le Gouvernement peut fixer la composition, les autres modalités relatives aux missions du réseau ainsi que son fonctionnement.

Chapitre 6 - Établissement de rapports

Art. 24 – Obligation en matière d'établissement de rapports

§ 1^{er} – Chaque année, les entreprises agréées soumettent un rapport d'activités au Gouvernement.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les entreprises agréées qui sont tenues de remettre un rapport d'activités en application d'une autre disposition décréte ou réglementaire de la Communauté germanophone peuvent soumettre une copie de ce rapport d'activités. Dans ce cas, l'entreprise concernée est tenue de fournir au Gouvernement à sa demande, le cas échéant, les informations complémentaires nécessaires, pour autant que ce rapport d'activités ne satisfasse pas aux exigences minimales fixées conformément à l'alinéa 4.

Dans ce contexte, les données statistiques sont rendues anonymes.

Le Gouvernement détermine les délais ainsi que la structure et les exigences minimales concernant les autres contenus du rapport d'activités à soumettre.

§ 2 – Toutes les entreprises agréées transmettent chaque année au Gouvernement des données statistiques anonymes et agrégées sur les personnes occupées et formées auprès d'elles dans le cadre de l'économie sociale.

Le Gouvernement fixe la forme, les délais ainsi que la nature des informations qui doivent être fournies. Il veille à cet égard à ce qu'il ne soit pas possible de remonter jusqu'à des personnes individuelles.

Chapitre 7 – Dispositions finales

Art. 25 – Disposition modificative

À l'article 4, § 1^{er}, du décret du 27 mars 2023 relatif au contrôle et à la procédure concernant l'imposition d'amendes administratives dans le domaine de la politique de l'emploi, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est complété par un 18° rédigé comme suit :

« 18° le décret du *** relatif à l'agrément et à la promotion des entreprises du secteur de l'économie sociale, ainsi que ses arrêtés d'exécution. »;

2° l'alinéa 2 est abrogé.

Art. 26 – Disposition transitoire

Sans préjudice de la possibilité d'introduire à tout moment une demande d'agrément conformément aux dispositions du présent décret :

1° les entreprises agréées conformément à l'article 1^{er}, § 1^{er}, 2°, de l'arrêté royal du 3 mai 1999 portant exécution de l'article 7, § 1^{er}, alinéa 3, m), de l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs relatif à la réinsertion de chômeurs très difficiles à placer restent agréées conformément à l'arrêté royal précité jusqu'au 31 décembre 2026;

2° les initiatives d'économie sociale, les projets pilotes et les expériences novatrices agréés comme tels conformément aux dispositions de l'arrêté ministériel du 10 octobre 2004 établissant la liste des initiatives d'économie sociale en vue de l'octroi d'une subvention majorée de l'État aux centres publics d'action sociale pour des initiatives spécifiques d'insertion sociale dans l'économie sociale restent agréés conformément à l'arrêté ministériel précité jusqu'au 31 décembre 2026.

Pendant la période transitoire mentionnée à l'alinéa 1^{er} :

1° les entreprises, les initiatives d'économie sociale, les projets pilotes et les expériences novatrices sont soumis aux conditions qui sous-tendent l'agrément concerné;

2° les entreprises, initiatives d'économie sociale, projets pilotes et expériences novatrices mentionnés à l'alinéa 1^{er} peuvent demander une subvention conformément aux dispositions du chapitre 3 du présent décret.

Art. 27 – Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2024.

Eupen, le ...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement
A. ANTONIADIS

Avis de l'Autorité de protection des données

Avis du Conseil consultatif pour l'intégration et le vivre ensemble dans la diversité

**Avis du Conseil d'administration de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie
autodéterminée**